### edupolis

- Journal der Landeszentrale für politische Bildung -

### Inhalt:

Demokratie erleben: Besuche im Landtag von Sachsen Anhalt

Geschichte erfahren: Studienreisen nach Israel

Sachsen-Anhalt-Monitor: »Mitten im Land – Blick auf das Eigene und das Fremde«

Politische Bildung 2.0: Politische Bildung geht neue digitale Wege

Social Media: Politische Bildung bei Facebook und Co.

Lebendige Demokratie: Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Gardinien zu im Internet?: Erster CryptoSwap Sachsen-Anhalt

Publikationsservice: Literatur, Multimedia und Lesungen

Demokratie und Toleranz: 10 Jahre »Schule ohne Rassismus — Schule mit Courage«

### Inhalt

1 Direkttionsbereich / Historisch Politische Bildung	7
1.1 Demokratie	8
1.1.1 »Juniorwahl 2013« in Sachsen-Anhalt	
1.1.2 Beteiligung erfordert politischen Willensbildungsprozess	
1.1.3 PolitiklehrerInnen-Tage	
1.1.4 Studienreisen nach Berlin	
1.1.5 Seminar: »Demokratie erleben – Ein Besuch im Landtag von Sachsen-Anhalt«	
1.1.6 »Mitten im Land – Blick auf das Eigene und das Fremde«	
1.1.7 Lasst uns streiten, aber bitte kulturvoll	
1.1.8 Demokratie erfahrbar machen	
1.1.9 Seminarreihe zur Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt	26
1.1.10 Demokratie-Offensive des Landes Sachsen-Anhalt	
1.2 Aufarbeitung Diktaturen in Deutschland	30
1.2.1 Halle-Forum	31
1.2.2 Veranstaltungsreihe »Bei mir bist Du schön«	33
1.2.3 Lesekonzert: »Das Volk, meine Schwiegermutter und ich«	34
1.2.4 Seminar: »Unrechtssysteme in Deutschland Teil II«	35
1.2.5 Unterstützung des Forschungsprojekts: »Kenntnisse – Bilder –Deutungen«	36
1.2.6 SchülerInnen-Projekttage Marienborn	37
1.2.7 17. Juni 1953	39
1.2.8 Studienreise nach Israel	42
1.2.9 Israel-Projekttage	46
1.3 Europa	48
1.3.1 EU-Projekttage	51
1.4 Ausstellungen	54
1.4.1 Fotoausstellung »20 Jahre Sachsen-Anhalt«	54
1.4.2 Wanderausstellung »Traditionell weltoffen?«	
1.4.3 Wanderausstellung »Justiz im Nationalsozialismus«	
1.4.4 Wanderausstellung »Sachsenspiegel und Magdeburger Recht«	62
1.5 Landeskunde	65

1.6 Haushalt und Finanzen	68
1.6.1 Auf den Spuren jüdischer Geschichte	68
1.6.2 »Die besten Mahner für den Frieden«	72
1.6.3 »All das hat sich in unsere Erinnerung eingebrannt«	73
1.6.4 Für mehr Selbstbestimmung	75
1.6.5 20 Jahre Städtepartnerschaft	78
1.6.6 Geschichte lebendig werden lassen	82
1.6.7 Linkliste	85
2 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit	86
2.1 Landesprogramm für Demokratie Vielfalt und Weltoffenheit	87
2.1.1 Gemeinsam gegen Homophobie und Diskriminierung	101
2.1.2 Demokratische Kultur stärken	104
2.1.3 Fight on Stage	106
2.2 Netzwerk für Demokratie und Toleranz	107
2.2.1 Viele Stimmen ein Ziel mehr Demokratie	107
2.2.2 Vielfalt unter einem Dach	116
2.2.3 Begegnungs- und Studienfahrt zur buddhistischen Pagode	117
2.2.4 Kooperation auf Augenhöhe	121
2.2.5 Drei Schlaglichter eines demokratischen Aufbruchs	123
2.3 Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC)	125
2.3.1 Kooperation auf hohem Niveau	135
2.3.2 Gemeinsam für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt	139
2.3.3 Vielfalt funktioniert in Sachsen-Anhalt	142
2.3.4 SOR-SMC – Ein Erfahrungsbericht	143
2.3.5 SOR-SMC – Regionales Netzwerk im Saalekreis	146
2.3.6 Linkliste	151

3 Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien	152
3.0.1 Landeszentrale goes New Media	152
3.0.2 Erfolgreiche erste Runde für den CryptoSwap Sachsen-Anhalt	154
3.0.3 Offenes BürgerInnenforum statt geschlossener Gardinen	156
3.0.4 Die LpB LSA bei Facebook	163
3.0.5 Konferenz »Think CROSS – Change MEDIA«	168
3.0.6 Das »Jugendmedientreffen« – »Doch lieber digital?«	172
3.0.7 »Nachhaltigkeit neu leben – Buen Vivir?«	177
3.0.8 Bildungszusammenarbeit in Halle (Saale)	183
3.0.9 »UP! – Die Wahlparty«	186
3.0.10 »Walk of Liberty«	189
3.0.11 »Politische Bildung 2.0«	196
3.0.12 »DieWaehlerischen«	200
3.0.13 »DieWaehlerischen« bei »Politische Bildung 2.0«	201
3.0.14 Linkliste	205
4 Publikationsservice	206
4.0.1 Literatur	209
4.0.2 Multimediale Angebote	219
4.0.3 Lesungen	221
4.0.4 Stolpersteine	224
5 Kollegium	227
6 Impressum	240
6.0.1 Fotoguellen	242

# Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger,

die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt blickt auf 23 Jahre politische Bildung in Sachsen-Anhalt zurück. Das nehmen wir zum Anlass, Ihnen mit der ersten Ausgabe der edupolis beispielhafte Projekte aus den letzten Jahren unserer Arbeit vorzustellen.

Die Landeszentralen für politische Bildung wie auch die Bundeszentrale für politische Bildung sind ein Spezifikum Deutschlands. Aus der Erfahrung des Nationalsozialismus und der vorangegangenen Weimarer Republik heraus waren die Zentralen der politischen Bildung ein Weg, eine weltanschaulich und parteipolitisch unabhängige, nur dem Grundgesetz und den jeweiligen Landesverfassungen verpflichtete Jugend- und Erwachsenenbildung anzubieten, die alle wesentlichen Themenfelder der modernen Demokratie behandelt und in historische Entwicklungslinien einbindet. Dabei geht es auch um die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR. Der gesamten Gesellschaft verpflichtet, sind sie eine gute Antwort auf unsere schwierige Geschichte des letzten Jahrhunderts.

Zusammenhänge im politischen Geschehen aufzuzeigen und zur gesellschaftlichen Partizipation und politischen Beteiligung zu animieren, sind zentrale Anliegen der Landeszentrale für politische Bildung. Im Rahmen des Direktionsbereichs und der vier Referate »Politische Systeme/Historisch-politische Bildung«, »Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit«, »Politische Bildung im Kontext neuer Medien« und »Publikationsservice« verfolgt sie das Ziel, Kenntnisse über das demokratische System zu vermitteln und Kompetenzen für demokratisches Handeln zu stärken – denn Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie funktioniert nur mit engagierten und streitbaren BürgerInnen.

Als öffentliche Bildungseinrichtung sieht die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt ihre Aufgabe somit vor allem darin, die Menschen unseres Landes in ihrem politischen Denken und Handeln zu unterstützen. Dazu gehören auch die Menschen, die nicht aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, die aber in unser Land gekommen sind, um hier zu leben, zu arbeiten und es mitzugestalten.

Kinder und Jugendliche, SeniorInnen, Migrant-Innen, Vereine oder öffentliche Institutionen – so vielfältig wie unsere Zielgruppen ist auch unser Angebot. Nach dem Motto »Das Neue braucht FreundInnen« öffnen wir uns als Landeszentrale all jenen, die gemeinsam mit uns das Demokratieverständnis im Land fördern wollen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt macht sich hierbei auch die partizipativen Elemente des Web 2.0 nutzbar. Mit ihrem neugegründeten Referat »Politische Bildung im Kontext neuer Medien« erweitert sie ihre politische Bildungspraxis und reagiert auf die Veränderungen politischer (Bildungs-)Prozesse. Neue Zielgruppen – vor allem jüngere – gewinnt sie so für politische Teilhabe und ermöglicht es ihnen, an gesellschaftspolitischen Prozessen zu partizipieren.

Wissensvermittlung stand an der Wiege der Zentralen für politische Bildung und ist auch heute noch das Herzstück unserer Arbeit. Aber auf manchen Feldern weisen unsere Aufgaben darüber hinaus, insbesondere bei der Unterstützung von BürgerInnenengagement zur Stärkung der Demokratie. Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz Sachsen-Anhalt wird im nächsten Jahr zehn Jahre alt, und seine Geschäftsstelle ist in der Landeszentrale angesiedelt. Hier können BürgerInneniniativen, Vereine und Verbände Unterstützung für ihre Projekte und geeignete Kooperationspartner finden oder Bildungsangebote nutzen. Aber auch Träger der politischen Bildung, Schulen und Kommunen finden in unserem Haus die Möglichkeit, für ihre Projekte eine Förderung zu beantragen – ein weiteres wichtiges Standbein unserer Arbeit.

Ich lade Sie herzlich ein, uns kennenzulernen. Wenn Sie dieses Heft neugierig gemacht hat, kommen Sie auf uns zu. Ich wünsche mir einen lebendigen Dialog und ein vielfältiges und weltoffenes Sachsen-Anhalt!

Maik Reichel, Direktor

### 1 Direkttionsbereich / historisch politische Bildung

Der Direktionsbereich und das Referat »Historisch-politische Bildung« werden gegenwärtig vom Direktor der Landeszentrale für politische Bildung geleitet. Aus diesem Grund werden viele Projekte auch referatsübergreifend durchgeführt. Während im Direktionsbereich die Verantwortlichkeiten für Haushalt und Finanzen, Förderung aktueller Projekte, die Durchführung des Sachsen-Anhalt-Monitors, die Vorbereitung und Durchführung von Israel-Studienreisen sowie Umsetzung von Sonderprojekten liegen, richtet sich das Referat »Historisch-politische Bildung« mit einem vielgestaltigen Bildungsangebot an unterschiedlichste Zielgruppen: So tragen verschiedene Veranstaltungsprofile dazu bei, die Wirkungsweisen der diktatorischen Systeme der jüngsten Vergangenheit aufzuarbeiten, Zusammenhänge im politischen Geschehen zu vermitteln, Kompetenzen für demokratisches Handeln zu stärken und die Herausbildung und Weiterentwicklung aktiver und mündiger BürgerInnen, die an gesellschaftlichen Prozessen partizipieren, zu unterstützen. In einer zunehmend globalisierten Welt nimmt die Bedeutung des regionalen Raumes zu. »Historischpolitische Bildung« hebt die Bedeutung des regionalen Raumes als Teil der persönlichen Identität hervor und informiert über die historischen und gegenwartsbezogenen Besonderheiten Sachsen-Anhalts.

### 1.1 Demokratie

»Unsere Demokratie braucht junge Menschen, die ihre Initiative und ihren Willen dafür einsetzen, um unser Zusammenleben verantwortungsvoll mitzugestalten. Dafür müssen wir ihnen Räume und Gelegenheiten bieten, denn Demokratie lernt nur, wer Demokratie selbst erlebt. Junge Leute sollen spüren, dass ihre Ideen und Taten zählen, dass sie gehört werden und dass wir sie als ExpertInnen in eigener Sache ernst nehmen. Ob in der Schule, im Sportverein oder in der Kirche, ob in Jugendinitiativen, in Parteien oder im Parlament: Es gibt viele Möglichkeiten für Beteiligung und Verantwortung, die lohnen, gestärkt zu werden.«

Bundespräsidenten Dr. H. C. Joachim Gauck

### 1.1.1 »Juniorwahl 2013« in Sachsen-Anhalt

Am 22. September 2013 haben die BürgerInnen unseres Landes einen neuen Bundestag gewählt. Willkommener Anlass, auch SchülerInnen die Parlamentswahlen und deren Bedeutung für die freiheitliche Demokratie näherzubringen.

Das parallel zur Bundestagswahl laufende Projekt »Juniorwahl« – eine Initiative des gemeinnützigen Vereins Kumulus e.V. aus Berlin – trägt zur politischen Sozialisation von Jugendlichen bei. Es führt SchülerInnen an Prozesse der demokratischen Willensbildung heran und bereitet sie auf ihre künftige Partizipation innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Juniorwahl ist dabei in ein umfassendes didaktisches Konzept eingebunden, bei dem die SchülerInnen üben, Entscheidungen zu treffen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Höhepunkt des Projekts ist die möglichst realitätsnahe Durchführung der Wahl. Im Vordergrund steht dabei das Ernstnehmen und Einbinden der SchülerInnen, so dass sie einen Einblick in die Durchführung von Wahlen bekommen und somit als WahlhelferInnen die Wahlprozedur selbst organisieren können. Das Projekt verfolgt

das Ziel, die Beteiligung der jungen Generation in der Demokratie auch über Wahlen hinaus zu steigern und das Interesse am politischen Geschehen insgesamt zu fördern. Mit Veröffentlichung der Wahlergebnisse erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Meinung einer breiten Öffentlichkeit kundzutun.

Schirmherr der Juniorwahl 2013 war der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Norbert Lammert. Die erste Juniorwahl fand im Jahr 2000 parallel zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt. Das Projekt erfolgt parallel zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. So wurde 2014 die Juniorwahl auch parallel zur Europawahl am 25. Mai durchgeführt. Sachsen-Anhalt beteiligt sich seit 2006 an der Juniorwahl, unterstützt durch das Kultusministerium, den Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung. Von den über 2.000 Schulen, die 2013 an der Juniorwahl teilgenommen haben, beteiligten sich 121 davon aus Sachsen-Anhalt. Die Wahlbeteiligung lag bundesweit bei über 88%.

Im Rahmen der Juniorwahl schreibt die Landeszentrale für politische Bildung die Mitglieder des Landtags in Sachsen-Anhalt für die Bewerbung der Juniorwahl an. Zudem fanden Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte am 01. und 05. Juli 2013 in Magdeburg und Halle (Saale) statt. Die Landeszentrale für politische Bildung hat zusätzlich zu den vorhandenen Materialien eine Handreichung zum Thema »Rechtsextremismus und Wahlen« herausgegeben.

# 1.1.2 Beteiligung erfordert politische Willensbildung – Jugendbildungswoche in Kooperation mit den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten

Wir haben die Wahl: Nicht nur mit unserer Stimme, wenn es darum geht, ein neues Parlament zu wählen, aber eben auch und vor allem. Die Möglichkeiten, an gesellschaftlichen Entscheidungen zu partizipieren, sind in Deutschland vielfältig. Ob die Wahl des neuen Stadtoberhauptes oder wie am 22. September 2013 die Bundestagswahl, das Engagement in der Schüler-Innenvertretung, im Verein, einer BürgerInneninitiative oder Partei – politische Beteiligung in Deutschland ist vielgestaltig.

Demokratie kommt in einer Gesellschaft nicht selbstverständlich daher. Sie ist auf Mitgestaltung und Toleranz angewiesen. Aus dem Grund erfordert politische Beteiligung auch die Teilnahme am Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung. Darunter zählt das Gespräch über politische Themen in der Familie, mit Freundlinnen und Bekannten ebenso wie das Verfolgen der politischen Berichterstattung in Zeitung, Hörfunk und Fernsehen.

Auch die in Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung und den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (ijgd) vom 18. bis 22. Februar 2013 stattgefundene Jugendbildungswoche zum Thema »Demokratiekonzepte und praktisches Demokratieerleben – Die Bundestagswahl 2013« in Ottersleben hatte zum Ziel, zur politischen Meinungsbildung von jungen Menschen im Freiwilligen Politischen Jahr beizutragen. Das Kooperationsseminar findet seit einigen Jahren im Februar eines Zyklus' des Freiwilligen Sozialen Jahres im politischen Leben (FSJ) statt. Im Oktober 2012 trafen sich die Jugendlichen dazu im Vorfeld bereits zu einem fünftägigen Einführungsseminar sowie zwei Projekttagen im Dezember 2012 und Januar 2013.

Ausgrenzungsmechanismen, Alltagsrassismen – im Rahmen eines Blue-Eyed-Workshops unter Leitung Jürgen Schlichers von Diversity Works und in Anwendung des BETZAVTA-Konzepts lernten die FSJlerInnen Politik Ursachen und Auswirkungen von Diskriminierung und Rassismus kennen und verstehen.

Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 setzten sich die Jugendlichen unter Anleitung Dr. Michael Kolkmanns von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit den beiden politischen Systemen Deutschlands und den USA auseinander und stellten die Vor- und Nachteile beider Systeme heraus. »Volksentscheide auf Bundesebene – Ja oder Nein?« anhand dieser Frage machten sich die FSJlerInnen Politik außerdem mit den Regeln einer offenen parlamentarischen Debatte vertraut.

Klassische Medien, neue Medien – Welche Rolle kommt ihnen in der politischen Kommunikation des 21. Jahrhunderts zu? Jörg Biallas, Chefredakteur der Wochenzeitung »Das Parlament«, stellte sich hinter die klassische Zeitung aus Papier und bescheinigte ihr, auch im Digitalen Zeitalter unabkömmlich für den politischen Meinungsbildungsprozess zu sein. Frau Prof. Dr. Wuschig von der Hochschule Magdeburg-Stendal dagegen hob die Bedeutung neuer Medien an der unterschiedlichen Nutzung von Social Media für die politische Kommunikation von PolitikerInnen in Sachsen-Anhalt und den USA hervor.

Die Jugendbildungswoche zum Thema »Demokratiekonzepte und praktisches Demokratieerleben – Die Bundestagswahl 2013« fand ihren Abschluss in einem Gespräch der Jugendlichen mit VertreterInnen der Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Auf Augenhöhe diskutierten sie zu unterschiedlichen Themen, die innerhalb der Woche aufgekommen waren. Die Vorbereitung und Moderation des Gesprächs lag dabei in den Händen von Dr. Kai Langer, von Februar bis April 2013 amtierender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung.

#### infobox

Das Freiwillige Jahr im politischen Leben/ in der Demokratie
Ein Jahr lang hinter die Kulissen von AkteurInnen im politischen Leben schauen!? Ein Jahr lang selbst aktiv werden!? Ein Jahr lang etwas bewegen! Das Freiwillige Jahr im politischen Leben/in der Demokratie ermöglicht es jungen Menschen, die Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe in politisch agierenden Institutionen kennenzulernen. Innerhalb eines Jahres schafft es außerhalb von Schule und Beruf Gelegenheiten, Politik hautnah verstehen zu lernen und aktiv das Gemeinwesen mitzugestalten.

#### infobox

Betzavta ist ein in Jerusalem entwickeltes Konzept zur Demokratie- und Toleranzerziehung. In erfahrungsorientierten Übungen lernen die TeilnehmerInnen demokratische Prinzipien kennen und werden sich des eigenen Sozialverhaltens bewusst, was der Entwicklung von Toleranz und Respekt dient. Darüber hinaus erfahren die TeilnehmerInnen die Vor- und Nachteile eines demokratischen Systems, nehmen das spannungsvolle Verhältnis zwischen Grundrechten und Eigeninteressen wahr und lernen in der Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen von Demokratie, ein »qualitatives Demokratieverständnis« aufzubauen.

#### infobox

»Blue Eyed« – Braunäugig/Blauäugig ist eine Übung, die Diskriminierung anhand der Augenfarbe verdeutlicht. Sie wurde 1968 von Jane Elliott entwickelt. Die Übung basiert auf der Aufteilung einer Gruppe von Menschen, aufgrund ihrer Augenfarbe in Braunäugige und Nicht-Braunäugige. Dabei werden alle negativen Stereotype, die wir in unseren Gesellschaften kennen, auf die Gruppe der »Blauäugigen« angewendet. Diese werden so angesehen und behandelt wie Nicht-Weiße, MigrantInnen und NichtchristInnen traditionellerweise behandelt werden. Die Blauäugigen werden als unterlegen eingestuft und als Unterlegene behandelt. Im Ergebnis beginnen sich diese, unterlegen zu fühlen und bestätigen das Stereotyp.

Die Übung zeigt auf, dass Diskriminierung und Rassismus erlernte Fähigkeiten sind. Es gibt keinen genetischen Code für Diskriminierung, Menschen werden nicht als RassistInnen geboren, sie werden dazu gemacht. Und: Alles, was erlernt werden kann, kann auch verlernt werden. Der erste Schritt dahin ist Erkenntnis. Die Erkenntnis, dass Rassismus in unserer Gesellschaft existiert, die Erkenntnis, wie es ist, wenn man selber oder andere Menschen von Rassismus betroffen sind.

### Bilder:



Abbildung 1: FSJlerInnen Politik im Gespräch mit VertreterInnen der Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

### 1.1.3 PolitiklehrerInnen-Tage

Ein wichtiger Kooperationspartner der Landeszentrale für politische Bildung ist die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB), Landesverband Sachsen-Anhalt, die sich der politischen Bildung der BürgerInnen und der demokratischen politischen Kultur der Gesellschaft verpflichtet fühlt.

Demokratie lebt von Teilhabe, Mitgestalten und Mitmachen. Demokratie braucht zu ihrer Überlebens- wie Entwicklungsfähigkeit DemokratInnen. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte und ihrer Partizipationschancen benötigen alle BürgerInnen bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten, die ihnen nur durch politische Bildung vermittelt werden können.

Die jährlich gemeinsam durchgeführten zweitägigen PolitiklehrerInnentage richten sich an Lehrkräfte, aber auch an politisch interessierte Bürger-Innen. Die Schwerpunktthemen waren bisher u.a.:

- 1. »Europa grenzenlos? Europas Einfluss auf Sachsen-Anhalt/Sachsen-Anhalt in Europa«
- 2. »Demokratie ein weltweites Modell?«
- 3. »Wer regiert Deutschland Wirtschaft oder Politik?«
- 4. »Direkte Demokratie Chance oder Risiko?«.

Am ersten Tag werden Fragen zu aktuellen Themen mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und der Zivilgesellschaft behandelt und diskutiert. Am zweiten Tag werden in Workshops verschiedene Themen zur Stärkung der Demokratie, die nicht nur für den Unterricht interessant sind, praxisnah erörtert.

### infobox

Demokratie braucht Demokratinnen – Demokratinnen brauchen politische Bildung

### Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.

Die Vereinigung für Politische Bildung e.V. ist ein überparteilicher und unabhängiger Zusammenschluss von Menschen, die in der politischen Bildung in Schule, Hochschule sowie der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung arbeiten. Im Interesse mündiger BürgerInnen fördern sie gesellschaftliches Engagement. Zudem organisieren sie den Fachdiskurs der politischen Bildung. In Fragen der Bildungspolitik stehen sie in engem Austausch mit Parlamenten und zuständigen Ministerien von Bund und Ländern. Sie setzen sich für die Belange der PolitiklehrerInnen ein.

### 1.1.4 Studienreisen nach Berlin

Die Landeszentrale für politische Bildung führt in Zusammenarbeit und auf Einladung des Bundesrates sowie des Bevollmächtigten des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund regelmäßig Studienreisen nach Berlin durch. Bei diesen Reisen lernen die TeilnehmerInnen nicht nur die Hauptstadt, sondern vor allem das politische Berlin kennen. Neben den Besuchen des Bundesrates und des Deutschen Bundestages – mit zeitweiser Teilnahme an der Plenarsitzung – vermitteln die Studienreisen auch Einblicke in die Arbeit der Landesvertretung Sachsen-Anhalts und der Bundesministerien. Auch Besuche u.a. der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Gedenkstätte Hohenschönhausen und der Dauerausstellung »GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung« im Tränenpalast finden statt. Teilnehmende der Studienreisen sind vorwiegend Lehrkräfte und interessierte BürgerInnen.

#### infobox

Besuch im Landtag Ein Blick hinter die Fassade des Parlaments am Magdeburger Domplatz

Das Landesparlament von Sachsen-Anhalt versteht sich auch als Ort der Begegnung. In den zurückliegenden Jahren wurde das Informationsangebot für alle Altersklassen stetig erweitert. Im Jahresdurchschnitt machen 13.000 Gäste von dem Angebot Gebrauch, ihren Landtag zu besuchen und den ParlamentarierInnen bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen.

Interessierte können Führungen buchen und sich über die Struktur und Arbeitsweise des Parlaments informieren. Außerdem haben EinzelbesucherInnen die Möglichkeit, ohne vorherige Anmeldung, Plenarsitzungen von der Gasttribüne aus zu verfolgen. Auf Wunsch vermittelt der Besucher-Innendienst Gespräche mit Landtagsabgeordneten, hierzu sollten gewünschte GesprächspartnerInnen bzw. eine thematische Orientierung vorgegeben werden.

#### infobox

### Tränenpalast

Vielfältige persönliche Erfahrungen und Emotionen verbinden sich mit dem 1962 errichteten Gebäude am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Die Abfertigungshalle diente der SED-Diktatur bis 1990 für die Ausreise aus der DDR nach West-Berlin. Als Ort schmerzvoller Trennungen hieß der architektonisch moderne Pavillon aus Stahl und Glas im Berliner Volksmund bald »Tränenpalast«. Hier erlebten Deutsche aus Ost und West unmittelbar, wie stark sich Kalter Krieg und Teilung auf ihr Leben auswirkten.

Am historischen Ort – im denkmalgeschützten »Tränenpalast« – vermittelt die Stiftung »Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« die Auswirkungen von Teilung und Grenze auf den Alltag der Deutschen. Eine Original-Kontrollkabine lässt die Abfertigungssituation erahnen. Zusammenbrüche aus Erschöpfung und mehr als 200 Todesfälle belegen, dass auch ein »legaler« Grenzübertritt am Bahnhof Friedrichstraße eine Tortur war. Langes Warten und die demütigende Abfertigung belasteten vor allem ältere Menschen schwer.

### 1.1.5 Seminar: »Demokratie erleben – Ein Besuch im Landtag von Sachsen-Anhalt«

Die Veranstaltungsreihe »Demokratie erleben – Ein Besuch im Landtag von Sachsen-Anhalt« ist seit Jahren ein fester Bestandteil der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Sie findet mit der Zielstellung statt, die verschiedenen Zielgruppen, darunter SchülerInnen, BundeswehrsoldatInnen, aber auch SeniorInnen, über die Arbeit des Landesparlaments zu informieren. Neben der Einführung in die parlamentarische Arbeit und dem Besuch der Landtagssitzung (Plenarsitzung kann von der Gasttribüne aus verfolgt werden) führen die TeilnehmerInnen Gesprächsrunden mit ParlamentarierInnen aller Fraktionen durch. 2012 nahmen im Rahmen der Veranstaltungsreihe 16 BesucherInnengruppen mit 295 TeilnehmerInnen das Angebot wahr.

2013 wurde das Seminar, aufgrund einer Umbauphase im Landtag, durch die Landeszentrale für politische Bildung nicht angeboten. Die Aufnahme des Angebots findet voraussichtlich wieder ab dem Sommer 2014 statt. Derzeit wird das Seminarkonzept durch das neugegründete Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« überarbeitet. Ziel dieser Neuausrichtung ist u.a. eine verstärkte Anwendung partizipativer Medientechniken durch die TeilnehmerInnen, um dem Anspruch eines interaktiven Lernens gerecht zu werden. Auch neuen Kommunikationstechnologien, die von vielen Abgeordneten im Zuge ihrer Arbeitsorganisation neuerdings Anwendung finden und somit in die politische Arbeit einfließen, soll verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden.

### 1.1.6 »Mitten im Land – Blick auf das Eigene und das Fremde« – Sachsen-Anhalt-Monitor 2012

Welches Zeugnis stellen sie der Demokratie aus? Und wie beurteilen sie die Problemlösungsfähigkeit des Staates? Der vierte Sachsen-Anhalt-Monitor, nach 2007, 2009 und 2010, richtete seinen Blick neben diesen Fragen vor allem darauf, wie hoch die Zustimmung zu fremdenfeindlichen und antisemitischen Aussagen im Land ausfällt.

Die Studie, die im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH vom Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg durchgeführt wurde, bescheinigt den BürgerInnen Sachsen-Anhalts eine wachsende Verbundenheit mit dem Bundesland. Auch die Zustimmung zur Idee der Demokratie bleibt stabil und rechtsextreme sowie ausländerfeindliche Einstellungen gehen zurück. »Im gesamtdeutschen Vergleich und innerhalb Ostdeutschlands ist Sachsen-Anhalt nicht durch überdurchschnittlich starke ausländerfeindliche Einstellungen gekennzeichnet.«, so Kultusminister Stephan Dorgerloh zum Sachsen-Anhalt-Monitor 2012. »Bei der nachwachsenden Generation scheinen zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit zu wirken. Das ist ein erster Erfolg, aber kein Grund zur Entwarnung und bestärkt uns darin, in diesem Engagement nicht nachzulassen.« Jedoch stellen nicht alle Menschen der Demokratie ein gutes Zeugnis aus. Vor allem BürgerInnen in kleineren Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 EinwohnerInnen sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie und für fremdenfeindliche und rechtsextreme Anschauungen anfälliger. Als Ursachen führt die Studie niedrige Einkommen und eine geringere Bildung an. Diese sogenannten »Landstädte« stellen für die politische Bildung eine besondere Herausforderung dar.

Die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt Monitors 2012 riefen zudem kritische Stimmen aus Zivilgesellschaft und Politik hervor. Eine zuvor von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland stellte bei ca. 17 % der Ostdeutschen ein rechtsextremes Weltbild fest, während laut der Studie des Zentrums für Sozialforschung Halle e.V. der Martin-Luther-Universität Halle-

Wittenberg weniger als 10 % der BürgerInnen Sachsen-Anhalts ausländerfeindliche Einstellungen vertreten. Kultusminister Stephan Dorgerloh erklärte die unterschiedlichen Ergebnisse beider Studien mit der unterschiedlichen Methodik und der Zahl der Befragten. Für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2012, der unter der Leitung von Prof. Everhard Holtmann vom Zentrum für Sozialforschung an der Universität Halle-Wittenberg entstand, wurden insgesamt 1250 BürgerInnen ausgewählt und befragt. Bei der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung waren es in ganz Ostdeutschland 486 BürgerInnen. Der Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. kritisierte u.a. das Design mancher Fragen: »Im Frageraster werden bestimmte Einstellungen wie etwa Nationalismus nicht explizit erfragt, andere Aspekte rechtsextremer Einstellungen werden überhaupt nicht erfasst, wodurch der Sachsen-Anhalt-Monitor in der Summe die Lage, insbesondere im Bereich Rassismus, nur unzureichend wiederspiegele.« Die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors 2012 als auch die der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind dennoch ernstzunehmen.

Kultusminister Stephan Dorgerloh wies auf die Bedrohungen für die Demokratie hin, die immerhin auch von kleineren Gruppen ausgehen könnten, wie u.a. das aktuelle Beispiel um den NSU-Terror verdeutlicht. »Aus dem Grund wird die Landesregierung die Anstrengungen für die Stärkung der demokratischen Teilhabe und eines demokratischen Bewusstseins ohne Abstriche fortsetzen«, fügte der Kultusminister weiter hinzu.

Im Zuge der öffentlichen Debatte beschäftigten sich auch verschiedene Gremien mit den Ergebnissen der Studie, z.B. das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung und die Beiräte des Netzwerks für Demokratie und Toleranz und des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit. Im November 2013 fand dann eine Fachtagung der Landeszentrale für politischen Bildung statt, bei der über unterschiedliche Ansätze der Einstellungsforschung im Kontext von Rechtsextremismus und Rassismus diskutiert wurde. Empfohlen wurde dort, die Fragestellungen zum Thema Rechtsextremismus zu modifizieren, das Thema Rassismus stärker zu betonen und durch eine Reduzierung der Antwortkategorien die Entscheidungsmöglichkeiten deutlicher herauszuarbeiten.

[Die Zitate des Kultusministers Stephan Dorgerloh in diesem Beitrag sind der Pressemitteilung Nr.: 192/20 12 vom 21.11.2012 entnommen]

### Bilder:



Abbildung 2: Fachtagung zum »Sachsen-Anhalt-Monitor 2012« im November 2013.Von links nach rechts: Prof. Dr. Everhard Holtmann (Zentrum für Sozialforschung an der Universität Halle-Wittenberg) und Tobias Jaeck.



Abbildung 3: Fachtagung zum »Sachsen-Anhalt-Monitor 2012« im November 2013. Von links nach rechts: Cornelia Habisch (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt), Steffen Andersch (Projekt Gegenpart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt), Andreas Speit (Journalist und Buchautor mit den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus und Neonazismus), Pascal Begrich (Geschäftsführer des Miteinander e.V.).



Abbildung 4: Fachtagung zum »Sachsen-Anhalt-Monitor 2012« im November 2013.Prof. Dr. Everhard Holtmann (Zentrum für Sozialforschung an der Universität Halle-Wittenberg) und Tobias Jaeck.

## 1.1.7 Lasst uns streiten, aber bitte kulturvoll – Landesfinale zu »Jugend debattiert« im Landtag von Sachsen-Anhalt

Eine lebendige Demokratie kommt ohne Streit nicht aus. Der französische Verfassungstheoretiker Montesquieus schrieb hierzu in seinem Buch »De L'esprit des Loix« (Vom Geist der Gesetze): »Vernimmt man in einem Staat keinen Lärm von Streitigkeiten, so kann man sicher sein, dass in ihm keine Freiheit herrscht.« Dem Streit kommt in der Demokratie eine konstruktive Funktion zu. Da ihm diese aber nicht naturgegeben ist, braucht es einer gemeinsamen Wertegrundlage der »Streitenden« sowie das Einhalten bestimmter Regeln.

Worauf es beim kulturvollen Streiten ankommt, trainieren jedes Jahr mehr als 130.000 SchülerInnen an rund 800 Schulen beim bundesweiten Redewettbewerb »Jugend debattiert«. Der größte Wettbewerb zur sprachlichen und politischen Bildung in Deutschland wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung auf Initiative und unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz, den Kultusministerien der Länder und Landeszentralen für politische Bildung durchgeführt.

Am 16. April 2012 fand in Sachsen-Anhalts Landtag in Magdeburg zum elften Mal das Landesfinale zu »Jugend debattiert« statt. Von über 1000 Schüler-Innen, die sich aus Sachen-Anhalt an dem bundesweiten Wettbewerb beteiligten, nahmen 16 Schüler-Innen am Vormittag an der Landesqualifikation von »Jugend debattiert« teil. Die besten acht aus den beiden Altersgruppen der Klassen 8 – 10 und 11 – 13 bestritten dann am Nachmittag das Landesfinale im Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt. In einer 24-Minuten-Debatte debattierten je vier Schüler-Innen in den beiden Altersgruppen über Fragen wie »Soll jede/r einen Anspruch auf einen berufsqualifizierenden Schulabschluss erhalten?« oder »Soll die Ampelkennzeichnung für Lebensmittel eingeführt werden?« Die Kunst der Debattenkultur beherrschten 2012 Hannah Kuhn, 13 Jahre alt, aus Wolmirstedt im Landkreis Börde und Jason Rothe, 16 Jahre alt, aus Aschersleben am besten. Beide gingen als GewinnerInnen des Landesfinales zu »Jugend debattiert« hervor und

vertraten Sachsen-Anhalt beim Bundesfinale von »Jugend debattiert« am 23. Juni 2012 in Berlin. Entscheidend für den Erfolg bei »Jugend debattiert« sind Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft ebenso wie Fairness.

## 1.1.8 Demokratie erfahrbar machen – Elftes Jugendparlament zum 20-jährigen Bestehen Sachsen-Anhalts

Ob das fehlende Jugendzentrum im Stadtteil oder der Radweg auf dem Weg zur Schule. Mit diesen und anderen Themen beschäftigen sich Jugendparlamente in vielen Städten und Gemeinden Deutschlands. Sie vertreten die Interessen der Kinder und Jugendlichen ihrer Stadt und mischen sich mit ihren Themen in den politischen Prozess ein. Um sich einmischen zu können, braucht es aber Kenntnisse um die politische Kultur der Demokratie, deren repräsentativen Charakter ebenso wie die vielgestaltigen Möglichkeiten der direkten Teilhabe. Vereine, Jugendorganisationen der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, SchülerInnenvertretungen im Allgemeinen und Jugendparlamente im Besonderen – sie alle ermöglichen Kindern und Jugendlichen Beteiligung.

Durch Beteiligung wird Demokratie erfahrbar. Dazu bot auch das elfte Jugendparlament 2010 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Landes Sachsen-Anhalt Gelegenheit. Unter Mitwirkung der Landeszentrale für politische Bildung und des Niedersächsischen Kultusministeriums kamen erstmals 100 SchülerInnen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam zusammen, um unter dem Motto »Zukunft Deutsche Einheit« bei einem Vorbereitungstreffen am 21. September im Niedersächsischen Landtag in Hannover sowie am 15. und 16. November in Sachsen-Anhalts Landtag in Magdeburg über »Demokratie und Partizipation 20 Jahre nach der Deutschen Einheit« zu diskutieren.

»An den konkreten Beispielen der Jugendlichen wurde deutlich, wie sehr die Einheit Alltag geworden ist. Grenzen, die unser Land mehr als 40 Jahre lang durchschnitten,

gibt es nicht mehr«, resümierte der ehemalige Landtagspräsident Sachsen-Anhalts, Dieter Steinecke, der die abschließenden Plenen zu den Diskussionsergebnissen der Jugendlichen am 16. November leitete.

In verschiedenen Workshops, bei denen sich die SchülerInnen u.a. mit den Themen »Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag« und »Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit« auseinandersetzten, Iernten sie nicht nur die parlamentarische Praxis kennen. Sie erfuhren auch, wie wichtig es ist, die eigenen Argumente überzeugend zu vertreten und dennoch anderen respektvoll zu begegnen, auch wenn sie deren Ansichten nicht teilen.

### 1.1.9 Seminarreihe: Zur Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt

Im Rahmen der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt wurde zum 01. Januar 2010 der überwiegende Teil der neuen Gemeindestrukturen wirksam. Aus den 1036 Gemeinden entstanden bis dahin 369 neue Einheits- und Verbandsgemeinden. Im Januar 2014 waren es bereits 218. Das Thema Einheitsgemeinden rief sowohl bei den BürgerInnen als auch bei politisch Verantwortlichen Skepsis hervor. Das veranlasste die Landeszentrale für politische Bildung, im Rahmen der Seminarreihe »Gelebte Demokratie – Engagement in der Kommunalpolitik vor Ort« in 16 Städten Sachsen-Anhalts über die nach der Gemeindegebietsreform erfolgten Veränderungen zu informieren.

Im Rahmen der Seminarreihe fand hierzu am 11. August 2010 in Wernigerode eine Informationsveranstaltung statt. Bei dieser informierte Dr. Klaus Lang, vom Ministerium des Inneren, über die konkreten Gebietsänderungen im Kreis Harz sowie die Aufgaben der Ortschaftsräte nach der Gemeindegebietsreform. Das Angebot wurde von den TeilnehmerInnen als wichtig empfunden, da es die Möglichkeit bot, Fragen zu konkreten Fällen aus der Praxis zu stellen. So war eine der zentralen Fragen an dem Abend, wie die neuen Ortschaftsräte Einfluss auf das Stadtoberhaupt nehmen können.

# 1.1.10Demokratie-Offensive des Landes Sachsen-Anhalt – Fortbildungsreihe »Demokratieverständnis – Demokratieakzeptanz«

Der damalige Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer brachte 2007 in verschiedenen Reden und Interviews seine Besorgnis über den Zustand der Demokratie und die mangelnde Wahlbeteiligung zum Ausdruck. »Die Akzeptanz für die Demokratie ist wackelig, oft noch mit Zweifeln belastet«, betonte er, mahnte jedoch auch das Engagement einzelner an. »Sonst funktioniert die Demokratie nicht.« Zwar empfindet die Mehrheit der Sachsen-AnhalterInnen das Demokratieprinzip als erstrebenswert, doch über die praktizierte Art ist ein noch größerer Teil der BürgerInnen schwer enttäuscht. Die Ergebnisse des ersten Sachsen-Anhalt-Monitors vom September 2007 bescheinigten der repräsentativen Demokratie Erklärungsbedarf und erklärten eine Demokratieoffensive für notwendig.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse bot die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine zertifizierte Fortbildungsreihe mit verschiedenen Modulen zu Themen wie Demokratie, Parteien und Wahlrecht für Lehrkräfte des Faches Sozialkunde an. 170 Lehrkräfte aus Sachsen-Anhalt nahmen an dem Auftaktsymposium am 27.02.2008 in der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg teil.

Als Teil der Demokratie-Offensive des Landes zielte die Fortbildungsreihe, die im Mai 2008 startete, darauf ab, die Kenntnisse über die Demokratie in den Schulen zu verbessern. Der hallesche Politikwissenschaftler Everhard Holtmann, der die Fortbildung leitete, sah hierin akuten Handlungsbedarf. »Es tut Not, das Verständnis zu schärfen, denn im Osten bleibt die Demokratie, insbesondere bei den jungen Menschen, oft noch unverstanden. Ein weichgezeichnetes Bild der DDR, meist von den Eltern vermittelt, und fehlendes Verständnis für die Demokratie würden sich häufig gegenseitig bedingen«, sagte Holtmann. Im Rahmen der Fortbildungsreihe der Demokratie-Offensive wurden den Lehrkräften aktuelle Materialien für den Sozialkundeunterricht ausgehändigt. So entstand z.B. die »Wissens\_Scheibe Demokratie«

### Modulangebote:

Modul 1 »Demokratie – Idee und Praxis«

Modul 2 »Regieren in der parlamentarischen Demokratie«

Modul 3 »BürgerInnen und politische Institutionen«

Modul 4 »Soziale und politische Partizipation«

Modul 5 »Handlungsorientierte Methoden im Sozialkundeunterricht am Beispiel des Lehrstücks 'Die Dorfgründung'«

Modul 6 »Handlungsorientierte Methoden im Sozialkundeunterricht 'Medienanalyse' «

Die Demokratieoffensive sollte sich aber nicht nur auf den Schulbereich beschränken, auch andere gesellschaftliche Gruppen sollten motiviert werden, sich an der Stabilisierung des demokratischen Regierungs- und Gesellschaftssystems zu beteiligen. Ein formuliertes Ziel war z.B. die aktivere Teilhabe an den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt. Die Landeszentrale für politische Bildung nutzte hierzu bestehende Kooperationen, um kontinuierlich verschiedene Zielgruppen zu Fortbildungen einzuladen.

[Die Zitate sind der Mitteldeutschen Zeitung entnommen, Ausgabe vom 28.02.2008]

### Bilder:

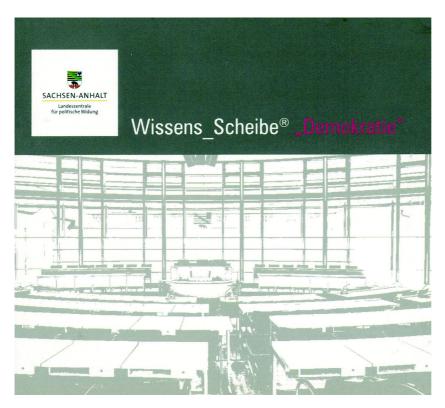


Abbildung 5: »Wissen\_Scheibe Demokratie«, welche im Rahmen der Demokratieoffensive entstand und Material für den Sozialkundeunterricht enthält.

### 1.2 Aufarbeitung Diktaturen in Deutschland

Aufarbeitung und politische Bildung sind Erkenntnisgewinn und Aufklärung über Strukturen und Wirkungsweisen der diktatorischen Systeme der jüngsten Vergangenheit. Die unterschiedlichen Angebote z.B. Zeitzeuginnengespräche, Vorträge, Podien und Besuche von Gedenkorten oder Lesekonzerte zu diesen Themenschwerpunkten sollen das Bewusstsein für Freiheit und Demokratie stärken, um zu erkennen, was Freiheitsverlust bedeutet und welche Auswirkungen Diktaturen auf das Schicksal von Menschen haben.

»Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.«

Richard von Weizsäcker

### 1.2.1 Halle Forum

Das Halle-Forum 2013 beschäftigte sich mit dem Thema »Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland«. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das SchülerInnenprojekt der Europaschule Gymnasium Gommern, das sich mit der Thematik in ihrer Region befasste.

Seit 2005 wird das Halle-Forum als Kooperation zwischen der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, dem Bildungszentrum Schloss Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. durchgeführt.

Die Themenschwerpunkte des Halle-Forums waren in den vorangegangenen Jahren u.a. »Die Verführungskraft der kommunistischen Ideologie«, »Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968«, »Der Herbst 1989 im Spiegel der Haftanstalten der DDR« und »Von den Sowjets zur Stasi – Die Haftanstalt »Roter Ochse« am Beginn der 50er Jahre«. Unter den TeilnehmerInnen des Halle-Forums sind immer zahlreiche ZeitzeugInnen der politischen Haft vertreten.

### infobox

Das Halle Forum ist eine Veranstaltung, die in Sachsen-Anhalt schon eine längere Tradition hat. Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt ist jedes Jahr Gastgeberin und Initiatorin. Traditionsgemäß treffen sich die TeilnehmerInnen des Halle-Forums zur Eröffnung in der Gedenkstätte »Roter Ochse« in Halle (Saale). Neben SchülerInnen sind auch ZeitzeugInnen, hochkarätige Historiker-Innen und amtierende wie ehemalige PolitikerInnen zu Gast.

#### Bilder:



Dokumentation zur Aufarbeitung der Geschehnisse des 17. Juni 1953 in Gommern im Rahmen des "Zeitensprünge"-Projektes 2013

Abbildung 6: »Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Gommern« Eine Dokumentation zur Aufarbeitung der Geschehnisse im Rahmen des »Zeitensprünge«-Projekts 2013.

## 1.2.2 Veranstaltungsreihe »Bei mir bist Du schön« mit Charlotte Knappstein und Torsten Urban

2012 wurde die im Vorjahr begonnene Matinee »Bei mir bist Du schön« fortgesetzt. Kooperationspartner der Landeszentrale für politische Bildung war das KünstlerInnenduo CreaDiva mit Charlotte Knappstein und Torsten Urban. Die von ihnen interpretierten Texte stammen von KünstlerInnen, die im nationalsozialistischen Deutschland der Vorkriegszeit als »entartet« galten und deren Werke verbrannt und verboten wurden, so von Erich Kästner, Rose Ausländer, Mascha Kalèko und andere.

2012 gastierten Charlotte Knappstein und Torsten Urban mit ihrem Programm in verschiedenen Schulen und anderen Einrichtungen in Arendsee, Beuster, Kalbe/Milde, Oschersleben, Salzwedel, Schönebeck und Wolmirstedt. Ca. 550 TeilnehmerInnen waren an den Lesekonzerten zugegen. Die Veranstaltungsreihe stieß in der Lokalpresse auf ein wohlwollendes Echo und wurde als »reife Bühnenleistung« gewürdigt.

Auch in den Vorjahren fanden Konzerte und Lesungen mit angesehenen SängerInnen, Schauspieler-Innen und LiteratInnen statt wie z.B. Eva-Maria Hagen, Freya Klier und Stephan Krawczyk sowie Erich Loest.

## 1.2.3 Lesekonzert: Ein musikalisch-literarischer Rückblick der Gruppe stattGeflüster auf die letzten zwei Jahrzehnte

Die Magdeburger Gruppe stattGeflüster tourte auch 2012 wieder durch die Lande. Mit ihrem neuen Programm »Das Volk, meine Schwiegermutter und ich« unternahmen sie einen musikalisch-literarischen Rückblick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte. Es wurden Lieder von Georg Danzer, Renft und Martin Rühmannn sowie die bissigen Texte von Ludwig Schumann aufgespielt. Zum Programm gehörte auch der Stammtischphilosoph Rudi, der über die Freiheit sinnierte, die gerade mal 18 Zentimeter lang war, als er ihr zum ersten Mal begegnete (»Iss eh alles Banane«).

Mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung fanden drei feinsinnige Abende zwischen Lied, Chanson und beißender Satire in Aschersleben, Rogätz und Stendal statt. Worum ging es? Na, um die Freiheit und deren Mühsal, wie im »Blues von der Demokratie« mit Einsichten von Friedrich Schorlemmer: »Es ist anstrengend, mündig zu sein«.

#### Bilder:



Abbildung 7: Die Musikgruppe »stattGeflüster« während eines Auftritts.

### 1.2.4 Seminar: »Unrechtssysteme in Deutschland Teil II«

Zum zehnten Mal seit 2003 fand vom 19. bis 23. November 2012 in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und den Sekundarschulen aus Gernrode und Walsrode das Seminar »Unrechtssysteme in Deutschland Teil II« für SchülerInnen der 10. Klassenstufe statt. In den Gedenkstätten Deutsche Teilung Marienborn und Moritzplatz Magdeburg sowie am Grenzdenkmal Hötensleben führten die SchülerInnen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Gespräche mit fünf Zeitzeugen.

Mit den Erlebnissen drei politischer Häftlinge, eines ehemaligen Grenzsoldaten, der in die Bundesrepublik flüchten konnte, und eines Bewohners und Chronisten des ehemaligen Grenz- und Sperrgebietes Hötensleben setzten sie sich anschließend in vier Workshops intensiv auseinander.

Ihre persönlichen Eindrücke von Orten der politischen Verfolgung und Ausgrenzung in der Sowjetischen Besatzungszone SBZ/DDR brachten die SchülerInnen abschließend in Form von künstlerischen Gestaltungen, Fotos, Videos und einem Theaterstück zum Ausdruck.

Im ersten Teil des Seminars »Unrechtssysteme in Deutschland«, das im Frühjahr 2012 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen stattfand, befassten sich die SchülerInnen mit dem Nationalsozialismus und der Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers.

# 1.2.5 Unterstützung des Forschungsprojekts: »Kenntnisse – Bilder –Deutungen – Das zeitgeschichtliche Bewusstsein Jugendlicher in Deutschland«

Im Zeitraum 2009 bis 2012 beteiligte sich das Land Sachsen-Anhalt zusammen mit Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien an einer wissenschaftlichen Studie, die erstmals vergleichend ermittelte, was Jugendliche über den Nationalsozialismus, die DDR, die »alte« Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland wissen und wie sie über historisches Geschehen urteilen. Besonderes Augenmerk galt dabei den Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur.

Die Ergebnisse wurden 2012 in einem Buch mit dem Titel »Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen« zusammengefasst. Die Studie des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung von knapp 5.000 SchülerInnen in Ost- und Westdeutschland sowie auf zusätzlichen Befragungen von mehr als 2.000 SchülerInnen, die Gedenkstätten besuchten oder im Laufe eines Jahres mehrfach befragt wurden.

Im Vordergrund steht der Vergleich der Ergebnisse nach Herkunft, Geschlecht und Schulart. In die Studie aufgenommen wurde auch die kontroverse Diskussion um Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik, Geschichtskenntnisse und Geschichtsbilder in der Bevölkerung sowie ein kritischer Blick auf andere Befragungen.

Wie die Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung für Sachsen-Anhalt ergaben, konnten die Schüler-Innen im Rahmen zweier Befragungen überdurchschnittlich viele Fragen beantworten. Zugleich wurde zwischen beiden Befragungsrunden ein deutlicher Wissenszuwachs registriert. Trotz z. T. gravierender Wissensdefizite, die die befragten Schüler-Innen in allen Bundesländern auswiesen, schnitt Sachsen-Anhalt im Ländervergleich eher positiv ab. Das Projekt unter der Leitung des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Klaus Schroeder knüpfte an die vor einigen Jahren veröffentlichte Studie des SED-Forschungsverbunds zum DDR-Bild von Schüler-

Innen im Ost-West-Vergleich an, geht aber konzeptionell und methodisch über sie hinaus.

Das im Zeitraum 2012 bis 2015 ebenfalls vom Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin durchgeführte Forschungs- und Dokumentationsprojekt »Die Opfer des DDR-Regimes« untersucht die Schicksale von Opfern des DDR-Regimes an der innerdeutschen Grenze zwischen 1949 und 1989. Gegenwärtig ist nur die Zahl der Opfer des SED-Regimes an der Berliner Mauer wissenschaftlich erfasst. Noch ungeklärt ist, wie viele Menschen zwischen 1949 und 1989 entlang der innerdeutschen Grenze ums Leben kamen. Die Landeszentrale für politische Bildung betreut das Forschungsprojekt federführend, das der Bund gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen fördert.

## 1.2.6 SchülerInnenprojekttage Marienborn

Seit 2009 führt die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit den Kultusministerien der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und der Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die SchülerInnen-Projekttage unter dem Motto »Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen« durch, an dem ca. 300 – 600 SchülerInnen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt teilnehmen. Der Veranstaltungsort – Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn – wurde bewusst gewählt, da die Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Fall der Mauer in Berlin am 09. November 1989 zu einem der wichtigsten historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts gehört. Es hat das Gesicht unseres Landes und des europäischen Kontinents deutlich verändert und der Demokratie zum Durchbruch verholfen. Für junge Menschen ist die Erinnerung an die innerdeutsche und europäische Grenze nicht immer leicht, insbesondere weil sie selbst diese Zeit nicht miterlebt haben.

#### infobox

#### Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Heute erinnern nur noch überdachte Baracken, zweistöckige Gebäude und hohe Lichtmasten an die ehemalige Grenzübergangsstelle Marienborn. Bis 1989 befand sich hier das sogenannte Nadelöhr zwischen Ost und West.

Am 13. August 1996 eröffnete der damalige Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Höppner, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn als Gedenkstätte im Aufbau. Für BesucherInnen sind heute unter anderem die Funktionseinheiten Passkontrolle, PKW-Einreise und die Kontrollgarage- Ausreise geöffnet.

Im BesucherInnenzentrum vertiefen die Dauerausstellung »Die Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph« sowie die Filme »Helmstedt-Marienborn – Das Nadelöhr zwischen den Welten« und »Auf der Wacht für die DDR – Die Geschichte der innerdeutschen Teilung« die historischen Zusammenhänge, in deren Folge die Grenzübergangsstelle Marienborn zu einem Bollwerk des Grenzregimes ausgebaut wurde.

Erinnern und Denken brauchen einen Ort. Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist inzwischen zu diesem Ort des Erinnerns, des Trauerns und des Gedenkens, zu einem Ort der Forschung und vom Bollwerk der Trennung zu einem Ort der Begegnung geworden – einem Ort, wie Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog 1998 hier formulierte, »an dem Deutsche Deutschen ihre Geschichte erzählen«.

#### Bilder:



Abbildung 8: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

#### 1.2.7 17. Juni 1953

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährte sich 2003 zum 50. Mal, ein bedeutsames deutsch-deutsches Ereignis. Es bleibt beispielhaft wie die Streikenden mit dem Mut der Verzweiflung heraustraten aus der bis dahin erduldeten Objekt-Rolle, demokratische Veränderungen forderten und gepanzerte Antworten erhielten. Viel Zeit sollte vergehen bis über die »Rollenverteilung« erneut gestritten wurde – mit besserem Ausgang! Allein der »17. Juni« steht sowohl für den Mut und die Taten derer, die aufbegehrten als auch für den Beginn einer langen Reihe demokratischer Massenbewegungen in Europa bis 1989. Dies waren Gründe genug, sich diesem Ereignis zu nähern. Zum 50. Jahrestag auf vielseitige Weise.

Die Landeszentrale für politische Bildung und die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn führten anlässlich des 50. Jahrestages 2003 ein Theater-Open-Air »Die

Norm muss weg!« durch, das die Ereignisse um den 17. Juni 1953 künstlerisch reflektierte – eine außergewöhnliche Würdigung dieses Aufstandes, der vor allem auch im mitteldeutschen Raum Halle / Bitterfeld-Wolfen / Magdeburg sein Zentrum hatte. Das Projekt stand unter der Schirmherrschaft des damaligen Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, und hatte – symbolträchtig – auf der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn im Juni 2003 Premiere.

Die Ausstellung »Volksaufstand. Der 17. Juni 1953« in Bitterfeld-Wolfen wurde vom 15.06. bis 15.12.2003 im Metall-Labor des Chemieparks Bitterfeld präsentiert. Ergänzend zur Ausstellung fanden diverse Veranstaltungen statt, so z.B. der Geschichtswettbewerb für SchülerInnen im Land Sachsen-Anhalt, die Vorabaufführung des MDR-Fernsehfilms »Tage des Sturms« im Bitterfelder Kulturpalast sowie die Tagung »Paul Othma – Erinnern an den mutigen Streikführer des Bitterfelder Aufstandes vom 17. Juni 1953« (Gemeinschaftsprojekte in Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale für politische Bildung und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.).

#### infobox

Am 17. Juni 1953 protestierten rund eine Million Menschen in Ost-Berlin und der restlichen DDR weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie äußerten ihre Unzufriedenheit über wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repression. Die SED-Führung war überfordert von den Demonstrationen, die Sowjetunion reagierte mit Härte: Sie verhängte den Ausnahmezustand. Mit massivem Einsatz von Militär, Volkspolizei und Staatssicherheit wurde der Aufstand des 17. Juni niedergeschlagen.



Abbildung 9: Plakat: »Die Norm muss weg.«

#### 1.2.8 Studienreise nach Israel

Der Holocaust als fester Bestandteil jüdischen Lebens in Israel ist stets gegenwärtig. Studienreisen nach Israel kommen aus dem Grund vor allem die Aufgabe einer kritischen Reflexion des deutsch-jüdischen Verhältnisses in der Geschichte zu, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus. Die Reisen tragen somit dazu bei, die Erinnerung an die während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die Landeszentrale für politische Bildung führte seit 1992 insgesamt 22 Studienreisen mit unterschiedlichen Themenstellungen nach Israel durch. Themenbereiche waren u.a. die deutsch-israelischen Beziehungen, die deutsch-jüdische Geschichte, die Holocaust-Pädagogik und der Nahost-Konflikt sowie die israelische Gesellschaft.

Als Referatsleiter und später amtierender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung begleitete ich in den Jahren 2009, 2011 und 2012 die zu den Themen »Recht und Justiz in Israel«, »Israel als Sozialstaat – Soziale Arbeit in Israel« und »Israel – Bildungsarbeit und Holocaust-Pädagogik« angebotenen Reisen.

TeilnehmerInnen waren u.a. Bedienstete des Landes sowie SchülerInnen und Studierende aus Sachsen-Anhalt. Die Studienreisen boten intensive Einblicke in Israels politische und kulturelle Vielfalt vor dem Hintergrund seiner historischen Prägung und seiner multiethnischen Gesellschaft. Insbesondere durch Gespräche und Diskussionen zu unterschiedliche Positionen und Kontroversen innerhalb der jüdischen Mehrheit als auch zur Situation der nicht-jüdischen Minderheiten im Land sowie zum israelisch-palästinensischen Konflikt vermittelten sie ein realitätsnahes Bild der derzeitigen Lebensbedingungen der Israelis.

Auf dem Programm der Reisen, die ich geführt habe, standen neben einem Seminar in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und Gesprächen zur aktuellen politischen Lage in Israel u.a. folgende Themen:

#### 2009

#### Recht und Justiz in Israel

- 1. Gespräch über Israels Verfassungsgrundlagen und Verfassungswirklichkeit
- 2. Besuch des Obersten Gerichtshofs
- 3. Zur Gesetzgebung in den palästinensischen Gebieten
- 4. Zum Status der Holocaust-Überlebenden in Israel politische und juristische Entwicklungen

#### 2011

#### Israel als Sozialstaat – Soziale Arbeit in Israel

- 1. Zur Struktur der israelischen Gesellschaft
- 2. Besuch von NGOs zum sozialen Wandel für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen
- 3. Besuch des Seminarzentrums Givat Haviva
- 4. Gespräch zur Lage der arabischen Minderheit in Israel mit VertreterInnen von NGOs
- 5. Besuch und Gespräch Sozialamt der Stadt Karmiel

#### 2012

#### Israel – Bildungsarbeit und Holocaust-Pädagogik

- 1. Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte im Kibbuz der GhettokämpferInnen
- 2. Besuch und Gespräch Leo Baeck Education Center
- 3. Einführung in die Arbeit und das Bildungsprogramm von Givat Haviva
- 4. Gespräch mit VertreterInnen von NGOs zu ihrer Arbeit und zur Situation von PalästinenserInnen und Israelis

Von den ReiseteilnehmerInnen wurden der Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem und die Gespräche mit Holocaust-Überlebenden, bei denen oft eine persönliche Verbindung zum Land Sachsen-Anhalt besteht, als besonders beeindruckend geschildert – wie z.B. bei der Reise 2009 mit Gabriel Bach, dem in Halberstadt geborenen stellvertretenden Ankläger im Prozess gegen Adolf

Eichmann. Auch die Besichtigung von Sozialeinrichtungen und die Informationen zu sozialen Problemlagen des Einwanderungslandes Israel sowie zur konkreten Lebenssituation der Israelis, die versuchen mit einer permanenten Kriegsgefahr normal zu leben, schätzten die TeilnehmerInnen als äußerst interessant ein. Ähnlich positiv waren die Erfahrungen zur Bildungsarbeit und Holocaust-Pädagogik in Israel.

Als Resümee der Studienreisen nach Israel lässt sich festhalten, dass sie dazu beigetragen haben, die Einstellung der ReiseteilnehmerInnen zu Israel bzw. die Sicht auf die besondere Situation des Staates Israel im Nahen Osten zu verändern – auch wenn diese nach der Reise oftmals mehr Fragen als Antworten hatten. Darüber hinaus führte die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere durch den Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und der damit verbundenen Erinnerung an die während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen, zu einer weit über den Besuch der Gedenkstätte hinaus reichenden Nachdenklichkeit und Betroffenheit der TeilnehmerInnen.

Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen erklärte nach der Reise, Israel erneut besuchen zu wollen und äußerte in diesem Zusammenhang den Wunsch, die Landeszentrale für politische Bildung möge die Studienreisen nach Israel weiterhin anbieten.

[Auto: Jürgen Breitenfeld, Referatsleiter und amtierender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung von Oktober 2011 bis Januar 2013]

#### infobox

#### Gedenkstätte Yad Vashem

Yad Vashem ist die bedeutendste Gedenkstätte, die an den nationalsozialistischen Völkermord an mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden erinnert und diesen wissenschaftlich dokumentiert. Sie wurde 1953 als ein Zentrum für Dokumentation, Erforschung, Pädagogik und Gedenken an den Holocaust gegründet. Die Gedenkstätte liegt auf dem Berg der Erinnerung in Jerusalem. Das ausgedehnte Gelände beherbergt Museen, Ausstellungen, Denkmäler, Forschungs- und Lehrzentren, Archive und Bibliotheken. Die Gedenkstätte Yad Vashem hat sich zu einer Begegnungsstätte zwischen Menschen aller Generationen und Nationen entwickelt, die jährlich von mehr als zwei Millionen BesucherInnen aufgesucht wird.



Abbildung 10: TeilnehmerInnen der Israelreise im Jahr 2011.

### 1.2.9 Israel-Projekttage

Seit der deutschen Wiedervereinigung partizipieren auch Sachsen-Anhalt und die anderen neuen Bundesländer an der deutsch-israelischen Partnerschaft. Die 2011 geschlossene Partnerschaft zwischen Burg und Tira war die erste Städtepartnerschaft zwischen einer ostdeutschen und einer israelischen Stadt. Außerdem ist sie die erste Partnerschaft einer deutschen mit einer überwiegend arabisch geprägten israelischen Stadt. Ferner ist festzustellen, dass das Koordinierungszentrum für den deutsch-israelischen Jugendaustausch ConAct seinen Sitz in der Lutherstadt Wittenberg hat.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel boten die Landeszentralen für politische Bildung Sachsen-Anhalt und Thüringen vom 11. bis 13. April 2005 in programmgleichen Veranstaltungen allen Interessierten Beiträge zur Landeskunde Israels und zu den deutsch-deutschen Beziehungen an. So gab es am 10. April 2005 in den Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale) einen Festakt mit musikalischer Umrahmung durch das Polizeiorchester des Staates Israel, unter der Leitung von Menashe Lev-Ran. Die Ansprachen hielten S. E. Shimon Stein, der damalige Botschafter des Staates Israel in Deutschland und Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, damaliger Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Begrüßt wurden die 380 TeilnehmerInnen durch den Staatsminister und Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Rainer Robra.

Am 11. April 2005 nahmen ca. 600 interessierte BürgerInnen am Israel-Tag »Israel im Herzen Deutschlands« teil. Zahlreiche Workshops, Vorträge und Informationsstände boten Gelegenheit, das Land besser kennenzulernen. Wer wollte, konnte u.a. mehr über die israelische Küche erfahren. So fand eine Einführung in die Kochkultur des Landes durch den Fernsehkoch und Talkmaster Alfred Biolek im Gespräch mit Meir Reiss, leitender Ausbilder der ChefköchInnen an der staatlichen Hotelfachschule Tadmor, statt. Zu den Programmpunkten zählte auch die Ausstellung »Our Country«. Ein gemeinsames Konzert des Polizeiorchesters des Staates Israel mit dem Landespolizeiorchester Sachsen-Anhalt – begrüßt durch den damaligen Innenminister Klaus Jeziorsky – bildete den Abschluss des Israel-Tages.

Am 13. September 2011 fand der Seminartag »Israel – anders kennenlernen« in der Hochschule Harz in Wernigerode statt. Ein Höhepunkt für u.a. 240 SchülerInnen der Klassenstufen 10 – 12 sowie Lehrkräfte aus Gymnasien, Sekundarschulen und berufsbildenden Schulen war das Zeitzeugengespräch mit dem deutsch-israelischen Juristen Gabriel Bach. Er war stellvertretender Ankläger im Prozess gegen Adolf Eichmann.

In diversen Seminaren bestand die Möglichkeit, mehr über die Menschen in Israel zu erfahren und einen Einblick in den israelischen Alltag zu erhalten. Israelische BürgerInnen finden sich in ihrem Land inmitten eines facettenreichen gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Lebens, das zwar vom israelisch-palästinensischen (arabischen) Konflikt beeinflusst, aber nicht beherrscht wird. Der Seminartag fand in Zusammenarbeit zwischen der Hochschule Harz (FH), der Botschaft des Staates Israel und der Landeszentrale für politische Bildung statt.

#### infobox

ConAct – Programm des Koordinierungszentrums Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

ConAct fördert gemeinsames Handeln im deutsch-israelischen Jugendaustausch, unterstützt bestehende Kontakte und regt zu neuen Ideen für den Austausch an. Dies geschieht durch Vernetzung von Informationen, Beratung zur Planung und Finanzierung von deutschisraelischen Jugendbegegnungen und Durchführung von Projekten zur Weltentwicklung und Reflexion des deutsch-israelischen Jugendaustauschs. ConAct wurde im Oktober 2001 in der Lutherstadt Wittenberg offiziell eröffnet und arbeitet bundesweit.

# 1.3 Europa

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung steht auf dem Gebiet der europabezogenen und europapolitischen Bildungsarbeit die Vermittlung europäischer Themen, Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten. Ziel ist es, die Kenntnisse und Kompetenzen der BürgerInnen aus Sachsen-Anhalt, vor allem junger Menschen, durch verschiedene Veranstaltungsprofile und Materialien zu erweitern und ihre berufliche, aber auch persönliche Entwicklung zu unterstützen.

Hervorzuheben sind u.a. der EU-Projekttag und die Juniorwahlen parallel zur Europawahl an Schulen, das Angebot von Studienreisen zu den europäischen Institutionen und der Europakoffer Sachsen-Anhalt.

Ansprechpartnerin und Koordinatorin für die Umsetzung des EU-Projekttages an den Schulen in Sachsen-Anhalt ist die Landeszentrale für politische Bildung. Der jährlich stattfindende EU-Projekttag wurde erstmals 2007 aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit GOEUROPE!, dem Europäischen Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt, wurden für verschiedene Schultypen und Zeiteinheiten mehrere Angebote wie z.B. Europa-Workshop I und II, Europa-Rallye und das Planspiel »Sachsen-Anhalt in Europa« entwickelt, welche flexibel an die Bedürfnisse der Schulen und die Klassensituation angepasst werden können. Im Wesentlichen werden die Workshops spielerisch und informativ, in Kleingruppen, aber auch mit der gesamten Klasse durchgeführt. Dabei ist besonders wichtig, die europäische Dimension alltäglicher Dinge im Leben der Schüler-Innen zu entdecken und erfahrbar zu machen, aber auch die Vermittlung jugendrelevanter Informationen zum Thema Aus- und Weiterbildung zu berücksichtigen. Ziel ist es, den Jugendlichen die Chancen Europas aufzuzeigen, ein klares Bild von Strukturen und Prozessen zu vermitteln und Ressentiments abzubauen.

Bei der Durchführung der oben genannten Angebote können – je nach Verfügbarkeit – Mitglieder der Landesregierung, Landtagsabgeordnete (u.a. Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten), Bundestagsabgeordnete

und Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus Sachsen-Anhalt sowie junge Menschen mit Auslandserfahrungen einbezogen werden.

Die Zahl der teilnehmenden Schulen ist seit 2007 stetig gestiegen. 2013 nahmen 47 Schulen mit ca. 3.400 SchülerInnen die Angebote wahr. Im Rahmen der Studienreisen zu den europäischen Institutionen mit unterschiedlichen Zielgruppen können die TeilnehmerInnen die verschiedenen Institutionen der EU besuchen. Neben dem Kennenlernen der Institutionen und der Diskussion aktueller europapolitischer Fragen mit VertreterInnen der EU-Institutionen stehen u.a. ein Besuch des Verbindungsbüros des Landes Sachsen-Anhalt, des Europäischen Parlaments, des Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission auf dem Programm.

#### **Weitere Angebote**

Der Botschafter des Großherzogtums Luxemburgs bei den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation, Dr. Jean Feyder, sprach am 03.05.2012 in Dessau-Roßlau auf einer gemeinsamen Abendveranstaltung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung zum Thema »Mords-Hunger – Vom profitablen Elend der armen Länder«. Inhaltlicher Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die Proklamation der Vereinten Nationen von acht »Millenniums-Entwicklungszielen« im Jahr 2000. Eines davon lautete, den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren. Schon heute ist absehbar, dass dieses Ziel nicht erreicht werden wird, da die Zahl der Hungernden weiter gestiegen ist und inzwischen die Milliardengrenze überschritten hat.

Herr Dr. Feyder sparte in diesem Zusammenhang nicht an Kritik an der Wirtschaftsund Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Er sprach sich dafür aus, das Thema »Hungerbekämpfung« endlich auf höchster politischer Ebene zu behandeln. Der Europäische Rat solle sie ähnlich wie die Entwicklungspolitik auf seine Agenda setzen – mit dem Ziel, »Die Geißel des Hungers in der ganzen Welt auszurotten«.

2012 wurde in Kooperation mit dem Artist e.V. Moritzhof und dem Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg die Filmreihe

»Europa(film)bilder – Filmreihe auf dem Moritzhof« durchgeführt: Europa lebt immer von Visionen – und viele Menschen haben zuallererst bestimmte Bilder im Kopf, wenn der Name unseres »imaginären Kontinents« fällt. Filme enthalten beides und mehr: Imaginationen europäischer Realitäten und Möglichkeiten, Bilder unserer Vergangenheit(en) und – nicht zuletzt – Abbildungen von Menschen, die sich EuropäerInnen nennen, so bezeichnet werden oder »nur« in unseren Ländern leben. Filme spiegeln also den status quo europäischer Gesellschaften und Kulturen, entwerfen zugleich jedoch phantasievolle Gegenbilder und eröffnen somit andere Wege nach Europa.

Weiterhin unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung seit Jahren das Fortbildungsangebot »Europa-MultiplikatorInnen-Seminar« der Europäischen Akademie Nordrhein-Westfalen zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Zielgruppe dieser Veranstaltung sind MultiplikatorInnen, insbesondere Lehrkräfte aller Schulformen sowie BundeswehroffizierInnen.

#### infobox

#### Europakoffer

Der Europakoffer Sachsen-Anhalt leistet einen Beitrag, insbesondere bei jungen Menschen, in Sachsen-Anhalt das Verständnis für Europa zu stärken. Im schulischen Bereich unterstützt er die Einbindung des Themas Europa in die unterrichtliche Gestaltung. Außerschulisch kann er junge Menschen zu Projekten anregen, die sie mit Hilfe des Koffers im Jugendfreizeitbereich durchführen können. Der Koffer enthält eine leicht verständliche Europa-Themensammlung, die Übungen für Einzel- und Gruppenarbeiten sowie Diskussionsrunden zum Thema Europa vermittelt.

#### Bilder:



Abbildung 11: BesucherInnengruppe der Landeszentrale für politische Bildung im Europäischen Parlament am 25.02.2010; mit auf dem Foto Herr Dr. Horst Schnellhardt, MdEP – Vertreter aus Sachsen-Anhalt, der der Gruppe als Gesprächspartner zur Verfügung stand.

# 1.3.1 EU-Projekttage

Seit 2007 werden aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft jährlich EU-Projekttage an deutschen Schulen durchgeführt. Die Bundeskanzlerin und die Regierungen der EU-Länder vereinbaren hierfür jeweils den Durchführungszeitraum. Die Landeszentrale für politische Bildung ist Ansprechpartnerin und Koordinatorin für die Umsetzung des EU-Projekttages und unterstützt bei der Vorbereitung und Durchführung eines EU-Projekttages die Schulen.

2011 erweiterte die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen, Bereich EU-Verwaltungsbehörde, ihr Angebot um das »Info-Paket – Europa tut gut – Die EU-Strukturfonds in Sachsen-Anhalt spielend

entdecken«. Mit diversen Werbe- und Informationsmaterialien sollte das Interesse der SchülerInnen an Europa geweckt, das Verständnis für das Funktionieren der Europäischen Union vertieft und die EU-Strukturfonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) sowie deren maßgebliche Rolle für Sachsen-Anhalt näher gebracht werden. Dieses Info-Paket bekamen 155 Grund- und weiterführende Schulen sowie berufsbildende Schulen.

2012 ergänzte die Landeszentrale für politische Bildung ihr Angebot für den EU-Projekttag um den »Europakoffer Sachsen-Anhalt«. Der Europakoffer Sachsen-Anhalt wurde im Auftrag der Landeszentrale in einer Auflagenhöhe von 170 Koffern konzipiert, um das Thema »Europa« im Unterricht zusätzlich behandeln zu können. Die ersten 30 Koffer wurden im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 05.03.2013 an die teilnehmenden Lehrkräfte übergeben. Die 2012 am EU-Projekttag teilnehmen-den Schulen erhielten den »Europakoffer Sachsen-Anhalt« zusätzlich. Der Europakoffer kann aber durch die Schulen auch über GOEUROPE! bestellt werden.

Darüber hinaus stellte die Bundeszentrale für politische Bildung den Schulen für die EU-Projekttage ein Informationspaket mit Unterrichtsmaterialien zur Verfügung (Jede Schule kann davon ein kostenfreies Ansichtsexemplar bestellen).

Kooperationspartner der Landeszentrale für politische Bildung bei der Durchführung der EU-Projekt-tage waren u.a. GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Die Zahl der sich am EU-Projekttag beteiligenden Schulen sowie die Anzahl der genutzten Angebote sind seit 2007 in Sachsen-Anhalt stetig gestiegen. So nahmen 2012 z.B. knapp 3.000 Schüler-Innen am EU-Projekttag teil.

#### infobox

Europa-Rallye – Beispiel eines EU-Projekttages

Eine »Europa-Rallye« eignet sich besonders für größere Gruppen und Klassen bzw. klassenstufenübergreifende Projekttage. Dazu werden in mehreren Räumen Materialien platziert und Methoden verteilt, die der Aufgabenerfüllung dienen. Zu Beginn der Rallye werden Kleingruppen gebildet, die mithilfe eines Aufgabenblattes die Rallye durchlaufen. Die Schwerpunkte liegen hierbei in eigenständiger Recherche von europäischen Inhalten, Teamübungen und dem gemeinsamen Auswerten und der Erläuterung der Ergebnisse. Ziel für die Kleingruppen ist es, in möglichst kurzer Zeit alle Aufgaben zu erfüllen. Durch ihren offenen Wettkampfcharakter eignet sich die »Europa-Rallye« sehr gut, um europäische Themen, Basiswissen und Hintergrundinformationen spielerisch zu vermitteln.

Klassenstufe: 8 – 12 | Anzahl SchülerInnen: bis 100 Zeit: 90 – 300 min. | Raumanzahl: 4 | Technische Voraussetzungen: Stuhlkreis, Beamer, Ton (Computerlautsprecher)

# 1.4 Ausstellungen

### 1.4.1 Fotoausstellung »20 Jahre Sachsen-Anhalt«

Es ist eine alte JournalistInnenweisheit, dass ein Bild mehr aussagt als 1000 Worte. Auf eindrucksvolle Weise bestätigt das die Ausstellung von Pressefotografien der dpa Picture-Alliance, die »20 Jahre Sachsen-Anhalt« vor unseren Augen Revue passieren lässt. Wir blicken zurück auf die Entstehung unseres Bundeslandes 1990, die ersten Wahlkämpfe, die erste Landesregierung, auf den schwierigen Start in eine neue Zukunft. Vorausgegangen waren die Friedliche Revolution, die Auflösung der DDR und der atemberaubende Prozess zur Wiedererlangung der Deutschen Einheit, die am 03. Oktober 1990 vollzogen wurde. An diesem Tag entstanden auch die fünf »neuen« Bundesländer, darunter das Land Sachsen-Anhalt. Am 14. Oktober 1990 fanden die ersten Landtagswahlen unter demokratischen Voraussetzungen in den neuen Ländern statt, am 28. Oktober 1990 konstituierte sich dann der Landtag von Sachsen-Anhalt in seiner ersten Sitzung in Dessau-Roßlau, Magdeburg wurde in dieser Sitzung zur Landeshauptstadt bestimmt.

Manche der in der Ausstellung bildhaft in Erinnerung gerufenen Ereignisse sind inzwischen in den Hintergrund gerückt, vieles muss einer jüngeren Generation neu vermittelt werden. Die im Original mit den dazugehörigen Bildunterschriften wiedergegebenen Pressefotografien bilden einen bunten Querschnitt durch 20 Jahre Geschichte und Geschichten aus Sachsen-Anhalt ab. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung, kulturelle und sportliche Höhepunkte und immer wieder der aktive Einsatz der BürgerInnen für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt werden in diesen Abbildungen sichtbar. Sie sollen neugierig machen auf unsere jüngste Geschichte und dazu anregen, sich mit dieser auseinanderzusetzen.

Denn die Sachsen-AnhalterInnen haben allen Grund, auf das in den vergangenen Jahren Erreichte stolz zu sein. Sachsen-Anhalt ist ein junges Land, aber eines mit einer großen Vergangenheit. Und Sachsen-Anhalt ist vor allem ein Land im Aufbruch. Trotz ungünstiger Startbedingungen hat es in den letzten Jahren viel Boden gut gemacht und gilt inzwischen als das dynamischste Land

Ostdeutschlands. Wie rasant die Entwicklung in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten war, symbolisieren beispielhaft Orte wie Bitterfeld-Wolfen: früher das Synonym schlechthin für Dreck und Umweltverschmutzung – heute Standort von Weltunternehmen und gleichzeitig Erholungsort mit einem großen Freizeitwert. Die Rückbesinnung auf alte Traditionen und der Wille zur Modernisierung sind beispielhaft für 20 Jahre Sachsen-Anhalt.

#### infobox

#### Ausstellungen

Durch die Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung konnten bereits diverse Ausstellungen zu verschiedenen Themenbereichen präsentiert werden, u.a.:

- »In bester Verfassung 50 Jahre Grundgesetz«
- »Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?«
- »Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich«
- »Zeichen des Alltags Jüdisches Leben in Deutschland heute«
- »amnesty international in der DDR« (Sonderausstellung)
- »Europa im Kopf. Der Verlag Volk und Welt in der DDR« (Sonderausstellung)
- »Volksaufstand. Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt« (Sonderausstellung)
- »Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße«
- »Neuland« (Sonderausstellung)
- »Fenster zur Welt«
- »Die Grenze im Wandel der Zeit«
- »Die Grenze ein deutsches Bauwerk« (anlässlich des 52.
   Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 1953)
- »Damals in der DDR. 20 Geschichten aus 40 Jahren« (anlässlich des 44. Jahrestages des Mauerbaus)
- »Leben vor dem Mauerfall«
- »Steilpass Fußball-Geschichte von Wolfen«
- »Breites Gras über die deutsch-deutsche Grenze? Spurensuche entlang des ehemaligen Grenzstreifens«
- »Anne Frank eine Geschichte für heute«



Abbildung 12: Ausstellung »20 Jahre Sachsen–Anhalt« im Landtag von Sachsen-Anhalt.

# 1.4.2 Wanderausstellung »Traditionell Weltoffen? Multikulturelle Perspektiven Sachsen-Anhalts in Geschichte und Gegenwart«

Unser heutiges Bundesland Sachsen-Anhalt ist geprägt von einer Vielzahl kulturhistorischer Zeugnisse, die national und international Beachtung finden. Die Himmelsscheibe von Nebra, Eike von Repgows Sachsenspiegel – ein Rechtsbuch, das eine Grundlage der europäischen Rechtskultur bildet, die Schriften der Mystikerinnen aus dem Kloster Helfta bei Eisleben, dem Geburts- und Sterbeort des großen Reformators Dr. Martin Luther oder die Meister des Dessauer Bauhauses, um nur einige zu nennen – sie alle zeugen vom Wissen und Können der Menschen der letzten Jahrhunderte in einem Land, das sich heute zwischen Arendsee und Zeitz, Harz und Dübener Heide, an Saale und Elbe erstreckt.

Die Wanderausstellung stellt – exemplarisch für die Landesgeschichte – wichtige Persönlichkeiten und historische Ereignisse vor, zeigt Sichtweisen und Handlungsmuster auf und reflektiert den Umgang damit. Sie regt ebenso zum Diskurs an wie sie Antworten sucht nach Umfang von Tradition, Toleranz und Weltoffenheit in unserem heutigen Bundesland und wie weit sich die Zivilgesellschaft mit dem Land Sachsen-Anhalt identifiziert. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung.

Die vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Ausstellung wurde 2011 erstmalig im Landtag von Sachsen-Anhalt präsentiert und war seitdem in Lutherstadt Eisleben, Sangerhausen, Dessau-Roßlau, Lützen, Lutherstadt Wittenberg, Genthin und Wernigerode zu sehen.



Abbildung 13: Flyer zur Ausstellung »Traditionell weltoffen«

# 1.4.3 Wanderausstellung »Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt«

Sachsen-Anhalts Justizministerium, die landeseigene Gedenkstättenstiftung und die Landeszentrale für politische Bildung übernahmen im Jahr 2008 die aus Niedersachsen stammende Ausstellung »Justiz im Nationalsozialismus« mit dem Ziel, sie unter wissenschaftlicher Leitung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) um regionale Aspekte zu erweitern und in Gerichtsgebäuden des eigenen Bundeslandes zu zeigen.

Durch die Gewinnung weiterer Kooperationspartner, der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen-Anhalt und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, konnte das Projekt realisiert werden.

Die Ausstellung arbeitet das dunkelste Kapitel der Justizgeschichte Sachsen-Anhalts auf. Sie dokumentiert die Rolle der deutschen Justiz in den Jahren 1933 – 1945, nennt Namen von Opfern und Tätern, präsentiert Biografien des aktiven Mitwirkens an staatlichen Verbrechen ebenso wie Schicksale von Frauen und Männern als Objekte staatlicher Gewalt.

Seit 2008 ist sie bisher an elf Standorten, u.a. im Jahr 2012 in den Amtsgerichten Schönebeck, Bernburg und Weißenfels, gezeigt worden und dabei stetig gewachsen. Mittlerweile verleihen mehr als 100 Ausstellungstafeln Opfern und Tätern ein Gesicht. Die Präsentationen der Ausstellung an den Standorten wurden durch umfangreiche Begleitprogramme, darunter das Theaterstück »Unkraut vergeht nicht«, thematische Filmabende, Lesungen, Vorträge und Geschichtsworkshops, umrahmt. Besonders hervorzuheben ist das Projekt »SchülerInnen führen SchülerInnen«, bei dem an allen Standorten insgesamt ca. 175 SchülerInnen zu AusstellungsbegleiterInnen befähigt worden sind und insgesamt fast 8.000 SchülerInnen aus 390 Schulklassen betreuten.

Derzeit gastiert die Ausstellung in der Landesvertretung bei der EU in Brüssel. Auch auf ihrer ersten Auslandsstation stößt sie auf reges Interesse. So waren zur

Eröffnungsveranstaltung am 30. Oktober 2013 mehr als 100 BesucherInnen gekommen, unter ihnen VertreterInnen der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien.

Ein wissenschaftlicher Begleitband ergänzt die Katalogreihe zur Wanderausstellung.

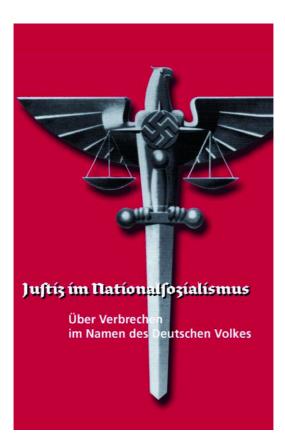


Abbildung 14: Flyer zur Ausstellung »Justiz im Nationalsozialismus«.

# 1.4.4 Wanderausstellung »Sachsenspiegel und Magdeburger Recht – Grundlagen für Europa«

Der Sachsenspiegel und das Magdeburger Stadtrecht sind zwei Rechtsquellen, die während des 13. Jahrhunderts auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt schriftlich fixiert worden sind. Auf Grund ihrer Qualität und Akzeptanz entfalteten sie sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht eine kraftvolle Ausstrahlung. Bis zum 19. Jahrhundert waren sie teilweise noch geltendes Recht. Hunderte von Landschaften, Städten und Orten in den Gebieten der heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Weißrussland, Estland, Litauen, Lettland und Ukraine übernahmen Regelungen aus dem sächsischmagdeburgischen Recht.

Die rezipierten Teile des sächsisch-magdeburgischen Rechtes wurden stellvertretend als das »deutsche Recht« (»ius teutonicum«) schlechthin im europäischen Osten angesehen.

Die lange Geltungsdauer des Sachsenspiegels in einigen Gebieten Deutschlands und in zahlreichen ostmitteleuropäischen Ländern bis an das geltende Recht heran ist eine Wurzel moderner Rechtsstaatlichkeit, welche in der Bundesrepublik nach 1945 und in den neuen Bundesländern nach 1990 aufgebaut werden konnte. Für die Landeszentrale für politische Bildung war dies Anlass, 2005/2006 über den Sachsenspiegel und das Magdeburger Stadtrecht – zwei Kulturleistungen von europäischem Rang – und ihre Wirkungsgeschichte eine Ausstellung unter der wissenschaftlichen Begleitung von Prof. Heiner Lück, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäische, Deutsche und Sächsische Rechtsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, erstellen zu lassen. Nach feierlicher Übergabe und Eröffnung der Ausstellung im Landtag von Sachsen-Anhalt am 01. Februar 2006 war die Ausstellung inzwischen im In- und Ausland zu sehen, u.a. in den Städten Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Köthen, Brüssel, Warschau, Krakau und in Minsk

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Regionalpartnerschaft zwischen Sachsen-Anhalt und der polnischen Wojewodschaft Masowien besuchte vom 05. bis 08.12.2013 Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff – begleitet von VertreterInnen der Landesregierung sowie des Landtags, aber auch von RepräsentantInnen von Verbänden und Vereinen aus Sachsen-Anhalt – im Rahmen der Sachsen-Anhalt-Tage die Partnerregion. Am 07.12.2013 eröffnete er die Ausstellung in Plock, die dort bis Ende Januar 2014 zu sehen war. Von Mai bis Juni 2014 wurde die Ausstellung in Radom/Polen anlässlich des 650-jährigen Jubiläums der Verleihung des Stadtrechts an Radom präsentiert. Radom ist die zweitgrößte Stadt Masowiens und Partnerstadt der Landeshauptstadt Magdeburg. Mit der Ausstellung möchte das Land Sachsen-Anhalt über die aktuelle Einbindung Sachsen-Anhalts in Europa hinaus seine tiefe Verwurzelung und europäische kulturgeschichtliche Zusammenhänge den EuropäerInnnen nahe bringen, auf dieses einzigartige Phänomen der deutschen und europäischen Rechtsgeschichte aufmerksam machen und dazu einladen, die gemeinsamen Grundlagen unseres friedvollen Zusammenlebens auf dem Kontinent Europa stärker als bisher ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen.



Abbildung 15: Siegel des Magdeburger Schöffenstuhls nach 1631.

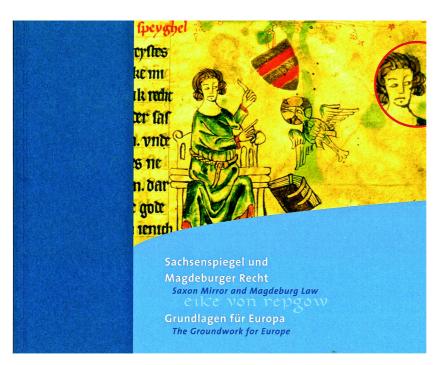


Abbildung 16: Broschüre »Der Sachsenspiegel und das Magdeburger Recht.«



Abbildung 17: Wanderausstellung »Sachsenspiegel und Magdeburger Recht – Grundlagen für Europa« 2006 im Landtag von Sachse-Anhalt.

#### 1.5 Landeskunde

In einer sich ständig wandelnden, globalisierten Arbeits- und Wirtschaftswelt besteht die Gefahr, dass der regionale Bezug bzw. die regionale Verbundenheit bei allen Bemühungen um Aktualität – sei es in der Schule, im Arbeitsleben oder im Alltag – »auf der Strecke bleiben«, d. h. der Bezug zu den eigenen Wurzeln im Land und damit ein Teil der Identität verloren geht. Um dem entgegenzuwirken, werden in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnern in verschiedenen Veranstaltungsformaten Angebote unterbreitet.

Als ein Beispiel stehen die jährlich durchgeführten »GeographielehrerInnentage«, die in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Deutscher Schulgeographen Sachsen-Anhalt e.V. durchgeführt werden, die sich mit der politischen, geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt der Regionen des Landes Sachsen-Anhalt beschäftigen.

Die TeilnehmerInnen erhalten z.B. praxisnahe Beispiele zur Vermittlung des Themas »Regionales Lernen«, damit sie – neben den globalen, ökonomischen, sozialen oder ökologischen Zusammenhängen in der »fernen Welt« – auch regionale Themenkomplexe vor Ort thematisieren können, um SchülerInnen mit einem regionalen Bezug verstärkt zu einer selbst- und mitverantwortlichen Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.

#### **Deutsch-Jüdische Geschichte**

In den Territorien, die heute das Bundesland Sachsen-Anhalt bilden, gab es eine weit zurückreichende und bedeutende jüdische Tradition. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, sich mit vielfältigen Territorien und deren wechselvoller Geschichte im Detail zu beschäftigen.

Im November 2012 fanden in Kooperation mit der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt die Seminare »Das Jüdische Sachsen-Anhalt« und »Reise ins Jüdische Berlin« statt. Allein die Geschichte der jüdischen Bevölkerung Halberstadts ist eng verflochten mit der in Anhalt und Berlin. Die jüdische Gemeinde Halberstadt spielte bis weit ins 19. Jahrhundert hinein in der orthodoxen jüdischen Welt eine

bedeutende Rolle. Diese Wirkung strahlte bis Berlin. Die erste öffentliche Synagoge in Berlin, Heidereuthergasse, wurde von dem Halberstädter Hofjuden Berend Lehmann (1661 – 1730) finanziert und die heute noch existierende orthodoxe Gemeinde Adass Jisroel ist eine Gründung des Halberstädter Rabbiners Ezriel Hildesheimer, die Finanzierung erfolgte durch die Halberstädter Unternehmerfamilie Hirsch. Neben diesen historischen Zusammenhängen erfuhren die TeilnehmerInnen in Berlin gleichermaßen aktuelles, lebendiges jüdisches Leben durch den Besuch eines Gottesdienstes am Freitagabend und die Teilnahme an einem Kabbalat-Schabbat. Begegnungen mit VertreterInnen unterschiedlicher Ausrichtungen vermittelten die Vielfalt der jüdischen Welt. Thema des Seminars »Jüdisches Sachsen-Anhalt« war die Geschichte der Jüdinnen und Juden in den ehemaligen Territorien, dem Bistum Halberstadt, Brandenburg-Preußen, Anhalt, während des Kaiserreichs, der Republik bis hin zur Zeit des National-Sozialismus. In Vorträgen wurden die Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung und ihre Abhängigkeiten unter den unterschiedlichen Herrschern und deren Judenpolitik thematisiert, die Judenpolitik der Herrscher und die spezifischen innerreligiösen Entwicklungen in den einzelnen Gemeinden reflektiert. An einem Reisetag besuchten die TeilnehmerInnen die Synagoge und Mikwe (Ritualbad) im Wörlitzer Park sowie in Dessau-Roßlau das Bauhaus, die Meisterhäuser und die Kurt-Weill-Gesellschaft.

#### 800 Jahre Anhalt (1212 – 2012)

Der Sachsenspiegel – das bedeutendste deutsche Rechtsbuch des Mittelalters – verfasst von Eike von Repgow zwischen 1220 und 1235 wahrscheinlich im östlichen Harzvorland (d. h. im anhaltischen Raum) in mittelniederdeutscher Sprache bestach durch seine Wirklichkeitsnähe, Verständlichkeit und Struktur. Durch diese Qualität erlangte der Sachsenspiegel in Verbindung mit dem berühmten Magdeburger Stadtrecht eine sowohl immens zeitliche – von fast 700 Jahren – als auch räumliche – von der Elbe bis an den Dnjepr – Ausbreitung. Über diese beiden Rechtsquellen waren vor allem unsere östlichen Nachbarn für Jahrhunderte mit der Kulturlandschaft des heutigen Sachsen-Anhalts verbunden.

Aus Anlass des 800. Jubiläums Anhalts führte die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für

Bürgerliches Recht, Europäische, Deutsche und Sächsische Rechtsgeschichte, gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche Anhalts, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Förderverein »Eike von Repgow« Reppichau – gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft – eine internationale wissenschaftliche Konferenz »Von Sachsen-Anhalt in die Welt – Der Sachsenspiegel als europäische Rechtsquelle« vom 01. bis 04. Oktober 2012 in Köthen durch. Wichtigstes Ziel der Konferenz war es, den aktuellen Stand der internationalen Sachsenspiegelforschung präsent zu machen, einen Wissensaustausch zu ermöglichen und auch eine Plattform zu bieten, auf der zukünftige oder schon vorhandene internationale wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten entwickelt bzw. intensiviert werden können.



Abbildung 18: Einladung zur Konferenz »Von Sachsen-Anhalt in die Welt – Der Sachsenspiegel als europäische Rechtsquelle«.

#### 1.6 Haushalt und Finanzen

Der Bereich »Haushalt und Finanzen« gehört zum Direktionsbereich. Neben der Finanzplanung fördert dieser Bereich Träger der allgemeinen politischen Bildung in Sachsen-Anhalt.

Von 2011 bis 2013 unterstützte die Landeszentrale für politische Bildung 644 Projekte sowie 28 Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen mit einem Volumen von 1.880.810 Euro.

# 1.6.1 Auf den Spuren jüdischer Geschichte – Bildungsreise nach Israel

Die Landeszentrale für politische Bildung fördert regelmäßig Studienreisen nach Israel. Dabei erfolgt mindestens eine jährliche Reise in ihrer Zuständigkeit. Diese umfasst sowohl den Kreis der TeilnehmerInnen, die pädagogische Leitung als auch die umfangreiche Planung, Organisation und Abrechnung.

Im Bereich »Haushalt und Finanzen« fördert die Landeszentrale für politische Bildung außerdem jährlich mindestens sechs Bildungsreisen. So reisten 20 AltmärkerInnen mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung vom 21. bis 29. April 2012 nach Israel. Die mittlerweile jährliche Bildungsreise, die sonst von Osterburgs Bürgermeister Nico Schulz organisiert und begleitet wird, wurde diesmal von Pfarrer Norbert Lazay durchgeführt. »Die religiöse und kulturelle Geschichte des Landes ist einmalig und für viele der TeilnehmerInnen, die kirchlich eingebunden sind, erfüllte sich mit der Reise ein Traum«, hebt Pfarrer Lazay die Bedeutung Israels als Bildungsort hervor. In Begleitung des Einheimischen Yossi besuchten die AltmärkerInnen bedeutende historische und gesellschaftspolitische Plätze und begaben sich an authentische Orte des Neuen und Alten Testaments.

Zu den Programmpunkten der Reise zählte u.a. eine Schifffahrt zum Berg der Seligpreisungen im Norden Israels. Mit einem nachgebauten Schiff aus der Zeit Jesus von Nazareth fuhr die Reisegruppe auf dem See Genezareth, begleitet durch eine Lesung aus dem Neuen Testament, dem Ort entgegen, an dem nach christlicher Überlieferung Jesus seine Bergpredigt gehalten hat, die mit den Seligpreisungen (»Selig sind [...]«) beginnt. Eine weitere unvergessliche Station war der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem auf dem Berg der Erinnerung in Jerusalem. Die größte Gedenkstätte, die an die planmäßig durchgeführte Vernichtung der Juden erinnert, führte den TeilnehmerInnen das Ausmaß der Verbrechen des Nationalsozialismus vor Augen und ließ sie verstummen. Die Reise ermöglichte zudem Begegnungen mit Zeitzeuglnnen des Holocaust, so beim Besuch des Altersheims »Zedakah« in der Stadt Maalot im Norden Israels. Der Name des Altersheims leitet sich vom hebräischen Wort »Gerechtigkeit« ab. Deutsche begleiten dort Überlebende des Holocaust auf den letzten Wegstrecken ihres Lebens. »Wir können das Leid und die Geschichte nicht ungeschehen machen, aber wir möchten, dass ein anderes Bild von uns Deutschen in die Welt kommt«, so das erklärte Ziel von Zedakah, das sich in Trägerschaft einer deutschen Stiftung aus Baden-Württemberg befindet.

In der Vermittlung von Geschichte kommt Israel eine besondere Bedeutung zu. Es beeinflusst das Nachdenken und Reden von Juden und über Juden. »Wenn man das Land besucht und sich auf diese besonderen Menschen eingelassen hat, dann dient es dazu, über diese Menschen in Israel anders zu denken und zu sprechen.«, fasst Pfarrer Lazay seine Erfahrungen dieser Reise zusammen. Diese mit den Menschen in der Altmark zu teilen, ist wichtig, weshalb die AltmärkerInnen im Nachgang ihrer Reise in verschiedenen SeniorInnen- und Jugendkreisen über ihre eindringlichen Erfahrungen in Israel berichtet haben.

#### infobox

#### Kriegsgräberstätten

Kriegsgräberstätten stehen unter dem Schutz des deutschen Gräbergesetzes (GräbG) und internationaler Abkommen (Art. 34 des Zusatzprotokolls der Genfer Konventionen von 1977) und sind Friedhöfe für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie teilweise auch für die frühen Todesopfer der deutschdeutschen Teilung. Kriegsgräberstätten bleiben dauerhaft erhalten (Ewige Totenruhe) und dienen als Mahnmale.

In der Regel werden die Kriegsgräberstätten im Ausland vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. betreut (ca. zweieinhalb Mio. Tote auf über 800 Friedhöfen). Im Inland sind für den Erhalt der Kriegsgräberstätten die Kommunen zuständig, allein in Sachsen-Anhalt sind es über 800 Grabanlagen. Die Kriegsgräberstätte Golm bei Swinemünde ist eine Ausnahme. Sie wird direkt durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. betreut.



Abbildung 19: Blick auf den Felsendom in Jerusalem.

# 1.6.2 »Die besten Mahner für den Frieden« – Bernburger SekundarschülerInnen besuchten die Gedenkstätte Golm

Die Kriegsgräberstätte Golm bei Swinemünde ist die zweitgrößte Kriegsgräberstätte in Deutschland. Sie wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. betreut, der seit 2005 in der Nähe der Kriegsgräberstätte eine Jugendbegegnungsund Bildungsstätte betreibt. Im Rahmen eines Projekts zur Gewaltprävention besuchten im Frühjahr 2011 SchülerInnen der Bernburger Sekundarschulen »Heinrich Heine« und »Talstadt« die unweit der deutsch-polnischen Grenze gelegene Jugendbegegnungsstätte.

Eine Führung über den historischen Friedhof machte den SchülerInnen das Ausmaß des Zweiten Weltkriegs bewusst. Bronzetafeln und Symbolkreuze erinnern dort an den Bombenangriff auf die nahe gelegene Stadt Swinemünde am 12. März 1945, bei dem tausende Menschen ums Leben kamen. Die meisten Opfer, Zivilisten und Flüchtlinge, deren Identität zumeist bis heute unbekannt ist. So fragten sich die Bernburger SchülerInnen: »Was wäre wohl aus uns geworden, wenn wir in dieser Zeit gelebt hätten?« In einem Kreativprojekt erforschten sie die Lebensgeschichte drei junger Menschen, die im Krieg ihr Leben verloren. Anschließend erwiesen sie ihnen auf dem Friedhof stellvertretend für alle Opfer Ehre und Respekt. Mit einem Arbeitseinsatz in der Gedenkstätte leisteten die Bernburger SchülerInnen ihren Beitrag gegen Krieg und Gewalt und für den Erhalt des Friedens. Den Abschluss ihres Besuches der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm bildete eine Friedensrallye. »Man darf nicht alles hinnehmen und tatenlos zusehen«, das wurde den SchülerInnen auf dem Golm klar. »Kriegsgräberstätten verhindern zwar keine Kriege. Sie sind aber die besten Mahner für den Frieden.«

»Kriegsgräberstätten vermitteln Geschichte am authentischen Ort und ermöglichen Jugendlichen dadurch, einen persönlicheren Bezug zur Vergangenheit herzustellen«.

Philipp Schrage, Jugendreferent des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

# 1.6.3 »All das hat sich in unsere Erinnerung eingebrannt« – SchülerInnen des Burger Roland-Gymnasiums besuchten die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau

Der systematische Völkermord an mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden begann mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, eingeleitet durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Er betraf nicht nur die im (Groß-)Deutschen Reich lebende jüdische Bevölkerung, sondern auch Jüdinnen und Juden aus allen besetzten Ländern Europas und in diese Länder geflohenen deutschen Jüdinnen und Juden. Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 01. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Der Besetzung Polens folgte sofort die Verfolgung und Ermordung vieler Bürger-Innen jüdischen Glaubens durch SS-Einsatzkommandos und sogenannte »volksdeutsche Einheiten«. Bald wurden nahezu alle Jüdinnen und Juden zur »Endlösung der Judenfrage« erst in osteuropäische Ghettos und später in Konzentrationslager deportiert und systematisch auf industrielle Weise umgebracht.

SchülerInnen der 11. und 12. Klasse des Burger Roland-Gymnasiums besuchten im Februar 2011 mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung die polnische Metropole Krakau und die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau.

Sie besichtigten Kazimierz, das jüdische Viertel Krakaus. Vor dem Zweiten Weltkrieg war es Heimat von 65.000 polnischen BürgerInnen jüdischen Glaubens und eines der wichtigsten kulturellen Zentren jüdischen Lebens Europas. Heute leben in Kazimierz nur noch wenige hundert Jüdinnen und Juden. Auch die Besichtigung der Wawel-Burg, ehemalige Residenz der polnischen Könige und der Besuch der Jagiellonen-Universität, zu deren AbsolventInnen Nikolaus Kopernikus zählt, gehörten zu den Programmpunkten der Studienreise nach Polen.

Den tiefgreifendsten Eindruck hinterließ bei den SchülerInnen aber der Besuch der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. In einer Führung durch die Gedenkstätte erfuhren sie von den grausamen Morden an den mehr als einer Million Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten. »Den Juden wurde das

Gefühl der Umsiedlung vermittelt, so brachten sie all ihre Wertsachen mit, an denen die Nazis große Gewinne erzielten. Jedoch war ihr trauriges Schicksal schon bestimmt. Schuhe, Koffer, Haare, Kinderbekleidung, Brillen [...] Viele dieser Hinterlassenschaften der Juden sind heute noch ausgestellt. Beim Vorbeigehen stockt einem der Atem. Bilder, die nie wieder aus unseren Köpfen verschwinden werden. Grausame Foltermethoden, Zahlen, massenhafte Einzelschicksale – all das hat sich in unsere Erinnerung eingebrannt.«, fasst der Bernburger Schüler Maximilian Weirich die unwiederbringlichen Eindrücke in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zusammen.

#### infobox

Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurde 1940 in der Vorstadt der polnischen Stadt Oswiecim gegründet und 1941 zur größten Massenvernichtungsanlage im besetzten Europa ausgebaut. Mehr als eine Million Jüdinnen und Juden aus ganz Europa, hunderttausende Menschen polnischer Herkunft, tausende Roma und sowjetische Kriegsgefangene ermordeten die Nationalsozialisten. Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurde dadurch weltweit zum Symbol für den Holocaust.

#### Bilder:



Abbildung 20: Eingangstor des ehemaligen Konzentrationslagers »Auschwitz-Birkenau«.

## 1.6.4 Für mehr Selbstbestimmung – Bundestagsbesuch geistig behinderter SchülerInnen aus Haldensleben

Das Wahlrecht gehört zu den politischen Grundrechten einer Demokratie. Es gewährleistet die Teilhabe an der Gesellschaft und ist Ausdruck einer selbstbestimmten Lebensführung. In Deutschland leben fast zehn Millionen Menschen mit einer Behinderung. Dem Großteil dieser Menschen garantiert das Wahlrecht die aktive Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben. Damit das Wahlrecht aber tatsächlich zu mehr Selbstbestimmung führt, müssen Bedingungen geschaffen werden, die es behinderten Menschen ermöglichen, nicht nur wählen zu dürfen, sondern auch wählen zu können.

Im November 2010 besuchten SchülerInnen der Johanne-Nathusius-Schule Haldensleben, einer Förderschule für geistig Behinderte, auf Einladung der Bundestagsabgeordneten (MdB) Frau Undine Kurth, den Deutschen Bundestag. Sie waren zu einem Vortrag über die Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Bundestages eingeladen. Im Anschluss fand ein persönliches Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Frau Undine Kurth statt. Der Bundestagsbesuch ermöglichte den 14 – 19-jährigen SchülerInnen, sich mit den Themen »Demokratie und Wahlen« zu beschäftigen. Auf die Exkursion nach Berlin bereiteten sie sich im Rahmen ihres Ethikunterrichts vor. Neben dem Besuch des Deutschen Bundestages unternahmen die SchülerInnen auch eine Stadtrundfahrt und besuchten den Berliner Fernsehturm.

Das Wahlrecht auch für Menschen mit Behinderungen zu garantieren, setzt Barrierefreiheit voraus. Das heißt, Wahlverfahren, -lokale und -materialien leicht zugänglich und verständlich zu machen. Der Deutsche Bundestag verwendet neben anderen Behörden aus dem Grund auf seiner Webseite die sogenannte »leichte Sprache«, die es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, die Arbeit des Deutschen Bundestages zu verstehen. Führungen explizit für geistig behinderte BürgerInnen werden im Bundestag nicht angeboten. Ein solches Angebot würde der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) aber Rechnung tragen.

#### infobox

Was ist Leichte Sprache?

Leichte Sprache ist eine besonders leicht verständliche sprachliche Ausdrucksweise. Sie erleichtert Menschen das Verstehen von Texten. Besonders jenen, die aus unterschiedlichen Gründen über eine geringe Kompetenz in der deutschen Sprache verfügen. Die leichte Sprache baut damit auch Barrieren ab und ermöglicht mehr Teilhabe und unabhängige Information.

Einfach gesagt, bedeutet leichte Sprache zum Beispiel:

- Einfache Worte
- Kurze Sätze
- · Bilder erklären den Text
- Die Texte werden von Menschen geprüft, für die der Text geschrieben ist – zum Beispiel von Menschen mit Behinderung

#### Bilder:



Abbildung 21: Bundestagsbesuch geistig behinderter SchülerInnen der Johanne-Nathusius-Schule Haldensleben im November 2010.

# 1.6.5 20 Jahre Städtepartnerschaft – Wochenende der Begegnungen in der Lutherstadt Eisleben

Städtepartnerschaften sind eine Chance vor allem der jüngeren Generation, die Geschichte des geteilten und wiedervereinten Deutschlands und somit ein Stück der jüngeren europäischen Geschichte näher zu bringen. Die erste deutsch-deutsche Partnerschaft wurde 1986 zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis besiegelt. Ab Mitte der 1980er Jahre erlaubte die Lockerung des Eisernen Vorhangs partnerschaftliche Beziehungen zwischen bundesdeutschen und DDR-Gemeinden. Bis März 1989 waren 38 der deutsch-deutschen Städtepartnerschaften genehmigt worden, weitere, die zur Genehmigung vorlagen, wurden erst nach der Friedlichen Revolution umgesetzt. Heute pflegen mehrere tausend Städte und Gemeinden in Deutschland partnerschaftliche Beziehungen mit Städten in Deutschland oder im Ausland.

Aus Anlass der 20-jährigen Städtepartnerschaft zwischen der Lutherstadt Eisleben und den Städten Herne, Weinheim und Memmingen fand vom 01. bis 03. Oktober 2010 das Wochenende der Begegnungen in Eisleben statt. 170 Gäste waren nach Eisleben gekommen, um u.a. die Stadt auf dem »Lutherweg« zu erkunden sowie am Samstagnachmittag im Liboriushaus im Kloster St. Marien zu Helfta an der Eröffnung der zwei Ausstellungen »Zwischen Aufbegehren und Anpassen – Jugendliche in der DDR« und »Jugendliche im Fokus der Stasi« durch die ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle (Saale) der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Uta Leichsenring, teilzunehmen. Unter den Jugendlichen aus den Gymnasien in Memmingen und Eisleben führten diese zu angeregten Diskussionen. Der Zeitzeugenbericht von Uwe Wollny aus Helbra über seine Erfahrungen als Jugendlicher mit dem Staatsapparat ergänzte die beiden Ausstellungen und bildete diese konkret und unmittelbar ab. Zudem stellte der Historiker Dr. Hartmut Lauenroth seine beeindruckende Dokumentation »Die friedliche Revolution 1989 in der Lutherstadt Eisleben« vor. Eingebettet in die Geschichte dieser Zeit mit ihren Hauptschauplätzen in den großen Städten der DDR ist in diesem Buch zusammengetragen, was in Eisleben passierte, wer die Menschen waren, die hier als Motor der Ereignisse galten und wie schließlich die weitere Entwicklung zur Deutschen Einheit führte.

Im Rahmen einer Festveranstaltung würdigte die Oberbürgermeisterin Eislebens Jutta Fischer außerdem die Aufbauleistungen, die sichtbare Zeichen der Unterstützung durch die befreundeten Städte in der Lutherstadt hinterlassen haben. Als Höhepunkt des Wochenendes der Begegnungen wurden die Vereinbarungen über die Weiterführung der freundschaftlichen Beziehungen erneut unterzeichnet, die seitens aller Stadtoberhäupter nunmehr in einer gemeinsamen Urkunde festgehalten sind. Das Wochenende der Begegnungen fand am 03. Oktober in der Andreaskirche in Eisleben mit einem Gedenkgottesdienst und Konzert des Kinderund Jugendchors der Lutherstadt seinen Abschluss, dem 20. Jahrestag der Deutschen Einheit.

#### infobox

Ausstellungen

#### »Zwischen aufbegehren und anpassen – Jugendliche in der DDR«

Die Ausstellung zeigt Fotos und Dokumente aus den Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes (Stasi). Sie verdeutlicht das besondere Interesse des SED-Staates an der Jugend.

#### »Jugendliche im Fokus der Stasi«

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das Schul- und Erziehungssystem der DDR, insbesondere die Erziehung der Kinder und Jugendlichen »zu sozialistischen Persönlichkeiten«. Anhand von authentischen Schriftstücken und Überwachungsfotos von Jugendveranstaltungen wird verdeutlicht, wie auch die Stasi daran mitwirkte, die von der SED verordnete Jugendpolitik durchzusetzen. An konkreten Beispielen wie die Werbung der Inoffiziellen MitarbeiterInnen »Anne« und »Maximilian« wird die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) illustriert, Lehrkräfte und SchülerInnen als ZuträgerInnen zu benutzen. Darüber hinaus werden die Folgen für die Betroffenen dokumentiert, wenn diese die Zusammenarbeit verweigerten.

#### Bilder:

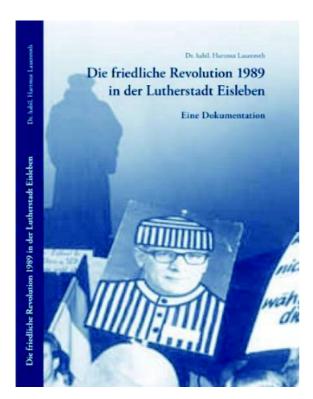


Abbildung 22: Dokumentation »Die friedliche Revolution 1989 in Lutherstadt Eisleben« von Historiker Dr. Hartmut Lauenroth.



Abbildung 23: Eislebens Oberbürgermeisterin, Jutta Fischer, unterzeichnete am 03.10.2010 im Beisein des ersten Bürgermeisters der Stadt von 1990, Peter Pfützner, gemeinsam mit den Oberbürgermeistern von Memmingen (Ivo Holzinger), Herne (Horst Schiereck) und Weinheim (Heiner Bernhard) die Urkunde zur Weiterführung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Städten (v. r. n. l.).

# 1.6.6 Geschichte lebendig werden lassen – Zeitzeugengespräch mit Ernesto Kroch im Alternativen Jugendzentrum e.V. Dessau

Zeitzeuglnnengesprächen kommen in der Vermittlung von Geschichte eine außerordentliche Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für überlebende Opfer des Nationalsozialismus. Die massenhafte Verfolgung und Ermordung konfrontiert uns mit unvorstellbaren Opferzahlen (z.B. sechs Millionen Jüdinnen und Juden und mehr als 500.000 Sinti und Roma), Gewalt- und Mordpraktiken. Die Nationalsozialisten degradierten ihre Opfer zu Namenlosen und löschten ganze Familien samt ihrer Lebensspuren aus. Der Kontakt zu Zeitzeuglnnen ermöglicht einen Zugang, welche Konsequenzen beispielsweise die Rassenpolitik und der damit verbundene Massenmord für eine Familie oder einen einzelnen Menschen hatte und bis an ihr Lebensende für die Überlebenden und die nachfolgenden Generationen hat.

Geschichte, häufig sehr abstrakt wahrgenommen, wird durch
Zeitzeuglnnengespräche lebendig. Viele der Zeitzeuglnnen, die heute noch vor allem
mit Jugendlichen sprechen können, waren damals etwa in ihrem Alter. Ihre Träume
und Lebenswünsche wurden zunächst brutal zerstört und nur mit viel Kraft und
Lebensmut gelang es ihnen, nach der Befreiung ein neues Leben aufzubauen.
Zeitzeuglnnen vermitteln durch ihr ganz persönliches Schicksal der heutigen
Generation auch Optimismus, schärfen den Blick für das Wesentliche im Leben und
befördern Engagement.

Das Alternative Jugendzentrum e.V. Dessau lud mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung am 19. August 2010 zu einem Zeitzeugengespräch mit Ernesto Kroch aus Uruguay und einer Lesung seiner Autobiografie »Heimat im Exil – Exil in der Heimat«, die 1990 erschien, ein. Ernesto Kroch verkörperte mit seiner Lebensgeschichte und seinen Erfahrungen auf besondere Weise die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa und Lateinamerika.

1917 unter dem Namen Ernst Julius Kroch in Breslau geboren, war er Zeit seines Lebens ein hochpolitischer Mensch, der aktiv für Gerechtigkeit und Menschlichkeit eintrat. Sein politisches Engagement begann bereits im Alter von zwölf Jahren und dauerte bis zu seinem Lebensende im Alter von 93 Jahren an. Zunächst im deutsch-

jüdischen Wanderbund »Kameraden« aktiv schloss er sich nach dessen Zerfall 1932 als 15-jähriger der sozialistischen Bewegung »Freie Deutsch-Jüdische Jugend« an, die innerhalb der »Kommunistischen Partei Deutschlands/Opposition« (KPO) agierte. Weil die finanziellen Mittel der Familie begrenzt waren, konnte er nicht studieren und begann eine Lehre zum Maschinenschlosser. Unter den Lehrlingen und Arbeitern leistete er bald Überzeugungsarbeit, der Gewerkschaft beizutreten.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wirkte Ernesto Kroch an der illegalen Herausgabe von Flugblättern und Plakatklebeaktionen, die hauptsächlich über die kriegerischen Absichten der Nationalsozialisten aufklärten, mit. Im November 1934 wurde der damals 17-jährige aus politischen Gründen verhaftet und zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haftstrafe überstellte man ihn in das Konzentrationslager Lichtenburg, wo er als jüdisch-politischer Häftling besonders den Schikanen der SS ausgesetzt war. Dank der Initiative seiner Eltern, die ihm ein Visum für Jugoslawien besorgt hatten, kam Ernesto Kroch Ende Januar 1937 mit der Auflage, Deutschland innerhalb von zehn Tagen zu verlassen, frei. Der Abschied von den Eltern war für immer. Sein Vater kam in Theresienstadt ums Leben, seine Mutter wurde in Auschwitz-Birkenau ermordet.

Als Ende 1938 die Aufenthaltsgenehmigung für Jugoslawien auslief und die Abschiebung nach Deutschland drohte, gelang Ernesto Kroch die Einreise nach Uruguay. Dort nahm er sofort eine Arbeit als Schlosser in Montevideo auf. In den Folgejahren gründete er eine Familie, betätigte sich aber auch dort von Anfang an gesellschaftspolitisch, u.a. im »Antifaschistischen Deutschen Komitee«. Über Jahrzehnte war er gewerkschaftlich und in Bürgerinitiativen aktiv. Als sich im Juni 1973 das Militär in Uruguay an die Macht putschte, arbeitete er im Untergrund weiter. Sein Sohn wurde verhaftet und musste sechs Jahre Gefängnis erleiden. Als auch Ernesto Kroch die Verhaftung drohte, floh er mit seiner Lebensgefährtin Eva Weil in die BRD. Kurz vor Ende der Militärdiktatur kehrten sie im November 1984 nach Uruguay zurück. Fortan verbrachte er einen Teil des Jahres in Uruguay, den anderen in Deutschland, an beiden Orten war er immer politisch aktiv und im direkten Gespräch mit den Menschen.

Ernesto Kroch war stets am Dialog mit anderen Menschen interessiert. Über seine Lebenserfahrungen zu sprechen, verband er auch damit, über die Gegenwart zu diskutieren und die ZuhörerInnen zu motivieren, aktiv die Gesellschaft zu gestalten und zu verbessern.

Ernesto Kroch verstarb am 11. März 2012 in Frankfurt am Main.

[Autorin: Jana Müller, Alternatives Jugendzentrum e.V. Dessau]

#### Bilder:



Abbildung 24: Foto: Ernesto Kroch.

#### 1.6.7 Linkliste

http://www.juniorwahl.de/Ziele.html

http://www.ijgd.de\_/

http://www.diversity-

works.de/workshops/blue\_eyed\_workshop/blue\_eyed\_das\_konzept /

http://www.diversity-works.de/workshops/betzavta/

http://www.dvpb.de/index.php?

option=com\_content&view=category&layout=blog&id=69&Itemid=1

http://www.berlin.de/orte/museum/traenenpalast\_/

http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=36

http://www.lpb.sachsen-anhalt.de/sachsen-anhalt-monitor/

http://www.jugend-debattiert.de/idee/die-debatte.html

http://www.jugend-debattiert.de/lehrer/teilnahme.html

http://landesschuelerrat-lsa.net\_/

http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms1li.html

http://www.volksstimme.de/nachrichten/lokal/burg/1151709\_Projekt-mit-landesweiter-Aufmerksamkeit.html

http://www.gegen-vergessen.de/startseite.html

http://www.stgs.sachsen-anhalt.de/gedenkstaette -deutsche-teilung-marienborn/

http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/nZweiWege/17Juni1953.html

http://yad-vashem.de/index.php?page=yad-vashem-freundeskreis-yad-vashem-deutschland

http://www.conact-org.de

## 2 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Im Referat für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit der Landeszentrale für politische Bildung ist das Themenfeld der Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie angesiedelt. Eine starke Zivilgesellschaft ist auf aktives Engagement von Institutionen und BürgerInnen angewiesen:

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit und dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt erfährt die vielfältige Landschaft aus Bildungseinrichtungen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung, die beide Arbeitsfelder koordiniert. Mit Bildungs- und Beratungsangeboten sowie Vernetzung fördert sie die Kompetenz zum demokratischen Handeln und stärkt die demokratische Vielfalt in Sachsen-Anhalt.

Das Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR-SMC), dessen Landeskoordination ebenfalls bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist, ermöglicht es zudem, politisches Engagement und eine demokratische Streitkultur schon in jungen Jahren kennenzulernen. Mit dem Ziel »Demokratie von Anfang an« werden SchülerInnen hier befähigt, als selbstbestimmte Menschen in einer Demokratie zu bestehen und diese aktiv mitzugestalten.

# 2.1 Landesprogramm für Demokratie Vielfalt und Weltoffenheit – Gemeinsam für eine lebendige Demokratie in Sachsen Anhalt

Die Stärkung von Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz und die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehören seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Seit der Verabschiedung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit durch die Landesregierung im Mai 2012 gehören auch die Koordination dieses ressortübergreifenden Programms und die Umsetzung eines Maßnahme-Etats zu den Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit geht auf Beschlüsse des Landtags und der Koalitionspartner der 2011 gebildeten Landesregierung zurück: Alle im Landtag vertretenen Fraktionen und auch die Regierungskoalition waren sich einig, dass Sachsen-Anhalt eine gemeinsame Anstrengung zur Stärkung der Demokratie braucht. Mit dem neuen, alle Ressorts der Landesregierung umfassenden Programm sollen bestehende Projekte und Programme gebündelt und durch neue Maßnahmen ergänzt werden. Dafür stellte der Landtag zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 € pro Jahr zur Verfügung. Da in der Landeszentrale für politische Bildung mit der Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz und der Kampagne »Hingucken und Einmischen!« bereits eine funktionierende Struktur als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Landesregierung bestand, wurde die Koordination für das neue Landesprogramm ebenfalls dort angesiedelt.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit umfasst sechs Schwerpunktkapitel:

- 1. Gemeinsam lernen, handeln und Netzwerke bilden: auf dem Weg zu einer »Aktiven BürgerInnen-gesellschaft« in Sachsen-Anhalt
- 2. Engagement braucht Kompetenz Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt
- 3. Kita, Schule, Hochschule
- 4. Jugend stark machen für Demokratie

- 5. Vielfalt leben Interkulturelle Öffnung, Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten
- 6. Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus stärken –
   Repressionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus wirksam organisieren

Für die sechs Schwerpunktkapitel beschreibt das Landesprogramm Handlungsansätze und Projekte, die zurzeit umgesetzt werden.

Mit der Auftakt-Konferenz am 08. Mai 2012 wurde mit mehr als 180 Mitwirkenden ein über das bisherige Spektrum vergleichbarer Veranstaltungen hinausweisendes Publikum erreicht. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Arbeitsbeziehungen geknüpft, die in konkrete Projekte mündeten.¹ Der in der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelte Etat wird zurzeit durch Kooperationsprojekte mit freien Trägern in Projekten umgesetzt. Im Rahmen der Reformierung der Förderrichtlinie der Landeszentrale für politische Bildung sollen diese Mittel freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen zukünftig auch durch Förderung von Maßnahmen zugänglich gemacht werden.

#### Ausgewählte Projekte aus der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung

Das Landesprogramm unterstützt das Engagement und die Vernetzung lokaler Bündnisse pro Demokratie. Seit der Auftakt-Konferenz haben zwei landesweite Ratschläge dieser Bündnisse stattgefunden, geleitet von den Schirmherren des Netzwerks für Demokratie und Toleranz, Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und Landtagspräsident Detlef Gürth. Die TeilnehmerInnen sind fast ausnahmslos Ehrenamtliche aus den entsprechenden BürgerInnenbündnissen. Zudem sitzen die KoordinatorInnen der lokalen Aktionspläne und die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus mit am Tisch. Kernthemen sind die Kooperation zwischen den BürgerInnenbündnissen und der Verwaltung, die Finanzierung von Projekten und Aktionen und die überregionale Zusammenarbeit.

Bereits die zweite Veranstaltung im Frühjahr 2013 führte zu einem landesweiten Aufruf des Landtagspräsidenten, die lokalen Aktionen in Großgermersleben und Nienhagen sowie die Demokratie-Bürger-Innenfeste in beiden Orten und in Sangerhausen zu unterstützen. Auch in Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-

Eine Dokumentation der Auftaktveranstaltung ist in der Landeszentrale für politische Bildung erhältlich

Roßlau unterstützte die Landeszentrale für politische Bildung Aktionen von BürgerInnen wie die »Dessauer Menschenkette« oder die »Meile der Demokratie« in der Landeshauptstadt. Das lokale Projekt »Otto greift ein« zur Stärkung der Zivilcourage in Magdeburg wurde ebenso durch Mittel des Landesprogramms unterstützt, insbesondere im Rahmen des Wettbewerbs »Kunststück Courage«. (Landesprogramm Seite 24, 3. Abs.)

Als Kooperationsprojekt zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung erschien im Mai 2012 ein Handbuch für Lokale BürgerInnenbündnisse gegen Rechtsextremismus.<sup>2</sup>

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit eines bestehenden Projekts des Vereins Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. wurde im vierten Quartal 2012 aus Mitteln des Landesprogramms ein Projekt aufgelegt, in dessen Rahmen Schulprojekttage (z.B. zu den Themen Rassismus, Vorurteile, Demokratie, Europa) sowie zwei Qualifizierungsmaßnahmen für Trainer-Innen stattgefunden haben. Mit einer Reihe von Fachveranstaltungen freier Träger in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung wurden zusätzlich Arbeitsvorhaben für einzelne Programmbereiche definiert. In der Antidiskriminierungsarbeit wurde die Frage nach der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Rahmen einer Fachkonferenz des Schwul-lesbischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung aufgegriffen. Gegenstand der Konferenz war ein Aktionsplan, der Leitlinien zur Gleichstellung aller Lebensformen enthält.

In der Grundschul- und Kita-Pädagogik wurden in einer Fachkonferenz Erfahrungen und Ergebnisse aus bestehenden Pilotprojekten zusammengeführt, um Best-Practice-Beispiele zu multiplizieren. Veranstaltet wurde die Konferenz in Kooperation mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., der ARBEIT UND LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V. sowie der Landeszentrale für politische Bildung. (Landesprogramm, Seite 17, 5. Abs.) Ein Handbuch für Pädagoglnnen wird nun vorbereitet, und Grundschulen zunehmend für das Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« gewonnen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Das Handbuch ist in der Landeszentrale für politische Bildung erhältlich

Im Bereich der Erwachsenenbildung fand anknüpfend an die Auftakt-Konferenz des Landesprogramms am 29.11.2012 ein Symposium zur Zukunft der Demokratieerziehung in der Erwachsenenbildung statt. Veranstalter waren der Landesausschuss Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt und die Landeszentrale für politische Bildung. (Landesprogramm, Seite 23 f.)3

Angebote politischer Bildung für SeniorInnen sollen dem Landesprogramm gemäß verstärkt in den Fokus gerückt werden. Diese Zielstellung wurde im Rahmen des Symposiums am 29.11.2012 beraten. Am 06.03.2013 fand daraufhin eine Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem SeniorInnenbeirat des Landkreises Jerichower Land in Burg statt. Themen waren die Verankerung rechtsextremer Jugendkultur und die Frage, wie der aktive Beitrag von SeniorInnen in Bezug auf die Stärkung demokratischer Einstellungen gegenüber der jungen Generation aussehen kann. Inzwischen werden Veranstaltungen und Projekte in mehreren Landkreisen in Kooperation mit landesweiten Partnern geplant.

Modellhaft wird derzeit der Dialog zwischen Jugendlichen und der Kommunalpolitik sowie eine stärkere Einbindung Jugendlicher in politische Prozesse im Rahmen des Projekts »Jugendliche und Kommunalpolitik im Dialog« im Landkreis Lutherstadt Wittenberg erprobt. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt der Landeszentrale für politische Bildung und des Vereins Einstieg e.V. an der Hochschule Anhalt. (Landesprogramm, Seite 28, 3. Abs.)

Um Jugendliche für Fluchtursachen und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in den Heimatländern, auf der Flucht und in Deutschland zu sensibilisieren, führt der Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes das Projekt »Youth on the Run« durch. Im Rahmen einer Übung werden Jugendlichen die Erfahrungen von Flüchtlingen vermittelt. Das Projekt wird seit 2012 durch Mittel des Landesprogramms im Rahmen einer Kooperation unterstützt, für das Jahr 2014 ist eine Ausweitung der Zielgruppe auf Schüler-Innen aus dem Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« geplant. Die Stärkung der Teilhabe von Flüchtlingen am öffentlichen Leben und die Vermittlung von Fluchtursachen und den Umständen von Flucht thematisiert ein Projekt im Saalekreis, das 2013 begonnen hat. (Landesprogramm, Seite 31, 5. Abs. ff.)

#### **Eine starke Demokratie braucht Vernetzung**

Die Vernetzung der AkteurInnen und Projekte des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit erfolgt im Rahmen gemeinsamer Gremien, aber auch durch Publikationen und Berichterstattung:

Im Rahmen des Landesprogramms wurde ein Beirat aus VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Institutionen und Verbände berufen, der die Landesregierung bei der Umsetzung berät und die zivilgesellschaftliche Orientierung des Programms stärkt. Inzwischen wurde z.B. eine Empfehlung zur Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre ausgesprochen.

Im Interministeriellen Arbeitskreis des Landesprogramms (IMAK) sind alle Ressorts der Landesregierung vertreten, die Federführung liegt beim Kultusministerium. Der IMAK hat die Aufgabe, die Umsetzung seitens der Landesregierung strategisch zu begleiten und einmal jährlich dem Kabinett einen Jahresbericht zur Umsetzung des Programms vorzulegen. In der Steuerungsgruppe arbeiten die drei maßgeblichen Ressorts (Kultusministerium, Ministerium für Arbeit und Soziales und Innenministerium) zusammen. Ihre Aufgabe ist es, Schwerpunkte zu definieren und diese federführend in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern umzusetzen. Die Gremien werden von der Landeszentrale für politische Bildung koordiniert. An die erfolgreiche Auftakt-Konferenz im Jahr 2012 soll ab 2014 mit einer jährlichen Vernetzungskonferenz angeknüpft werden.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit setzt neue Maßstäbe für die Bildungs- und Beratungsangebote zur Stärkung der Demokratie im Land Sachsen-Anhalt. Es ist das neue Dach über einem inzwischen recht stabilen Haus aus Beratung, Bildung, Information und Aktion, getragen von Vereinen, Verbänden und Institutionen, Landtag, Landesregierung und Kommunen. Inzwischen gibt es einen lebendigen Dialog zwischen allen Beteiligten zur Weiterentwicklung des Programms. Die Landeszentrale für politische Bildung wird auch weiterhin ihren Beitrag dazu leisten.

#### infobox

#### Meile der Demokratie

Am 16. Januar gedenkt Magdeburg alljährlich der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg. Die Stadt wurde am Abend des 16. Januar 1945 durch alliierte Bomber schwer zerstört. Etwa 2.500 Menschen kamen ums Leben. Im Gedenken an die Zerstörung Magdeburgs und die Millionen ermordeten Menschen fand 2014 bereits zum sechsten Mal die »Meile der Demokratie« in Magdeburg statt. Mit der Mahnung zum Frieden beteiligten sich ca. 12.000 Menschen an dem Straßenfest in der Innenstadt. Mit zahlreichen Attraktionen machten sie deutlich, dass Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit in Magdeburg keinen Platz haben und zeigten Gesicht gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremen.

#### infobox

#### Youth on the run

Auf der Flucht – fernab der Heimat, der Familie und auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort. Dies sind die Lebensumstände von Menschen auf der Flucht. Der DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. rüttelt mit dem Rollenspiel »Youth on the Run« die jugendlichen TeilnehmerInnen wach und macht in breiter Öffentlichkeit auf den unmenschlichen Alltag von Flüchtlingen aufmerksam. Mit dem Ende des Jahres 2013 gibt es weltweit mehr als 50 Millionen Menschen, die laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) derzeit auf der Flucht sind. Der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 zufolge ist ein Flüchtling eine Person, die sich »...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und dessen Schutz sie nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will...«. Ursprünglich wurde das Rollenspiel »Young Refugees« vom Dänen Steen Cnops Rasmussen in den 1990er Jahren entwickelt. Der Beweggrund des Dänen waren persönliche Beobachtungen bei Jugendlichen, die eine zunehmende Intoleranz und Ignoranz gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen äußerten.

## Bilder:



Abbildung 25: Stricken gegen Neonazis.



Abbildung 26: Meile der Demokratie



Abbildung 27: Menschenkette auf der Meile der Demokratie.



Abbildung 28: Foto von der Veranstaltung »SeniorInnen fit für Demokratie: Gefahr von rechts – was können SeniorInnen tun«.



Abbildung 29: Foto von der Veranstaltung »SeniorInnen fit für Demokratie: Gefahr von rechts – was können SeniorInnen tun«.

#### Kunststück.Courage

Zivilcourage braucht Öffentlichkeit – das Eingreifen in bestimmten Situationen ebenso wie das Schaffen von Aufmerksamkeit. Im Rahmen des Kreativwettbewerbs konnten bis zum 04. Januar 2013 Zeichnungen, Bastelarbeiten, Plakatideen und vieles mehr zum Thema Zivilcourage eingereicht werden. Die fünf besten Motive wurden auf der fünften Meile der Demokratie ausgestellt und als Citycards in der Stadt verteilt. Das beste Motiv wurde im Rahmen der Kampagne »otto greift ein« an Litfasssäulen plakatiert.

#### Die Jury bestand aus

- Susanne Schweidler (Leiterin des Kulturbüros der Landeshauptstadt Magdeburg)
- Cornelia Habisch (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Geschäftsführerin des Netzwerks für Demokratie und Toleranz)
- Mathias Geraldy (Leiter der Unternehmenskommunikation Stadtsparkasse Magdeburg)
- Professor Ulrich Wohlgemuth (Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich für Ingenieurwissenschaften und Industriedesign)
- Volker Kiehn (Bildhauer)
- Phil Hubbe (Cartoonzeichner)
- Steffen Jany (KorrekturNACHOBEN Agentur f

  ür Kommunikation)

#### Bilder:



Abbildung 30: Platz 1 - »Mein bester Freund heißt Karl« von Maxi Gruß



Abbildung 31: Platz 2 - »Sei kein Frosch ...« von Kirsten Neitzel



Abbildung 32: Platz 3 - »Mathe Test« von Sandor Heune

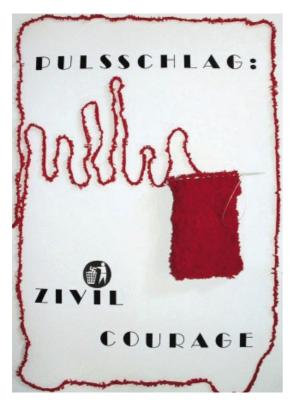


Abbildung 33: Platz 4- »Pulsschlag: Zivilcourage« von Gabriele Herbs



Abbildung 34: Platz 5. - »Verkehrsschild« von Nicolai Fabricius

### 2.1.1 Gemeinsam gegen Homophobie und Diskriminierung

Wir setzen uns für Toleranz und Akzeptanz gegenüber der Vielfalt geschlechtlichsexueller Identitäten und Lebens- und Familienformen ein. Über verschiedene
Angebote und Aktivitäten wollen wir Homo- und Transphobie sowie Diskriminierung
in Bezug auf die sexuelle Identität vorbeugen bzw. abbauen. Außerdem bieten wir
Beratung und Unterstützung für homo- und bisexuelle, trans- und
intergeschlechtliche Menschen und deren An- und Zugehörige.

Die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt den Verein seit vielen Jahren und leistet auch organisatorische Unterstützung und Vernetzungsarbeit. Ziel ist es, eine nachhaltige Strategie mit festgelegten Handlungsschritten in den Bereichen »Sexuelle Identität, Vielfalt der Lebensweisen, Gleichstellung von Lesben und Schwulen« zu entwickeln.

Zum Jahresende 2012 wurde der »Gesamtgesellschaftliche Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt« beschlossen. Der Aktionsplan wurde im Rahmen einer Fachkonferenz am 15. März 2013 im Tagungszentrum des Sozialministeriums diskutiert. Des Weiteren wurde über Schritte zur künftigen Umsetzung beraten. Für diese Veranstaltung konnten Marlis Bredehorst, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, und andere ExpertInnen durch Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung gewonnen werden. In den Jahren 2012 und 2013 nahm die Landeszentrale für politische Bildung am Christopher Street Day Halle (Saale) mit einem Informationsstand teil.

Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung ist sehr angenehm, immer zuverlässig und kompetent, dadurch konnten Projekte, Fachtagungen oder Veranstaltungen umgesetzt werden.

[Autor: Ants Kiel, Begegnungs- und Beratungs-Zentrum »lebensart« e.V.]

#### Bilder:



Abbildung 35: Foto von der Fachkonferenz zum »Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt« am 15. März 2013 im Sozialministerium des Landes Sachsen-Anhal.



Abbildung 36: Abbildung 39: Foto von der Fachkonferenz zum »Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt« am 15. März 2013 im Sozialministerium des Landes Sachsen-Anhal.

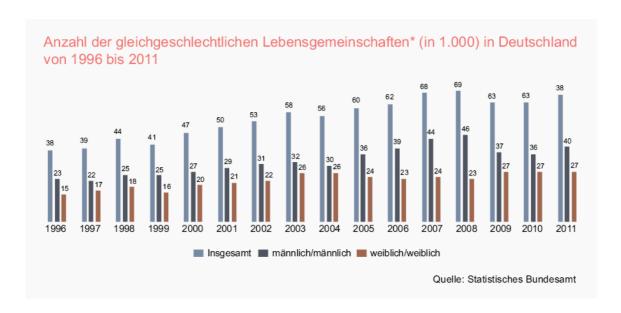


Abbildung 37: Anzahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (in 1.000) in Deutschland.

#### 2.1.2 Demokratische Kultur stärken

Im Jahr 2012 konnte das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. mithilfe der Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung insgesamt 20 Schulprojekttage in allgemeinbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt realisieren.

Durch die großzügige finanzielle Unterstützung im Rahmen eines Werksvertrages, der für die Monate November und Dezember zwischen dem Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung geschlossen wurde, konnten zudem notwendige Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen für das Team des Netzwerks für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. realisiert und die beinah vollständig verbrauchten Projektmaterialien aufgefüllt werden.

Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung trug im Jahr 2012 maßgeblich zur Sicherung der landesweiten Projektarbeit des Netzwerks für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. sowie zum Erhalt des Projektteams bei. Die Wertschätzung und Unterstützung, die das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V. durch die Landeszentrale für politische Bildung erfährt, motiviert das momentan komplett ehrenamtliche Projektteam, trotz der prekären finanziellen Situation nicht aufzugeben und trägt dazu bei, das Projekt auch im Jahr 2013 zuversichtlich fortzuführen.

[Autor: Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V.]

#### infobox

#### Für Demokratie Courage zeigen

Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) wird von jungen Menschen getragen, die sich ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren.

Hauptarbeitsfeld des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. ist die Durchführung von Projekttagen »Für Demokratie Courage zeigen« an Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Durchgeführt werden diese Bildungsveranstaltungen von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen. Gemeinsam mit SchülerInnen und Auszubildenden diskutieren sie über Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. besteht seit 1999 und ist in elf Bundesländern sowie in Frankreich aktiv. Im Netzwerk engagieren sich viele unterschiedliche Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen. Vorsitzender des Netzwerks ist Martin Dulig, der einer der Gründer des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. ist.

80%

70%

60%

50%

40%

20%

10%

Gewalt schüchtert die Menschen sterk ein Bürgerinnen haben zu wenig Zivilcourage

Denken Sie, dass die Ursachen von Gewalt in der mangelnden Zivilcourage oder in der Einschüchterung zu suchen sind?

Quelle: Statista 2014

### 2.1.3 Fight on Stage

Dank der Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung war es uns, dem Verein Vo-Dao-Vietnam e.V. mit Sitz in Halle (Saale), mittlerweile zum fünften Mal möglich, unser Show-Projekt »Fight on Stage« durchzuführen. Dieses Show-Projekt mit Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen halleschen Schulen führt im Training sowie auf der Bühne Menschen unterschiedlicher sozialer und geografischer Herkunft zusammen und verdeutlicht den integrativen und präventiven Charakter sinnvoller Freizeitbeschäftigung, insbesondere des Sports. Die finanzielle Unterstützung des Projekts durch die Landeszentrale für politische Bildung ermöglichte insbesondere Jugendlichen aus sozial schwachen Familien die Teilnahme an der dazugehörigen Intensivwoche in der Jugendherberge Nebra sowie die Anschaffung von Kostümen und Requisiten und die Nutzung des Steintor-Varietès in Halle (Saale) für die Aufführungen. Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung gestaltet sich seit Jahren sehr angenehm und unkompliziert.

[Autor: Vo-Dao-Vietnam e.V. – Chu Tan Cuong, Begründer des Kung-Fu-Centers]

#### infobox

Kung Fu – Kampfkunst für Körper und Geist

Definition: Kung Fu bedeutet übersetzt: »Etwas durch harte und geduldige Arbeit Erreichtes«. Kung Fu ist ein chinesischer Begriff und wird heute zusammenfassend für verschiedenartige chinesische Kampfkunst-Stile verwendet. Geschichte: Die chinesischen Kampfkünste wurden vor vielen Jahrhunderten entwickelt, vorwiegend in buddhistischen Klöstern. Kung Fu erlangte nicht nur als wirksames Kampfsystem Bedeutung – es erlangte auch Bedeutung als Gesundheitsübung, Lebensweg und Umsetzung philosophischer Wertesysteme. Im Laufe der Zeit bildeten sich mehrere hundert unterschiedliche Kung Fu-Stile heraus.

#### 2.2 Netzwerk für Demokratie und Toleranz

#### 2.2.1 Viele Stimmen ein Ziel mehr Demokratie

Im Jahr 2005 setzte der Landtag von Sachsen-Anhalt ein deutliches Zeichen zur Stärkung einer demokratischen Kultur in Sachsen-Anhalt: Einstimmig beauftragte er die Landesregierung, ein Netzwerk für Demokratie und Toleranz zu initiieren. Am 23.05.2005 fand dann – wiederum im Landtag – die Gründungskonferenz statt. Zurzeit gehören gut dreihundert Vereine, Institutionen und Einzelpersonen dem Netzwerk an. Aber dieses Netzwerk ist kein eingetragener Verein mit klaren Hierarchien, Mehrheitsbeschlüssen und einem einheitlichen, gemeinsamen Weg. Es ist ein Netz vielfältiger Handlungsansätze, Ideen und Projekte, die aber ein gemeinsames Ziel eint: Die demokratische, plurale Kultur unseres Bundeslandes zu stärken, und zwar auf ebenso vielfältigen Wegen. Ziel des Netzwerks ist es auch, Menschen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen anzuregen, sich kritisch mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinanderzusetzen und sich für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzusetzen. Das Spektrum derer, die sich diesen Fragen aktiv widmen, ist inzwischen deutlich größer geworden. Die Geschäftsstelle des Netzwerks wurde in der Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet, hier laufen seitdem viele Fäden der Zivilgesellschaft zusammen. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Öffentlichkeit über die Problemfelder Rechtsextremismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren und Handlungsstrategien sowohl für Privatpersonen als auch für Institutionen und Verbände aufzuzeigen.

#### Informieren, sensibilisieren, qualifizieren

Dazu gehört,

 wichtige MultiplikatorInnen und Berufsgruppen fortzubilden, um die Handlungsfähigkeit auf diesem Gebiet in Schule, Jugendarbeit, Polizei, Justiz, Strafvollzug, Sport, Kirche und Kommune zu qualifizieren,

- Informationen für Jugendliche über Hintergründe und Ziele des Rechtsextremismus, Grundlagen der Demokratie und ihrer Handlungs- und Gestaltungspotentiale sowie Möglichkeiten des friedlichen, toleranten Zusammenlebens von Deutschen und MigrantInnen anzubieten,
- durch Vernetzung, Beratung, Bereitstellung von Informationsmaterial und finanzielle F\u00f6rderung, die lokale zivilgesellschaftliche Arbeit in Sachsen-Anhalt zu unterst\u00fctzen.

#### Stärkung lokaler Netzwerke

Im Jahr 2006 verstärkte das Land Sachsen-Anhalt dieses Arbeitsfeld durch das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Im Zuge dessen wurde die Kampagne »Hingucken und Einmischen! Für ein demokratisches, tolerantes Sachsen-Anhalt« gestartet. Die Koordination der Kampagne wurde der Geschäftsstelle des Netzwerks übertragen. Im Zeichen der Kampagne »Hingucken und Einmischen!« lag der Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt auf der Unterstützung, Beratung und Vernetzung lokaler und zivilgesellschaftlicher Netzwerke. Durch Beratung und Förderung konnten viele lokale Projekte, aber auch die Gründung lokaler BürgerInnennetzwerke, gestärkt werden.

#### Demokratie wählen

Im Kontext von Wahlen bietet die Geschäftsstelle des Netzwerks spezifische Informationen und Projekte an wie z.B. die Handreichung zum Thema Rechtsextremismus und Parlamentarismus zur Juniorwahl 2013, die gemeinsam mit den Vereinen Kumulus e.V. und Miteinander e.V. herausgegeben wurde. Eine wichtige Rolle spielen auch die Aufrufe der Schirmherren des Netzwerks zur Wahlbeteiligung und zur kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien. Wie der Wahlaufruf zur Bundestagswahl 2013, der im Internet um Unterschriften warb.

#### Demokratie eine Bühne geben

Projekte an der Schnittstelle von Kultur und Information nehmen im Konzept der Geschäftsstelle des Netzwerks eine wichtige Funktion ein. Sie sind eine Chance, mehr Zielgruppen in der Bevölkerung zu erreichen. Beispielhaft sei hier die »Themenstraße Weltoffenes Sachsen-Anhalt« im Rahmen des Sachsen-Anhalt-Tages genannt. Die Präsentationen werden Jahr für Jahr von vielen Trägern der Migrationsarbeit, der interkulturellen und der politischen Bildung gemeinsam mit dem Landtag, der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesregierung durchgeführt und bieten ein buntes und informatives Bild. Das Programm der »Themenstraße Weltoffenes Sachsen-Anhalt« wird von den BesucherInnen des Sachsen-Anhalt-Tages sehr gut angenommen. Ein anderes herausragendes Projekt in diesem Kontext ist die »Meile der Demokratie« in Magdeburg, an der sich die Geschäftsstelle des Netzwerks sowohl mit einem eigenen Themenschwerpunkt als auch mit der Ausrichtung der zentralen Bühne in Kooperation mit der Landeshauptstadt Magdeburg und dem örtlichen Bündnis gegen Rechts beteiligt hat.

#### Vielfältige Angebote für eine Vielzahl von MultiplikatorInnen

Ein weiterer Schwerpunkt sind Fortbildungsangebote: Mehrere Fortbildungsangebote für MultiplikatorInnen richten sich an Ehrenamtliche wie das jährliche »Dialogforum bürgerschaftliches Engagement« über Perspektiven des Ehrenamts, an dem sich die Landeszentrale für politische Bildung beteiligt. Mit Fortbildungsangeboten zu neuen Entwicklungen des Rechtsextremismus werden MultiplikatorInnen aus Schule, Jugendarbeit, Polizei und Justiz berufsübergreifend angesprochen. Im Rahmen der LehrerInnenfortbildung führt die Geschäftsstelle des Netzwerks auf Nachfrage schulinterne Fortbildungen über Strukturen, Codes und Styles der rechtsextremen Szene sowie über nachhaltige Handlungsstrategien zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Zivilcourage durch. Auf Nachfrage wurden derartige Veranstaltungen auch für freie Bildungsträger durchgeführt. Darüber hinaus bot die Geschäftsstelle des Netzwerks je eine LehrerInnenfortbildung zur historisch-politischen Bildung an Förderschulen an sowie zu Diversity-Angeboten in Grundschulen.

#### Demokratie von Anfang an

Natürlich sind auch Jugendliche und junge Erwachsene eine wichtige Zielgruppe. Gemeinsam mit dem Jugend-Projekt »Freistil« in Trägerschaft der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. und weiteren Partnern werden seit mehr als zehn Jahren jährlich zwei landesweite Jugendkongresse durchgeführt, um Jugendliche in ihrem Engagement zu fördern. Auch Kooperationsprojekte mit lokalen Trägern widmen sich Jugendlichen und jungen Erwachsenen wie z.B. vier internationale Begegnungsprojekte in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Merseburg e.V. Das weitaus größte Projekt des Netzwerks für Jugendliche ist allerdings die Landeskoordination des Schulnetzwerks »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR-SMC), das in Sachsen-Anhalt eine erhebliche Dynamik entwickelt hat. So wurden inzwischen mehr als 100 Schulen in Sachsen-Anhalt mit dem Titel »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ausgezeichnet, weitere Schulen stehen bereits im Verfahren.

#### Das Netzwerk ein Knotenpunkt des demokratischen Engagements

In der Rückschau war die Gründung des Netzwerks für Demokratie und Toleranz neben der Förderung spezifischer Bildungs- und Beratungsangebote im Kontext der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus eine wichtige Initialzündung zur Stärkung einer lebendigen Zivilgesellschaft in unserem Bundesland. Durch den Zuwachs an koordinierenden Aufgaben wird die Geschäftsstelle des Netzwerks auch in der Zukunft ein Knotenpunkt des demokratischen Engagements in Sachsen-Anhalt sein.

Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt«

Die Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« ist auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung hin seit dem Jahr 2000 fester Bestandteil im Programm des Sachsen-Anhalt-Tages. Landesweit aktive Vereine und Projekte aus den Themenbereichen Integration, interkulturelle und politische Bildung, Ehrenamt und Jugendarbeit stellen dort ihre Angebote vor. Auf der dazugehörigen Landesbühne »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« finden zudem zahlreiche Musikveranstaltungen statt, die z.B. orientalische und afro-karibische Tänze sowie jüdische oder auch vietnamesische Folklore umfassen.



Abbildung 38: Logo der Kampagne "Hingucken! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt"



Abbildung 39: Broschüre zu Strukturen, Codes und Styles der rechtsextremen Szene.



Abbildung 40: Handreichung: Argumentationsmuster und Arbeitsweisen rechtsextremer Parteien in Deutschland kennen und verstehen lernen und die kritische Auseinandersetzung mit deren verfassungsfeindlichen Zielen fördern.



Abbildung 41: Logo: »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« Bundesweites Schulnetzwerk für ein tolerantes und vielfältiges Miteinander an Schulen.



Abbildung 42: »Geschichten in der Einwanderungsgesellschaft« im Arabischen Zelt



Abbildung 43: Foto vom AGSA-Gemeinschaftsstand: Innenminister Holger Stahlknecht und der Geschäftsführer der AGSA Michael Marquard.



Abbildung 44: Fairtrade und Glücksrad am AGSA-Stand. Die AGSA und zehn ihrer Mitgliedsorganisationen präsentierten sich an einem Gemeinschaftsstand. MigrantInnenorganisationen berichteten über ihre Arbeit, der Welt-Laden Magdeburg verkaufte seine Produkte.

# 2.2.2 Vielfalt unter einem Dach – Die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. als Akteurin auf der Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt«

Der Sachsen-Anhalt-Tag ist ein großes Volksfest – keine Konferenz, keine Fachmesse, kein Workshop zum Thema Zusammenleben oder Integration! Ist die Landesbühne »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« deshalb eine große Folklore-Show? Wenn damit gemeint ist, dass über das Bühnenprogramm für die Besucher-Innen sicht- und hörbar wird, was Vielfalt auch bedeuten kann, dann wird die große Chance deutlich: (Welt-)Künstlerische Tradition und Moderne, das Bewahren traditioneller Lieder und Tänze, Erinnerung, manchmal Wehmut und zugleich eine schier unbändige Lebensfreude jenseits »schenkelklopfender Volks- und Bierseeligkeit«.

Auch im Jahr 2012 erwies sich die »weltoffene Bühne« fast immer als das etwas andere Markenzeichen des Sachsen-Anhalt-Tages. In Anspruch und Qualität, im Engagement der Akteurlnnen und der Resonanz des Publikums. Für die Informations- und Aktionsstände der Vereine, MigrantInnenorganisationen, gesellschaftlichen Netzwerke und Projekte auf der Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« gilt das in ähnlicher Weise. Flyer allein animieren nicht zum Verweilen, Sitzbänke sind noch kein Gesprächsangebot.

Für die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. und viele ihrer Mitgliedsvereine ist die Teilnahme am Sachsen-Anhalt-Tag ein »Muss« und zugleich die immer wiederkehrende Herausforderung: Wie gelingt es uns, die BesucherInnen für unsere Projekte, Themen und Auffassungen zu interessieren? Das können der faire Preis für den fairen Kaffee oder die kulinarische Besonderheit sein, die – hoffentlich – interessanten Quizfragen und manchmal auch provozierenden Fotos oder Thesen über die Konflikte in der EINEN WELT. Nicht zu vergessen das fesselnde, das faszinierende Angebot für die Kinder, das die Möglichkeit bietet, mit den erwachsenen BegleiterInnen zu reden. Darüber hinaus ist für die ehren- und hauptamtlichen AkteurInnen unseres Vereins dieses Wochenende immer auch eine einzigartige Begegnungsmöglichkeit mit engagierten Menschen aus Zivilgesellschaft und Politik aus allen Teilen unseres Bundeslandes. Freude darüber, endlich einmal

»in Ruhe« neue Ideen zu diskutieren, Kooperationen für die Zukunft zu verabreden, zu hören, was dort und hier im Entstehen begriffen, gut gelungen oder anders als gehofft »gelaufen« ist. Manchmal auch Zeit für Privates. Das alles zusammen macht für uns von der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. den Reiz und den Wert des Sachsen-Anhalt-Tages aus.

[Autor: Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (AGSA), Sachsen-Anhalt-Tag 2012 – Landesbühne und Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt«]

# 2.2.3 Begegnungs- und Studienfahrt zur Buddhistischen Pagode verbindet deutsche und vietnamesische Kultur

Jedes Jahr im Mai zum Vesakh-Fest, Buddhas Geburtstag, fahren ca. 100 VietnamesInnen gemeinsam mit Deutschen zur buddhistischen Pagode »Vien Giac« nach Hannover. Diese Studienfahrt organisiert der Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V. mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung.

Wenn man in der Pagode ist, fühlt man sich als wäre man in Vietnam. Duftende Räucherstäbchen, heilige Figuren, Mönche und Nonnen in ihren Gewändern und natürlich viele VietnamesInnen, die dort beten oder meditieren. Neben der Pagode gibt es einen vietnamesischen Markt, der alles Mögliche anbietet, wie man es aus Hanoi oder Saigon kennt. Angefangen von Kleidung, Büchern, Musik-CDs bis hin zu asiatischen Lebensmitteln. Da das Vesakh-Fest ein buddhistisches Fest ist, darf kein Fleisch angeboten werden. Dafür gibt es aber eine Vielfalt von aus Pflanzen zubereiteten Gerichten, die nicht nur VegetarierInnen begeistern. Die VietnamesInnen in Magdeburg sind sehr stolz darauf, wenn die Deutschen mit ihnen zur Pagode fahren. Bei dieser gemeinsamen Unternehmung sind sie die GastgeberInnen, die ihre Religion und Kultur vorstellen. Die Pagode erleben sie dabei auch als ein Stückchen Heimat.

Was ist die Grundlage des Buddhismus? Woran glauben die BuddhistInnen? Wie wurde die Pagode gebaut? Warum hat Buddha einen dicken Bauch? Warum hat Buddha lange Ohrläppchen? Warum tragen Mönche keine Haare? Antworten auf diese Fragen und vieles mehr erfährt man bei dieser Studienfahrt, die inzwischen nicht nur bei VietnamesInnen an Beliebtheit gewonnen hat, sondern auch bei vielen Deutschen. Lehrkräfte, SchülerInnen, Studierende, Verwaltungskräfte, HandwerkerInnen, RentnerInnen u.v.m. melden sich für die Fahrt an, manche sogar schon ein Jahr im Voraus.

Wie können wir mit unserer unterschiedlichen Herkunft voneinander erfahren? Wie können wir Menschen aus einer anderen Kultur verstehen? Wie können Kontakte oder freundschaftliche Beziehungen über die kulturellen Grenzen hinweg entstehen? Die gemeinsame Studienfahrt ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass es möglich ist, wenn wir neugierig auf andere sind und wenn Brücken zwischen den Kulturen gebaut werden.

[Autor: Tien Duc Nguyen, Interkulturelles Beratungs- und Begegnungszentrum der Caritas]

#### Was ist eine Pagode?

Eine Pagode ist ein turmartiges Bauwerk, das Buddha und den Buddhismus symbolisiert. Die Pagode entwickelte sich aus dem indischen Stupa, hat aber im Unterschied zu einem Stupa meist geschwungene Dächer und ist innen begehbar. Stupa: Ein Stupa ist ein Denkmal, das ein Symbol für den Buddha und den Buddhismus ist. Meist besteht ein Stupa aus einer quadratischen Plattform als Basis, einem halbkugeligen Kuppelgewölbe und einer Spitze. Traditionellerweise werden in einem Stupa Reliquien von Buddha oder hoch verwirklichten buddhistischen Meistern aufbewahrt.



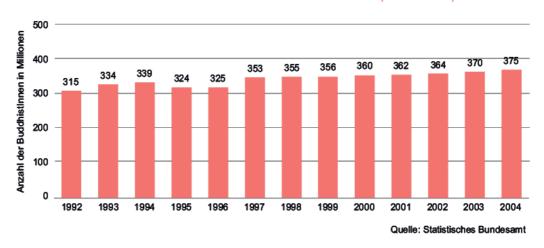




Abbildung 45: In der Pagode



Abbildung 46: TeilnehmerInnen der Studienfahrt zur buddhistischen Pagode.

# 2.2.4 Kooperation auf Augenhöhe

Die Zusammenarbeit zwischen der Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e.V., der ARBEIT UND LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung hat im Saalekreis eine neue Qualität erreicht. Der Erfahrungsaustausch und die Unterstützung regionaler Projekte haben zu Ergebnissen und neuen Strukturen geführt.

Die vierte »Woche der Erinnerung und Begegnung« im Mai 2012 hat den Dialog der Generationen auf europäischer Ebene unterstützt. Überlebende Zeitzeuglnnen aus Osteuropa tauschten mit Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften biografische Erfahrungen aus. Die Zusammenarbeit zwischen uns und ein Plakatwettbewerb am Burg-Gymnasium-Wettin zum Thema: »Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage im Saalekreis« förderten den Transfergedanken der ersten beiden Titelschulen Bad Dürrenberg und Wettin in unserer Region. In der Folge entwickelte sich in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung daraus eine Servicestelle »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« als regionales Netzwerk.

Neben der Beratung von Schulen mit Titelinteresse und deren Strukturen (Eltern, SchülerInnen, FörderInnen) kam es zu einer Verflechtung von inhaltlichmethodischen Arbeitsansätzen (Zeitgeschichte, Weiterbildung für die SchülerInnenvertretung) mit der Landeskampagne »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«.

Die Bereitstellung von Materialien, Vermittlung von ReferentInnen, Teilnahme an unseren Veranstaltungen und finanzielle Unterstützung von Projekten haben dazu geführt, dass sich auch im Saalekreis die Vernetzung von Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen verstärkte. Das in Merseburg und der Region entstandene »Bündnis gegen Rechts«, zwei Titelverleihungen, die Entwicklung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz und eine größere Zahl an Foren und Workshops sind in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung realisiert worden.

[Autor: ARBEIT UND LEBEN – Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V., Peter Wetzel M.A. Servicestelle »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage im Saalekreis«]



Abbildung 47: Ausschnitt vom Flyer zum dreitägiges Seminar mit Zeitzeuglnnen aus der Ukraine im Rahmen der »Woche der Erinnerung und Begegnung« im Roncalli Haus in Magdeburg 2012.

# 2.2.5 Drei Schlaglichter eines demokratischen Aufbruchs

Dezember 2009: Mehr als 70 BürgerInnen und VertreterInnen von Vereinen, Institutionen und Bildungsträgern gründen das Netzwerk »GELEBTE DEMOKRATIE Dessau-Roßlau« als breites Bündnis.

Herbst 2011 und 2012: In WOCHEN und TAGEN GELEBTER DEMOKRATIE wird öffentlich und in einem Dialog auf Augenhöhe mit VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über demokratisches Miteinander, Weltoffenheit, Alltagsrassismus und BürgerInnenbeteiligung debattiert. In sechs Projektgruppen und einer koordinierenden Gruppe im Netzwerk »GELEBTE DEMOKRATIE Dessau-Roßlau« arbeiten Menschen kontinuierlich an Themen wie BürgerInnenhaushalt, Vielfalt im Dialog, Demokratie stärken – Rechtsradikalismus zurückdrängen, Demokratische Debatte und Kulturentwicklung.

März 2013: Wie seit Jahren missgedenken Neonazis mit einer Demonstration der Bombardierung der alliierten Streitkräfte 1945. Doch diesmal sind statt der üblichen 500 Menschen über 2.500 bunt gemischte BürgerInnen auf den Straßen von Dessau-Roßlau, sammeln sich an der Bühne am Bahnhof, reihen sich von 14 Mahnwachen und einem Toleranzlauf in die Menschenkette ein, machen die Innenstadt für neonazistischen Ungeist unpassierbar und setzen gemeinsam ein überwältigendes, eindeutiges, kulturbuntes, friedliches und demokratisches Zeichen.

Drei Schlaglichter eines demokratischen Aufbruchs, in dem wir als Netzwerk »GELEBTE DEMOKRATIE Dessau-Roßlau« mit der Landeszentrale für politische Bildung eine verlässliche, unterstützende, offene, einsatz- und auseinandersetzungsfreudige Kooperationspartnerin gefunden haben, mit der über diese Zeit vieles gelang, was sonst nicht möglich gewesen wäre.

[Autor: Uwe Schmitter, Netzwerk »GELEBTE DEMOKRATIE Dessau-Roßlau«]



Abbildung 48: Menschenkette während der Aktion EINE MENSCHENKETTE FÜR DESSAU-ROßLAU



Abbildung 49: Menschenkette während der Aktion EINE MENSCHENKETTE FÜR DESSAU-ROßLAU



Abbildung 50: Menschenkette während der Aktion EINE MENSCHENKETTE FÜR DESSAU-ROßLAU vom 09.März 2013. Bei dieser Aktion zeigten fast 2.500 TeilnehmerInnen Gesicht gegen einen Neonaziaufmarsch in der Stadt.



Abbildung 51: Foto im Rahmen der Aktion EINE MENSCHENKETTE FÜR DESSAU-ROßLAU vom 09.März 2013. Menschen halten ein Transparent mit Unterschriften.

# 2.3 SchülerInnen machen sich stark für Menschen rechte und Demokratie Zehn Jahre »Schule ohne Rassismus Schule mit Courage« in Sachsen-Anhalt

Seit mehr als zehn Jahren übernimmt die Landeszentrale für politische Bildung die Landeskoordination für das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR-SMC). Der Name steht für ein Projekt von und für SchülerInnen, die gegen alle Formen von Diskriminierung z.B. Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aktiv vorgehen und die demokratische Kultur in Schule und Alltag stärken wollen. Aber auch Lehrkräfte können im Rahmen dieses Projekts die Initiative ergreifen – allerdings sollten sie ihren SchülerInnen schnell das Heft des Handelns in die Hand geben, denn hier geht es um die Stärkung von Eigeninitiative. Lehrkräfte und Eltern sollten PartnerInnen und Helfende sein. Als die Landeszentrale für politische Bildung dieses Arbeitsfeld im Jahr 2003 in Sachsen-Anhalt eröffnete, gab es in unserem Bundesland keine einzige Schule, die den Titel »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« trug. Die Sekundarschule am Wasserturm Köthen war gerade dabei, die nötigen Unterschriften zur Erlangung des Titels zu sammeln. Sie wurde dann auch die erste »Titelschule« in Sachsen-Anhalt und führte ein Netzwerk an, dem heute mehr als 100 Schulen angehören.

»Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« richtet sich ausschließlich an Schulen. Die InitiatorInnen sehen die Schule als komplexen Lernort mit einem spezifischen sozialen Umfeld. »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« hat die ganze Schule im Blick und will im positiven Sinne traditions- und profilbildend das Thema Zivilcourage in den Blick nehmen. Wie dieser Lern- und Aktionsprozess im Einzelnen aussieht, legt die Schule, legen vor allem die SchülerInnen selbst fest, denn jede Schule hat ihre eigenen Problemlagen und auch Stärken. »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ist gleichzeitig ein Netzwerk. Sowohl auf Bundesebene als auch auf der Ebene der Länder arbeiten Koordinationen, die die einzelnen Schulen im Projektverlauf beraten und unterstützen. Sie organisieren den Erfahrungsaustausch der einzelnen Schulen zunehmend auch auf regionaler Ebene.

### Kritische Auseinandersetzung mit allen Formen der Diskriminierung

Ziel des Projekts ist die Stärkung von Zivilcourage, Toleranz, Weltoffenheit, Gewaltfreiheit und Konfliktfähigkeit in der Schule. Die Zielsetzung geht also heute über die Begrifflichkeit des Titels hinaus, denn es geht nicht nur um den Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen der Diskriminierung, Mobbing und Gewalt im Schulalltag. Dabei setzt der Handlungsansatz »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« nicht auf kurzfristigen Aktionismus, sondern auf einen aktiven, prozessualen Meinungsbildungsprozess in der Schule, der durch möglichst kontinuierliche Aktivitäten z.B. von einer Arbeitsgemeinschaft oder durch die SchülerInnenvertretungsgremien in Form von themenbezogenen Projekttagen, Veranstaltungen, Festen etc. von einer SchülerInnengeneration zur nächsten weitergegeben wird. Methodisch steht die Förderung der Eigeninitiative und Teilhabe der Schülerschaft im Mittelpunkt des Projekts.

#### Neue Wege in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt bietet die Landeszentrale für politische Bildung als Landeskoordination von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« Beratung und Unterstützung an. Das reicht von der Begleitung der Titelerlangung bis zur gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekttagen und LehrerInnenfortbildungen zu den Themen Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Zivilcourage, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Mobbing und Gewalt.

Neu hinzugekommen sind Veranstaltungen zum Thema der Chancen und Risiken neuer Medien. Gleichzeitig fördert die Landeszentrale im Einzelfall auf Antrag der Schulen Maßnahmen von Bildungsträgern in »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«-Schulen. Darüber hinaus gibt es in Sachsen-Anhalt Kooperationspartner, die die Schulen vor Ort in ihrer Arbeit unterstützen. Die Landeszentrale für politische Bildung wirbt als Landeskoordination Träger als Kooperationspartner im Schulnetzwerk an und vermittelt Kontakte zwischen ihnen und den Schulen. Außerdem ist Sachsen-Anhalt neue Wege gegangen: Neben zahlreichen einzelnen Partnerschaften haben sich in den drei kreisfreien Städten, im Harzkreis und im Saalekreis regionale Koordinationen gegründet, die die Schulen informieren, motivieren und mit konkreten Bildungsprojekten unterstützen.

#### Ein Netzwerk lebt vom Austausch

Vernetzung ist bei »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« wörtlich zu nehmen: Seit 2007 findet ein jährlicher Landestag »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« mit 150 – 450 TeilnehmerInnen statt. Der Landestag dient dem Erfahrungsaustausch und der Qualifizierung der SchülerInnen, gleichzeitig wird für die begleitenden LehrerInnen ein aktuelles Fortbildungsprogramm angeboten. Etwa zehn Mal im Jahr informiert ein Newsletter alle teilnehmenden Schulen über neue Entwicklungen und Angebote. Die Webseite der Landeszentrale für politische Bildung bietet darüber hinaus allen Schulen die Möglichkeit, sich aktuell zu informieren und eigene Berichte anderen Schulen zugänglich zu machen. Seit 2010 führt die Landeszentrale für politische Bildung eine jährliche Ferienfreizeit durch, die sich an aktive SchülerInnen richtet. Die Teilnahme an diesem Bildungsprogramm wird mit einer Urkunde bestätigt. Zudem stellt die Landeszentrale für politische Bildung seit 2010 SchülerInnen, die sich mehrjährig für das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« engagieren, eine Urkunde aus.

#### Vielfalt fördern

Die Landeszentrale für politische Bildung fördert seit 2007 sporadisch die Ausbildung lizensierter TrainerInnen für das Bildungsprogramm »Eine Welt der Vielfalt« zur interkulturellen Öffnung, um das Bildungsangebot in diesem Bereich für das Land Sachsen-Anhalt zu erweitern und insbesondere TrainerInnen mit Migrationshintergrund für diese pädagogische Arbeit zu qualifizieren. Die Trainings werden vom Netzwerk Interkulturelle Bildung Sachsen-Anhalt koordiniert. Die TrainerInnen werden in zahlreichen Schulen bei Schulprojekttagen und LehrerInnenfortbildungen eingesetzt.

#### Die meisten »SOR-SMC«-Schulen in den neuen Bundesländern

Je größer ein Netzwerk wird, desto wichtiger ist es auf die Qualität der Arbeit zu achten und fortlaufend Instrumente der Qualitätssicherung und Kontrolle einzusetzen. Die Landeszentrale für politische Bildung hat, ergänzend zu den Materialien der Bundeskoordination, Handreichungen zur Nachhaltigkeit, zum Umgang mit Geschichtsprojekten sowie zur Juniorwahl 2013 herausgegeben. Seit

2008 führt die Landeszentrale für politische Bildung nach Beendigung eines Schuljahres eine Umfrage unter den Titelschulen durch und berät bei Bedarf im Nachgang Schulen in Bezug auf den Projektverlauf. Bei aktuellen Problemlagen vermittelt die Landeskoordination AnsprechpartnerInnen und begleitet bei Bedarf den weiteren Verlauf.

Im März 2014 konnten wir mit der Oskar-Kämmer-Sekundarschule »LebenLernen« aus Magdeburg in Sachsen-Anhalt die 100. Schule im Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« begrüßen. Die Schulen in unserem Bundesland haben damit alle anderen neuen Bundesländer übertroffen und verzeichnen auch im Bundesdurchschnitt eine der höchsten Zuwachsraten.

»Eine Welt der Vielfalt«

»Eine Welt der Vielfalt« ist ein interkulturelles Trainingsprogramm, das bei verschiedenen Zielgruppen die Fähigkeit steigern möchte, in alltäglichen Lebenssituationen mit kultureller Vielfalt umzugehen und sich in gegenseitigem Respekt zu begegnen. Es will sensibilisieren für ethnozentrische, diskriminierende und rassistische Einstellungen und Haltungen. Das interkulturelle Trainingsprogramm bietet hierzu Übungen zur Reflexion der kulturellen Sozialisation, der eigenen Einstellungen und Werteorientierung an.



#### Was ist eine SOR-SMC-Schule?

Wir sind ein Projekt von und für SchülerInnen. Es bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, in dem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Wir sind das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Ihm gehören über 1450 Schulen an, die von rund einer Million SchülerInnen besucht werden. (Stand: März 2014)

#### Zu was verpflichtet sich eine SOR-SMC-Schule?

Wer sich zu den Zielen einer Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bekennt, unterschreibt folgende Selbstverpflichtung: Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, uns zukünftig einander zu achten. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.

#### Was bedeutet der Titel genau?

Der Titel ist kein Preis und keine Auszeichnung für bereits geleistete Arbeit, sondern ist eine Selbstverpflichtung für die Gegenwart und die Zukunft. Eine Schule, die den Titel trägt, ist Teil eines Netzwerks, das sagt: Wir übernehmen Verantwortung für das Klima an unserer Schule und unser Umfeld.

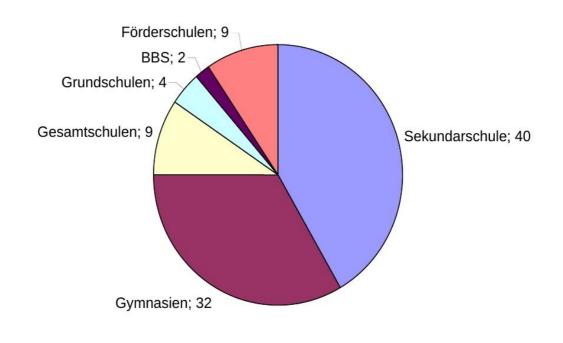
#### Wo bekomme ich mehr Informationen zum Projekt?

Auf unserer Homepage (<u>www.schule-ohne-rassismus.org</u>) findet Ihr eine Fülle von Informationen zu unserer Arbeit und den Aktivitäten der Schulen. Für Eure Fragen stehen Euch die MitarbeiterInnen der Bundeskoordination zur Verfügung oder die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, die dort die Landeskoordination innehat. Die Adressen findet Ihr hierzu auf der »SOR-SMC«-Seite unter dem Menüpunkt Landeskoordination.

#### »SOR-SMC« Newsletter

Der Newsletter »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« berichtet über die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und die Arbeit anderer Netzwerkschulen. Er informiert über Projekte von »SOR-SMC«-Schulen und gibt somit mögliche Anstöße für andere Schulen. Für LehrerInnen hält er Tipps zu verschiedenen Fortbildungen bereit und stellt Literaturtipps beispielsweise zu den Themenbereichen Demokratie, Globalisierung und Landeskunde vor.

#### Anteil der Schulen nach Schulform



Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

Die politische Bildungsarbeit der Landeszentrale wird durch ein Kuratorium begleitet, das aus 13 Mitgliedern des Landtages von Sachsen-Anhalt besteht. In dieser Legislaturperiode gehören dem Gremium fünf VertreterInnen der CDU, vier der Linken, drei der SPD und eine Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen an. Zur Vorsitzenden wurde in der konstituierenden Sitzung im Herbst 2011 die CDU-Abgeordnete Angela Gorr gewählt. Das Kuratorium tritt regelmäßig zusammen, um sich über die Arbeit der Landeszentrale zu informieren, diese kritisch zu begleiten und durch fachliche Anregungen zu fördern. Das Kuratorium ist der Garant für die im Gründungsbeschluss von 1991 festgehaltene Überparteilichkeit der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.



Abbildung 52: Zum 7. Landestag SOR-SMC erschienen zahlreiche SchülerInnen mit ihren LehrerInnen.



Abbildung 53: Fight on Stage



Abbildung 54: Der Musi Circus verzauberte die Zuschauer Innen beim 7. Landestag mit einem farbenfrohen und artistischen Programm

## 2.3.1 Kooperation auf hohem Niveau

Als Projektverantwortliche an unserer Schule schätze ich die Zusammenarbeit mit der Landeskoordination »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« außerordentlich. Sie ist von großem Engagement und gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit wird gestärkt durch den persönlichen Kontakt, der sich auch durch die Beständigkeit der Stellenbesetzung entwickeln konnte.

Die Berufsbildenden Schulen J.P.C. Heinrich Mette Quedlinburg profitieren von der Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« der Landeszentrale für politische Bildung unter anderem durch die fortlaufende Beratung bei Projekten, Unterstützung bei Finanzierungsanträgen, umfassende Information über die Angebote der Landeskoordination sowie die Versorgung mit aktuellem Info-Material und Werbeträgern.

Die Präsenz von VertreterInnen der Koordinierungsstelle in unserer Schule bei öffentlichen Veranstaltungen sowie die Gestaltung von Urkunden zur Ehrung aktiver Jugendlicher unterstreicht die Anerkennung unserer Schülerschaft, sich im Schulalltag für ein tolerantes und vielfältiges Miteinander einzusetzen. Um neue Ideen in unseren Schulalltag zu holen, ist der Austausch mit anderen Schulen sehr wichtig. Der Landestag »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« trägt insbesondere dazu bei. Die Koordinierungsstelle der Landeszentrale für politische Bildung vermittelt zudem zur themenbezogenen Information ExpertInnen und fachliche Kontakte.

[Autorin: Eleonore Multhaupt, Berufsbildende Schulen J.P.C. Heinrich Mette Quedlinburg]



Abbildung 55: Neben SchülerInnen und LehrerInnen waren zahlreiche Gäste der Einladung gefolgt.



Abbildung 56: Die BbS J.P.C. Heinrich Mette begingen mit einem schulweiten Projekttag und einer Feierstunde ihr Doppeljubiläum 5 Jahre »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« und 10 Jahre Förderverein. Neben der Landeskoordinatorin,Frau Habisch, war auch Herr Schwerendt von der Bundeskoordinationsstelle aus Berlin unter den Gästen. Ehemalige SchülerInnen moderierten den Festakt



Abbildung 57: Über das Angebot der Koordinationsstelle»Schule ohne – Rassismus Schule mit Courage«erhielten wir Kontakt zum Projekt »wählerlsCh«der evangelischen Akademie Wittenberg. Vier Schulklassen erhielten die Möglichkeit, im Vorfeldder Bundestagswahl mit Wahlkreisabgeordnetenzu sprechen [Juli 2013]



Abbildung 58: SchülerInnen der Schule zu Gast beim Landestag »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«in Magdeburg [19. September 2013]

#### 2.3.2 Gemeinsam für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt

Die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) ist in Sachsen-Anhalt seit über zehn Jahren im Bereich der Interkulturellen Bildungsarbeit aktiv. Eine wesentliche Rolle dabei spielt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Nur durch diese Zusammenarbeit konnten Ergebnisse erzielt werden, die heute die interkulturelle Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt mitprägen.

In Sachsen-Anhalt konnte ein TrainerInnenpool im Trainingsprogramm »Eine Welt der Vielfalt« für die landesweite Nutzung geschaffen werden, der zu über 50 % aus TrainerInnen mit Migrationshintergrund besteht.

Die Landeskoordination »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR-SMC) wurde durch die Einrichtung der Servicestelle in der Deutschen Angestellten-Akademie Dessau-Roßlau regional unterstützt und diese regionale Einbindung war Vorbild für die Errichtung weiterer regionaler Servicestellen, die die »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«-Philosophie in die Schulen des Landes getragen hat.

Viele weitere Projekte wurden durch die Deutsche Angestellten-Akademie im Auftrag oder in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung initiiert und durchgeführt. Besonders öffentlichkeitswirksam ist die Gestaltung des Bühnenprogramms der Themenstraße »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« zum Sachsen-Anhalt-Tag durch die Deutsche Angestellten-Akademie.

Wir wünschen uns für die Zukunft eine weitere gute Zusammenarbeit zur Umsetzung von innovativen Projekten und zur Entwicklung von kreativen Ideen in der Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt.

[Autorin: Elke Carpentier, Deutsche Angestellten Akademie Sachsen-Anhalt]



Abbildung 59: TrainerInnenausbildung »Eine Welt der Vielfalt«.



Abbildung 60: Projekt »Weg des Grauens« in Schönebeck



Abbildung 61: Servicestelle »Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage« in Dessau-Roßlau

#### 2.3.3 Vielfalt funktioniert in Sachsen-Anhalt

Diversity Works arbeitet seit mehr als elf Jahren in einer Reihe von Programmen der Landeszentrale für politische Bildung mit. So zum Beispiel an der kontinuierlichen Verbreitung des Projekts »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«, an dem jetzt auch einige Förderschulen in Sachsen-Anhalt teilnehmen. Besonders die Begleitung der LehrerInnen und SchülerInnen an der Förderschule in Dessau-Roßlau war ein gelungenes Beispiel für inklusives und integratives Lernen. Aber auch viele Multiplikator-Innen konnten wir in ihrem Engagement für ein vielfältiges und weltoffenes Sachsen-Anhalt stärken. Seien es LehrerInnen und MitarbeiterInnen in Jugendämtern oder diejenigen, die sich in einem Freiwilligen Politischen Jahr in Sachsen-Anhalt engagieren. Besonders bemerkenswert ist, wie systematisch die Landeszentrale für politische Bildung Kompetenzen vor Ort organisiert. In einer Reihe von Ausbildungen werden TrainerInnen geschult, um mit bestimmten Zielgruppen (Jugendlichen, VerwaltungsmitarbeiterInnen etc.) zu arbeiten. Diese langfristige und immer bedarfsorientierte Kompetenzerweiterung hat sicher wesentlich dazu beigetragen, dass sowohl Einstellungsmuster als auch das Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt signifikant demokratischer ist als in vergleichbaren Bundesländern. Wir möchten auf diesem Weg für die gut strukturierte und zielorientierte Zusammenarbeit der letzten Jahre danken.

[Autor: Jürgen Schlicher, Diversity Works]

# 2.3.4 »Schule ohne Rassismus — Schule mit Courage« – Ein Erfahrungsbericht

Seit 2006 ist das Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasium Wolmirstedt Mitglied im Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«, das durch die Landeszentrale für politische Bildung betreut wird. Die Zusammenarbeit besteht zum einen darin, dass die Landeszentrale für politische Bildung Materialien zur Nutzung im Rahmen von Projekten zur Verfügung stellt. Zum anderen besuchen Mitglieder der Arbeitsgruppe immer wieder das von der Landeszentrale für politische Bildung jährlich organisierte Landestreffen auf dem Moritzhof in Magdeburg.

Das Landestreffen bietet die Möglichkeit, sich bei verschiedensten Workshops fortzubilden und andere Aspekte für die Projektarbeit mitzunehmen. Des Weiteren ist es auch ein sehr guter Ort, um sich mit Arbeitsgruppen anderer Schulen auszutauschen und so voneinander zu lernen und Kontakte zu knüpfen, welche bei der Verwirklichung von Projekten sehr hilfreich sind. Erwähnenswert sind vor allem unsere Fortbildungsfahrten nach Berlin, bei denen uns Frau Mertig, Referentin der Landeszentrale für politische Bildung, begleitete und die Organisation maßgeblich unterstützte. Diese Fahrten tragen dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer AG weiter zu stärken und gemeinsam zu erfahren, wie wichtig unser Engagement für ein toleranteres Miteinander ist.

[Autor: Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasium Wolmirstedt – Erik Niemitz, 12. Klasse, seit sieben Jahren Mitglied der »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«-AG]

Wie wird man eine »SOR-SMC«-Schule?

Jede Schule kann den Titel erwerben, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt: Mindestens 70 % aller Menschen, die in einer Schule lernen und lehren (SchülerInnen, LehrerInnen und technisches Personal) verpflichten sich mit ihrer Unterschrift, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttage zum Thema durchzuführen.

#### infobox

Mögliche Projekte an »Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage« Generell sind Titelschulen in der Gestaltung und Umsetzung ihrer Projekte sehr frei. So finden zum Beispiel interkulturelle Projektwochen statt, werden Infotage und Spendenläufe organisiert. Die SchülerInnen besuchen Gedenkstätten, organisieren Kinoabende oder Europawochen, arbeiten mit der Polizei und vielen anderen Partnern zusammen. Der Kreativität werden hier keine Grenzen gesetzt. Weil die Schulen nicht immer alles allein organisieren können, gibt es auch verschiedene Kooperationspartner. So werden z.B. in Kooperation mit dem Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. Aktionstage gegen Rechts durchgeführt.



Abbildung 62: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

# 2.3.5 Regionales Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« im Saalekreis

Seit 2011 gibt es das regionale Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« im Saalekreis. Es arbeitet im Rahmen des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz Saalekreis als Servicestelle. Zum Netzwerk gehören unter anderem das Jugendamt der Kreisverwaltung Saalekreis, die ARBEIT UND LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V., das Mehrgenerationenhaus Merseburg, die Landeszentrale für politische Bildung, die Titelschulen im Saalekreis (Burg-Gymnasium-Wettin, Borlach-Sekundarschule Bad Dürrenberg), einzelne SchülerInnenvertretungen in Sekundarschulen und Gymnasien, die schulische Vertretung in der Landes- schülerInnenvertretung Sachsen-Anhalt sowie die Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e.V.

Die Kooperation mit dem zuständigen Schulamt der Kreisverwaltung, der Netzwerkstelle für Schulerfolg im Saalekreis, dem Koordinator für Integration sowie dem Bündnis für Familie (Arbeitsgruppen Bildung und Engagement) schafft Synergieeffekte in der Region und soll zielstrebig weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt e.V., der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Sachsen und Sachsen-Anhalt e.V. soll zusätzliche pädagogische Prozesse in der Netzwerkbildung ermöglichen und die Umsetzung des Konzeptes organisatorisch-strukturell absichern.

Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung ermöglicht den Erfahrungstransfer aus anderen Regionen des Bundesprogramms »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« in den Saalekreis und soll den Prozess in unseren Schulen verstärken. Diese Kooperation sichert auch die Fachlichkeit im regionalen Prozess. Die Servicestelle wirkt bei den Treffen der Koordinierungsstellen »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« auf Landesebene mit.

Für das Schuljahr 2014/2015 hat die Servicestelle Ziele abgesteckt, die sich in folgenden Schwerpunkten zusammenfassen lassen:

- Damit eine Beteiligung am Bundesprogramm erfolgen kann, werden in weiteren Schulen der Region im laufenden Schuljahr und weitergehend Voraussetzungen dafür geschaffen. Dazu werden neben den geplanten Beratungen in den schulischen Einrichtungen spezielle Gespräche einer verdichteten Informationsvermittlung angeboten.
- Mit Hilfe einer Checkliste wird ein Arbeitsinstrument entwickelt und übergeben, welches den Gesamtprozess in Phasen, Verantwortungen und zu erwartende Teilergebnisse strukturiert.
- Der Gesamtprozess mit allen AkteurInnen in den Schulen und im Umfeld verfolgt mit allen Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten das Ziel, diese Vertretungsstrukturen auf die Kampagne und eine arbeitsteilige Mitwirkung daran zu organisieren. Mit konkreten Unterstützungsangeboten für die Entwicklungsphase in »einem Titelkampf« werden die beteiligten AkteurInnen mit wichtigen Informationen ausgestattet.
- Die Servicestelle »Schule ohne Rassismus Schule mit Courage« im Saalekreis strebt als Unterstützerin und Austauschplattform an, ein jährliches Treffen der Titelschulen im Landkreis zu organisieren. Interessierte Schulen werden eingeladen, an dem Treffen teilzunehmen. Erfahrungsbeispiele zur Titelerringung (Unterschriftenaktionen, Aktionstage, Gewinnung von Patlnnen, Öffentlichkeitsarbeit) werden vermittelt.
- Über die gesamte Projektphase werden Informationen über Aktionen und Vorhaben an Schulen und im helfenden Umfeld per E-Mail und über Weblinks vermittelt. In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Landes-zentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie verschiedenen Stiftungen werden drei Weiterbildungsveranstaltungen oder Projekttage für SchülerInnen und SchulsozialarbeiterInnen angeboten.
- In Kooperation mit dem Mehrgenerationenhaus Merseburg und der Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e.V. können unterstützende (außerschulische) Projektveranstaltungen durchgeführt werden, Ideenentwicklung und Konzeption sind gemeinsam möglich.

Die Servicestelle beteiligt sich am Erfahrungsaustausch der regionalen Koordinierungsstellen »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« auf Landesebene und leitet diese Erfahrungen (E-Mail, Informationsveranstaltungen, Beratungsgespräche in den Schulen, Seminare) in den kreisweiten Prozess weiter.

Mit Beratungen und Gesprächen mit SchülerInnenvertretungen vor Ort wird das Ziel verfolgt, eine kreisweite Struktur der SchülerInnenvertretungen im Saalekreis zu schaffen. In Kleingruppen interessierter SchülerInnenvertretungen können dabei ebenfalls die Rahmenbedingungen der Bundeskampagne vorgestellt und diskutiert werden. In der Arbeit werden Themen für Projekttage und mögliche Arbeitsstrukturen (»Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage «-Teams) vorgestellt. In Treffen und informellen Gesprächen können auf Anfrage Eltern, pädagogische Fachkräfte und UnterstützerInnen in den Fördervereinen der Schulen mit den Zielen des Programms vertraut gemacht werden. Alle Vertretungsstrukturen (Schülerschaft, pädagogische Fachkräfte, FörderInnen, Eltern) in den Schulen können die Unterstützung der Servicestelle »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« in Anspruch nehmen. Dabei werden mögliche passende Unterstützungsangebote für die Vorbereitung und Arbeitsphase nach der Titelverleihung gemeinsam entwickelt und vorgestellt. Eine Einbeziehung von Grundschulen in die Bundeskampagne soll weitere Impulse mit sich bringen. Darüber hinaus wird mit einer besonderen Form von Öffentlichkeitsarbeit gezielt an den Schulen und im Umfeld geworben. Die Plakate und Themenkarten der Kulturaktion am Wettiner-Burg-Gymnasium im Jahr 2012 wurden im vergangenen Schuljahr hierzu eingeführt und werden auch im Schuljahr 2014/2015 genutzt. Die Materialien der Landeszentrale für politische Bildung (Newsletter, Schuljahreskalender, Info-Set für Zugänge an Titelschulen) werden weitergeleitet und bei Bedarf seminaristisch erläutert.

[Autor: Peter Wetzel M.A., Servicestelle »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« im Saalekreis]



Abbildung 63: Kultusminister Stephan Dorgerloh bei der Anbringung eines SOR-SMC-Schildes.



Abbildung 64: Kultusminister Stephan Dorgerloh bei der Anbringung eines SOR-SMC-Schildes.



Abbildung 65: Titelverleihung durch Frau Gulei in Bad Dürrenberg im Oktober 2010.

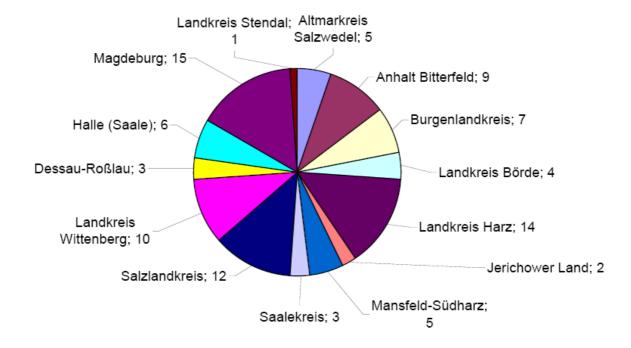


Abbildung 66: Anteil der Schulen nach Landkreisen

#### 2.3.6 Linkliste

http://www.meile-der-demokratie.de

http://www.sachsen-anhalt.drk.de/angebote/projekte/youth-on-the-run.html

http://www.otto-greift-ein.de/kunststueck\_/

http://www.netzwerk-courage.de/

http://www.tai-ji-akademie.ch/kung-fu-definition

http://faires-sachsen-anhalt.de/16 -sachsen-anhalt-tag-2012/

http://www.kamalashila.de/index.php?option

=com\_content&view=article&id=179&Itemid=101&lang=defu-definition

http://www.buddhismus.de/06 buddhist.php

http://www.daa.de\_/

http://www.schule-ohne-rassismus.org/sachsen-anhalt.html

## 3 Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien

## 3.0.1 Landeszentrale goes New Media...

Es ist keine bahnbrechende Erkenntnis, wenn man feststellt, dass heute im Jahr 2014 nahezu jeder unserer klassisch-analogen Lebensbereiche von den technischen Entwicklungen unserer digitalisierten Welt betroffen ist. Das Web 2.0 und seine unterschiedlichen Technologien sind allgegenwärtig. Ob am Herd, beim Sport oder bei der PartnerInnensuche: überall können sie uns behilflich sein, ein noch besseres Ergebnis zu erzielen bzw. noch schneller und effizienter an das gewünschte Ziel zu gelangen. So auch in der Welt der Politik. Wahlkämpfe werden zu einem großen Teil online geführt: Barack Obamas Wahlkampfteam offenbarte die Möglichkeiten des Online-Wahlkampfs im Jahr 2008 in formidabler Weise. Meinungen bildet man sich heute oft übers Netz: unzählige Information, die den politischen Willensbildungsprozess beschleunigen, finden sich in Nachrichten- und Fachportalen. Auch wird heute oft lieber digital als am Stammtisch diskutiert: die Existenz von Foren zu den unglaublichsten Themen spricht hier Bände. Und schließlich kann man über das World Wide Web in einfachster Weise an realpolitischen Prozessen partizipieren: wer hat schließlich noch nie an einer Online-Petition teilgenommen oder wurde zumindest zur Teilnahme aufgefordert? Wir sehen: auch Politik ist heute zunehmend digitalisiert.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich auch für die politische Bildung neue Herausforderungen, aber vor allen eine: sie muss online präsent sein! Denn: »Politische Bildung, die den Beutelsbacher Konsens ernst nimmt, muss dort vertreten sein, wo politische Prozesse stattfinden. Sie ist zwar nicht teilnehmende Akteurin an diesen Prozessen (im Sinne des Überwältigungsverbots und des Kontroversitätsgebots), aber sie muss Anlaufstellen schaffen und ansprechbar sein für Fragende [...] und zwar dort, wo sich die Menschen aufhalten.« (Thomas Pfeiffer, Sozialwissenschaftler).

Dementsprechend wurde im April 2013 das Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« installiert. Für die Ideengebenden spielten bei dieser Installation vor allem drei Grundintentionen eine wichtige Rolle:

- Die klassischen Inhalte der politischen Bildung sollten über die Kanäle der neuen Medien, sprich über das Web 2.0 transportiert und damit gerade jüngeren Zielgruppen besser zugänglich gemacht werden.
- Es sollten neue Bildungsinhalte erarbeitet werden, die sich mit den Möglichkeiten der politischen Partizipation über die Techniken des Web 2.0 beschäftigen und diese infolgedessen den unterschiedlichen Zielgruppen zugänglich gemacht werden.
- 3. Neue Veranstaltungsformate, die vor allem Themen der Netzpolitik behandeln, sollten konzipiert und realisiert werden.

Bis auf diese drei Grundintentionen war das Referat zu Beginn – stellen wir es uns als ein mit Inhalten und Aktivitäten zu füllendes Gefäß vor – vollkommen leer. Die erste Phase der Referatswerdung 2013 war also bestimmt durch Konzeptarbeit, die festlegte, wie die drei Grundintentionen zum politisch-bildnerischen Leben erweckt werden können. Schnell waren konkrete Projektideen in Konzeptpapiere verwandelt, die dann eine Wand im Büro des Referatsleiters schmückten. Da Konzeptpapiere bekanntlich nur von Wert sind, wenn ihnen Taten folgen (vom dekorativen Aspekt abgesehen), wurde es ernst: Kooperationspartner mussten gefunden, interessante und bereits existierende Projekte mit Kooperationspotential ausgespäht und die generellen Möglichkeiten der politisch-bildnerischen Medienarbeit im Zeitalter des Web 2.0 ausgelotet werden. Im Folgenden finden Sie liebe Leserin, lieber Leser, die Frucht dieses ersten Jahres »Referat für politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« in Form von Artikeln zu den realisierten Projekten. Sie zeigen: ein Anfang ist gemacht! Und in jedem steckt ja bekanntlich ein Zauber (den wir gerne beibehalten möchten…).

Ihr Team des Referats »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«

# 3.0.2 Pressemitteilung: Erfolgreiche erste Runde für den CryptoSwap Sachsen-Anhalt

Der Prototyp des Offenen BürgerInnenforums für Netzpolitik und Datenschutz in Halle (Saale) wurde positiv angenommen. So verzeichneten die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und ihre Kooperationspartner circa 160 TeilnehmerInnen über die zwei Veranstaltungstage.

Die Theatergruppe KALTSTART aus Halle (Saale) machte zu Beginn des CryptoSwap am Freitag ihrem Namen alle Ehre – die humorvolle und zum Teil satirische Umsetzung der Themen Netzpolitik und Datenschutz in ihr Improvisationstheater sorgte für einen lebhaften Start in das neue Veranstaltungsformat.

Im Zuge der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema »Gläserne/r BürgerIn versus Gläserner Staat« kamen dann VertreterInnen der Fraktionen des Landtags von Sachsen-Anhalt, namentlich Marco Tullner (CDU), Matthias Graner (SPD), Sören Herbst (Bündnis 90/Die Grünen) und Jan Wagner (Die Linke), eine Vertreterin der Organisation Netzpolitik.org Anna Biselli und Martin Kliehm von den Piraten zu Wort und offenbarten den ZuschauerInnen vielerlei Kontroversen und Visionen im netzpolitischen Raum.

Der anschließende Vortrag vom ehemaligen Sprecher der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Daniel Domscheit-Berg, schaffte es zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages, eine positiv-visionäre netzpolitische Stimmung unter den Gästen zu erzeugen und diese somit auf den praxisorientierten Samstag mit seinen Workshops und Vorträgen vorzubereiten. Der zweite Veranstaltungstag begann pünktlich 9.30 Uhr und war vollgepackt mit 20 interessanten Workshops, den sogenannten Swaps, die ausnahmslos gut besucht waren. Von praktischen Tipps zur E-Mail-Verschlüsselung über technische Erläuterungen zum elektronischen Personalausweis bis hin zur kulturanthropologischen Auseinandersetzung mit dem Thema Privatheit wurde den TeilnehmerInnen viel professionelles Wissen dargeboten.

Insgesamt lässt sich von einem überaus positiven Start sprechen, auch wenn sich der Prototyp weiterentwickeln muss. »Wir sind froh, ein so neues Format zum wichtigen Thema Netzpolitik angeboten zu haben und freuen uns auf die Fortsetzung« resümiert Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. Die gemachten Erfahrungen würden aufgenommen und bei der Planung dieser Fortsetzung eine wichtige Rolle spielen.

Großer Dank kommt den vielen ehrenamtlichen ReferentInnen und Kooperationspartnern zu: »Ohne die Unterstützung von Vereinen wie Terminal.21 aus Halle (Saale), Netz39 aus Magdeburg und den Instituten für Informatik der beiden großen sachsen-anhaltischen Universitäten wäre die Veranstaltung nicht möglich gewesen – allen Beteiligten sprechen wir ein großes Danke aus« so Thomas Erling, der verantwortliche Referatsleiter in der Landeszentrale für politische Bildung.

## 3.0.3 Offenes Forum statt geschlossener Gardinen

Es waren auch düstere Aussichten, die der Netzaktivist und ehemalige Sprecher der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Daniel Domscheit-Berg, am 25. April 2014 beim ersten CryptoSwap Sachsen-Anhalt im Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung verbreitete. Er sieht das Ende der Zivilgesellschaft kommen und befürchtet die komplette Kontrolle der BürgerInnen durch etwaige Überwachungsinstanzen. Grund genug also für die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und ihre Kooperationspartner, ein BürgerInnenforum für Netzpolitik und Datenschutz unter dem Motto »Gardinen zu im Internet?« zu veranstalten. Ziel war es, Möglichkeiten des Umgangs mit den neuen und allzu oft negativen Entwicklungen des Datenschutzes im digitalen Zeitalter fernab der gesellschaftlichen und persönlichen Resignation aufzuzeigen und zu diskutieren. Dafür wurden zahlreiche ReferentInnen zu den sogenannten Swaps eingeladen, um in dieser Art von Workshops über zwei Tage die Gegenwart und vor allem die Zukunft von Datensicherheit und Überwachung in politischer, kultureller und technischer Dimension zu beleuchten und gemeinsam mit den BürgerInnen zu diskutieren.

Eröffnet wurde der CryptoSwap Freitagnachmittag durch den Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Maik Reichel sowie den Leiter des Referats »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«, Thomas Erling. Anschließend machte das Improvisationstheater Kaltstart auf satirisch-humoristische Weise Appetit auf mehr zum Thema Datensicherheit im Netz. Eine Podiumsdiskussion lieferte schließlich den Gesprächsstoff, den Daniel Domscheit-Berg in seinem warnenden Vortrag aufgriff und am Samstag in einem der insgesamt 20 Swaps zu den Folgen der Überwachung für das digitale Zeitalter weiter vertiefte.

Der Samstag stand dann ganz im Zeichen der Swaps. Dabei ging es um Themen wie E-Mail-Verschlüsselung und wie man sich sicher und unerkannt im Netz bewegen kann. Ein Schwerpunkt lag darauf, Alternativen zu herkömmlichen Dienstleistern der multimedialen Kommunikation zu präsentieren. So stellte ein Swap Messenger abseits von WhatsApp oder HangOut, ein anderer alternative soziale

Netzwerke vor. Des Weiteren wurden Verschlüsselungsformen für Smartphones präsentiert und die Bedeutung von Privatheit in einem kulturanthropologischen Exkurs erörtert. Nicht zuletzt analysierte man gemeinsam mit den TeilnehmerInnen, welche psychologischen Folgen die ständige Überwachung für die BürgerInnen haben kann und wie sich dies auf unser aller Verhalten im Alltag auswirkt. Neben ihren positiven Aspekten wurden auch die Grenzen der Verschlüsselung erörtert. Es wurde stets deutlich, welche immens positiven Potentiale mit dem Eintritt in das digitale Zeitalter verbunden sind und wo die Probleme liegen, derer wir uns dringend bewusst werden müssen.

Ein abschließendes Resümee lieferte ein positives Feedback. Die Swaps waren durchweg gut besucht und es gab nur vereinzelte Kritik. Vor allem der teilweise hohe Schwierigkeitsgrad machte es für Laien schwierig, den Ausführungen der Referenten zu folgen. Zudem funktionierte das Internet nicht immer reibungslos. Abseits der kleinen Mängel wurde jedoch leidenschaftlich diskutiert und zur Zukunft des Internets gefachsimpelt. Es zeigte sich, dass die gläsernen BürgerInnen zum Handeln aufgefordert sind, um sich in einer demokratischen Gesellschaft frei bewegen zu können. Der erste CryptoSwap Sachsen-Anhalts zeigte dafür eine Hand voll Möglichkeiten auf und regte gleichzeitig dazu an, das eigene Handeln im Netz stets zu hinterfragen. Es bleibt die große Ungewissheit, wie sich das internationale Datennetz weiterentwickelt und an welchen Stellen es vielleicht besser ist, die Gardinen zu schließen, um die persönliche Freiheit in der digitalen Welt zu gewährleisten.

[Autor: Felix Luderer, Freier Mitarbeiter im Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«]

#### infobox

Was ist eine Cryptoparty?

Eine Cryptoparty ist eine lockere, öffentliche Veranstaltung, auf der man zum Beispiel lernen kann, bestehende Verschlüsselungs- und Anonymisierungssoftware zu bedienen. Auf Cryptopartys geht es in erster Linie um den Abbau von Vorurteilen wie z.B. dem, dass man ein Computerfreak sein muss, um diese spezielle Software einzusetzen. Ist die Software einmal eingerichtet, fällt sie im Alltag kaum auf, schützt die Privatsphäre aber ungemein. Aber auch Profis können diese Veranstaltungen nutzen, um sich mit Gleichgesinnten auszutauschen und um beispielweise gegenseitiges Keysigning zu betreiben.



Abbildung 67: Dr. Sandro Wefel beim Vortrag »Alternative elektronische Währungen«.



Abbildung 68: Flyer: Gardinen zu im Internet? Erster CryptoSwap Sachsen-Anhalt.



Abbildung 69: Großer Saal im Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung während der Podiumsdiskussion.



Abbildung 70: Podiumsdiskussion: von links nach rechts.: Sören Herbst, Anna Biselli, Martin Kliehm, Mandy Buschina, Jan Wagner, Marco Tullner, Matthias Graner.



Abbildung 71: Referenten von Terminal.21.



Abbildung 72: Veranstaltungsplakat an der Bürotür zum Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«.



Abbildung 73: Flyer-Verteilaktion mit halleschen Studierenden.



Abbildung 74: Vortrag: »Technikfolgenabschätzung im digitalen Zeitalter« mit Daniel Domscheit-Berg.

# 3.0.4 Die LpB LSA bei Facebook

Begriffe wie SocialMedia und Web 2.0 sind in unserer zunehmend digitalen Gegenwart in aller Munde. Nahezu jeder Bereich unseres Lebens scheint von den Möglichkeiten, die sich aus der Nutzung dieser technischen Instrumente ergeben, berührt. Ob öffentliches oder privates Leben – überall werden wir mit den sich unaufhaltsam entwickelnden kollaborativen Elementen des World Wide Web konfrontiert.

In der Wirtschaft gelten sie als Motor für die Erschließung neuer Zielgruppen bzw. Absatzmärkte und gewinnen deshalb stetig an Bedeutung für privatwirtschaftlich-unternehmerische Marketingstrategien. Aber auch für die Politik ergeben sich Möglichkeiten, die von den AkteurInnen zunehmend erkannt und genutzt werden. Parteien und einzelne PolitikerInnen twittern und posten fast pausenlos, um an WählerInnengunst im digitalen Raum zu gewinnen bzw. um ein Feedback der WählerInnen zu generieren. Vor diesem Hintergrund muss sich auch die politische Bildungsarbeit – die quasi als aufklärend-vermittelnde Schnittstelle zwischen den zuvor genannten Lebensbereichen und den unterschiedlichen Lebenswelten der einzelnen Menschen gelten darf – unbedingt den Entwicklungen des WWW öffnen und die Möglichkeiten, die seine modernen kollaborativen Elemente bereitstellen, nutzen.

Viele Träger der politischen Bildungsarbeit haben bereits sehr erfolgreich damit begonnen, einen direkten Draht zu den RezipientInnen ihrer Bildungsinhalte über Facebook & Co. herzustellen. Sie sind dementsprechend auf dem besten Wege, gerade bei den jüngeren Generationen neue Zielgruppen zu erschließen, sie mit wertvollen Informationen rund um Politik und Partizipation zu versorgen und sie damit zur politischen Willensbildung und Teilhabe zu befähigen.

Der Sozialwissenschaftler und Journalist Thomas Pfeiffer stellt die Notwendigkeit einer Facebook-Aktivität in der politischen Bildung klar heraus: »Wie auch immer man zu Facebook steht, hier findet politics (prozesshafte Dimension von Politik) statt. Politische Bildung, die den Beutelsbacher Konsens ernst nimmt, muss dort vertreten sein, wo politische Prozesse stattfinden. Sie ist zwar nicht teilnehmende Akteurin an diesen Prozessen (im Sinne des Überwältigungsverbots und des

Kontroversitätsgebots), aber sie muss Anlaufstellen schaffen und ansprechbar sein für fragende SchülerInnen und zwar dort, wo sich die Menschen aufhalten.«

Auch die Landeszentrale für politische Bildung ist seit dem März 2014 auf Facebook als dem gegenwärtig wichtigsten sozialen Netzwerk im Web 2.0 unterwegs. Im Begrüßungstext auf der Facebookseite der Landeszentrale für politische Bildung heißt es: »Millionen Nutzerlnnen bewegen sich auf Facebook und es werden jeden Tag hunderttausende mehr. Wir als eine Einrichtung des Landes möchten mit unseren wichtigen Bildungsinhalten zur Demokratieförderung in unserem Land und in der Welt jede und jeden erreichen – auch Dich und dementsprechend auch hier auf Facebook präsent sein. So entschlossen wir uns also zu diesem Schritt und freuen uns, nun auch über diesen Kommunikationskanal auf unsere interessanten Veranstaltungen und Angebote aufmerksam machen und mit Euch über aktuelle Themen der politischen Bildung diskutieren zu können.«

Um von vornherein eine Qualitätssicherung bei der Veröffentlichung von Inhalten und der externen Kommunikation mit den Teilzielgruppen zu gewährleisten, wurden konkrete Handlungsempfehlungen als eine Art Richtschnur für die AutorInnenschaft im Bereich SocialMedia erarbeitet (abrufbar unter: <a href="www.issuu.com/mosaar/docs">www.issuu.com/mosaar/docs</a>)\*. Dabei gilt der Grundsatz: In keinem Fall ist es ausreichend, einen Account zu erstellen und ihn daraufhin mit irgendwelchen Inhalten in unregelmäßigen Abständen zu füllen. In jedem Fall muss Art und Weise der Pflege wohlüberlegt und immer an den Grundsätzen der politischen Bildung und den Bedürfnissen der zu erreichenden Teilzielgruppen ausgerichtet sein. Strategisch richtiges Handeln nach den Grundsätzen des modernen Marketings ist dabei als elementar anzusehen.

Zum wichtigen Thema Facebook und Datenschutz äußert sich das Team der Landeszentrale für politische Bildung wie folgt: »Lange haben wir im Hause der Landeszentrale über unseren Facebook-Auftritt diskutiert, ihn geplant, Empfehlungen und Informationen eingeholt, um letztlich festzustellen, dass Facebook – so praktisch es aus funktionaler Sicht auch ist – eben nicht ohne Probleme, d. h. vor allem nicht ohne datenschutzrechtliche Probleme angewendet werden kann. In der öffentlichen Debatte tritt dieses Thema immer wieder zu Tage und Datenschützer-Innen machen zu Recht auf die entsprechenden Problemlagen

aufmerksam. Hier also der Hinweis: die Datenschutzrechtlichen Probleme bei Facebook existieren und wir möchten diese auch nicht einfach verschweigen und somit akzeptieren. Wir stellen uns dementsprechend auf die Seite der Datenschützer-Innen, die immer wieder ihren Forderungen nach der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen in Deutschland Nachdruck verleihen.«

Damit NutzerInnen, die selbst nicht bei Facebook aktiv sind, trotzdem an alle relevanten Informationen kommen, bemüht sich die Landeszentrale für politische Bildung, alternativ alle im Facebook-Auftritt bereitgestellten Informationen auch über andere Kanäle zu verbreiten, so dass niemand gezwungen ist, sich bei Facebook anzumelden.

#### infobox

Politische Bildung auf Facebook?

»Politische Bildung muss Hilfestellung leisten«, sagt der Politikwissenschaftler Christoph Bieber im Interview. Zwar stünden die bekannten Social Networks »unter der Fuchtel der Anbieter«, sagt Bieber – aber auch dort finde Politik statt. Die Nutzerlnnen müssten allerdings genau hinschauen, welche Ziele die Plattformbetreiber tatsächlich verfolgten. Ein interessantes Interview mit Christoph Bieber findet man unter:

Das Interview wurde im Rahmen der Tagung »Web 2.0 in der politischen Bildung« geführt, die vom 08. bis 10. Februar 2010 in Hattingen stattfand.



Abbildung 75: Christoph Bieber im Interview zu SocialMedia in der politischen Bildung.



Abbildung 76: Screenshot der Facebook-Seite der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.



Abbildung 77: Screenshot der Facebook-Seite der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.



Abbildung 78: Titelbild der Facebook-Seite des DEMOKRATIEmobil.

# 3.0.5 Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt ist Partnerin der Konferenz »Think CROSS – Change MEDIA 2014«

Es ist wohl mehr als die oft zitierte Symbiose zwischen Politik und Medien, wenn die Landeszentrale für politische Bildung die im März 2014 stattgefundene Konferenz »Think CROSS – Change MEDIA 2014« unterstützt. Die an der Hochschule Magdeburg-Stendal vom Masterstudiengang »Cross Media« ausgerichtete Konferenz bringt MacherInnen aus den Bereichen Journalismus, Interaction Design und Management zusammen mit ProtagonistInnen aus Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Medien verändern seit Beginn der digitalen Revolution die Öffentlichkeit stärker denn je, die zivile Öffentlichkeit wiederum ändert die Medien und veränderte Medien beeinflussen die Wirtschaft, aber insbesondere auch die Politik.

Seit nun mehr 20 Jahren begleitet die Landeszentrale für politische Bildung politische Prozesse, ist Aufklärerin, Vermittlerin komplexer Prozesse im politischen Geschehen, aber auch Unterstützerin, wenn es um Weiter- und Meinungsbildung in Sachen Politik geht. Auf der »Think CROSS – Change MEDIA 2014« teilten WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen ihre Erkenntnisse und positionierten sich insbesondere auch in den Themenfeldern Demokratie im Netz – Partizipative Plattformen. Denn die/der Bürgerln 2.0 ist Realität. Der tägliche Gang ins Internet ist längst für fast alle Alterskohorten selbstverständlich. Und dieses Netz hat unbestritten ein großes demokratisches Potential. Doch wie wird daraus gesellschaftliches Handeln? Passen hergebrachte demokratische Traditionen zu den Routinen im Netz? Das fragen sich auch die politischen AkteurInnen und bewegen sich mehr oder weniger sicher in den digitalen Welten. Doch oft noch möchten Parteien, Regierungen und Institutionen verkünden und erklären, aber nicht in einen kritischen Diskurs eintreten. Aber es bewegt sich was. Der Petitionsausschuss des Bundestages bietet allen BürgerInnen auf einer eigenen Webseite an, »direkt und unkompliziert« Petitionen zu starten, zu unterstützen und sich dazu zu informieren. Knapp 2.400 abgeschlossenen Petitionen gibt es (Stand September 2013). Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Doch wer ist hier aktiv? Werden die Stimmlosen aktiviert? Bieten die neuen Medien neuen Gruppen eine Chance auf Mitwirkung im politischen Prozess? Oder haben die gut ausgebildeten und elitären Gruppen eine zusätzliche Möglichkeit bekommen, die Meinungshoheit zu übernehmen? Das alles sind Fragen, die geklärt werden müssen.

Ein weiteres Themenfeld ist die nicht erst durch die Whistleblower losgetretene Diskussion um die unermesslich große digitale Datenerfassung. Der dunkle Widerpart von »Open Data« sind die »Big Data«. Täglich werden rund zweieinhalb Trillionen Byte Daten aus unterschiedlichsten Quellen erstellt. Wir alle helfen mit: Jedes Benutzen einer Kredit- oder KundInnenkarte, jedes Handytelefonat, jede Internetbestellung, Beiträge auf Sozialen Netzwerken, digitale Bilder und Videos verraten, was wir mögen, wo wir sind, wer wir sind. Züchten wir Big Brother also selber heran? Auf der Konferenz wurden dazu Antworten gesucht.

Wissen sucht sich also neue Wege, die Entwicklung der digitalen Welt ermöglicht neue Teilhabe, Teilhabe setzt mündige NutzerInnen voraus. Die »Think CROSS – Change MEDIA 2014« bot eine Plattform für Diskussion und Austausch, die die Landezentrale für politische Bildung nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich mit unterstützt hat. So wurden namhafte ReferentInnen durch das Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« gewonnen, u.a. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, der im Eröffnungsvortrag zur Konferenz über die »Möglichkeiten und Grenzen digitaler Medien in der politischen Bildungsarbeit« sprach. Aber auch der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Maik Reichel, trat persönlich als Mitglied des Programmkomitees in Erscheinung. Er fungierte als Gutachter und sichtete die eingereichten Abstracts, beurteilte sie fachlich und inhaltlich, um an die hohe Qualität der ersten Konferenz anschließen zu können.

[Autorin: Sabine Falk-Bartz, Wiss. Koordinatorin PR/Kooperation M.A. Cross Media Hochschule Magdeburg-Stendal]



Abbildung 79: Tagungsbüro der Konferenz 2012.



Abbildung 80: Come Together – Konferenz 2012.



Abbildung 81: Vortrag und Gespräch 2470 media.



Abbildung 82: Tagungsmappen der Hochschule Magdeburg-Stendal.

# 3.0.6 Das Jugendmedientreffen »Doch lieber digital?« vom 22.-24.11.2013 in Halle (Saale)

Das Jugendmedientreffen ist die Großveranstaltung für junge MedienmacherInnen aus ganz Sachsen-Anhalt und wird jährlich durch fjp>media, dem Verband junger MedienmacherInnen in Sachsen-Anhalt, organisiert. An drei Tagen erhalten NachwuchsjournalistInnen die Möglichkeit, in Workshops ihre praktischen und theoretischen Fertigkeiten in verschiedenen Medienbereichen zu erweitern, mit Profis ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und neue Erfahrungen zu sammeln. Die Veranstaltung ist so auch ein Info-Markt, auf dem junge Menschen ihre Erfahrungen anbieten und sammeln können, ihren Blick auf die Medien schärfen und neue Impulse für ihr Schaffen erhalten.

Das Jugendmedientreffen ist fester Bestandteil des Bildungsangebotes von fip>media und bedarf wichtiger Partner, um möglichst viele junge MedienmacherInnen zu erreichen und ihnen die Teilnahme an diesem Bildungswochenende zu ermöglichen. Im Jahr 2013 konnten wir somit 50 TeilnehmerInnen aus ganz Sachsen-Anhalt im Alter von 14 bis 26 Jahren verzeichnen. Hierbei nahmen SchülerzeitungsredakteurInnen, medieninteressierte Jugendliche, Studierende der Medienwissenschaften und freie JournalistInnen teil. In den Intensivworkshops Zeitung, Radio und »Die Onliner« konnten sich die Jugendlichen selbst ausprobieren und eigene Beiträge erstellen, die on- und offline veröffentlicht wurden. Bei verschiedenen Kompaktworkshops (u.a. »ABC des Bloggings«, Wikipedia, Open Content, Start up!, Online-Marketing und PR) wurden vor allem wichtige Inhalte vermittelt, mit denen sich die Nachwuchsjournalist-Innen selbst einen Überblick über aktuelle Trends und Entwicklungen der (digitalen) Medienwelt verschaffen können und die ihnen helfen, auf dem eigenen journalistischem Weg weiter zu gehen.

Neben den Workshops lud der Verband die TeilnehmerInnen zu Diskussionen in Form eines Forums und eines Hintergrundgespräches ein, um mit PartnerInnen aus der Medienwelt in Kontakt zu kommen, sich mit aktuellen Schwerpunkten der Medienwelt auseinander zu setzen und persönliche Standpunkte zu finden. Diese

Diskussionsrunden mit jugend- und medienpolitischem Hintergrund förderten den Ideenaustausch und schufen eine breite Basis zur Meinungsbildung. Durch den thematischen Austausch entsteht ein Netzwerk zwischen jungen aktiven MedienmacherInnen im gesamten Bundesland. Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich kritisch mit den Rechten und Pflichten der Medien, der einzelnen JournalistInnen und des Staates.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist hierbei langjährige
Kooperationspartnerin von fjp>media und unterstützt die Veranstaltung finanziell und inhaltlich. So begrüßten wir Herrn Thomas Erling als Leiter des Referats »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« in unserem Auftaktforum »Digitale Wege in die Medien«. Hierbei wurde nicht nur der klassische Weg über Studium und Journalismusschule herausgearbeitet, sondern der Fokus auch auf den Aufgabenbereich der JournalistInnen in digitalen Plattformen gelegt und diskutiert, wie diese digitalen Möglichkeiten der Informationsverbreitung dienen und welchen daraus resultierenden Herausforderungen sich die Gesellschaft stellen muss. Durch die finanzielle Unterstützung war es uns als Veranstalter möglich, den TeilnehmerInnen das gesamte Wochenende mit einem Teilnahmebeitrag von höchstens 30,00 Euro anzubieten.

Zudem war die Landeszentrale für politische Bildung im Zuge der Organisation der Räumlichkeiten behilflich, indem der Referatsleiter Thomas Erling seine Kontakte zum Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität nutzte, welches letztlich nicht nur seine Seminarräume, sondern auch die benötigte Technik zu großen Teilen zur Verfügung stellte. In der Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung sehen wir daher vor allem inhaltliche Überschneidungen und das gemeinsame Ziel und Anliegen, einen Beitrag zum Demokratieverständnis, zur Meinungsbildung und gesellschaftlichen Orientierung zu leisten.

[Autorin: Julia Ehritt, fjp>media]



Abbildung 83: Logo vom Jugend Medien Treffen 2013.



Abbildung 84: Auftaktforum des Jugend Medien Treffens 2013.



Abbildung 85: Transparent des Jugend Medien Treffens.



Abbildung 86: Junge MedienmacherInnen beim Interview.



Abbildung 87: Flyer zum Jugend Medien Treffen 2013.



Abbildung 88: Workshop OpenContent.

## 3.0.7 »Nachhaltigkeit neu leben – Buen Vivir?«

Vom 17. bis 19. Oktober 2013 fand im Volkspark in Halle (Saale) ein Symposium zum Buen Vivir unter dem Motto »Nachhaltigikeit neu leben – Buen Vivir? Das Gute Leben in Forschung, Schule und Alltag« statt. Ziel war es, das ursprünglich indigene Konzept des Buen Vivir (»Gutes Zusammenleben«) aus dem Andenraum zu entdecken und mit verschiedenen Bereichen der Bildung in Verbindung zu bringen – Universität, Schule und politische Bildung. Zudem sollten hiesige Ansätze aufgezeigt werden, die sich ebenfalls mit einem »Guten Leben« beschäftigen. Es kamen sehr unterschiedliche Menschen zusammen, insgesamt konnten über 200 TeilnehmerInnen begrüßt werden.

Über 40 Angebote wurden in den zweieinhalb Tagen angeboten, von Vorträgen und Workshops zu Videokonferenzen, Exkursionen, Installationen, Theater, einem Offenen Raum und vielen Möglichkeiten für Gespräche. Themen waren z.B. die Dekolonialisierung von Wissenschaft, Commons, Solidarisches Wirtschaften, Globales Lernen, Kompetenzen von MultiplikatorInnen von Bildung für nachhaltige Entwicklung, andine Philosophie, Permakultur und Formen der gemeinsamen IT-Nutzung. Abgerundet wurde das Symposium durch gemeinsames meist veganes Essen und ein Fest am letzten Abend.

Es hat sehr positive Rückmeldungen gegeben und es stellten viele die Frage nach einer eventuellen Wiederholung. Während des Symposiums sind Netzwerke sowie einige Projektideen für weiteres gemeinsames Arbeiten entstanden. Gelobt wurden vor allem der Ort, die herzliche Atmosphäre und das teilweise unkonventionelle, sehr abwechslungsreiche Programm.

Wir sind sehr froh über die Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung. Durch die Anregungen von Thomas Erling vom Referat »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« hat das Symposium eine Breitenwirkung bekommen, die wir so nicht eingeplant hatten. Erst im gemeinsamen Überlegen kamen die Ideen zum Aufnehmen von Vorträgen, zum Einrichten von Livestreams, zur Erstellung einer professionellen Homepage und einer Filmdokumentation. Dies inspirierte auch zur Kooperation mit dem Zentrum für multimediales Lehren und Lernen der Martin-

Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dadurch konnten unter anderem zwei Videokonferenzen mit Alberto Acosta und Ariruma Kowii verwirklicht werden, die wichtige Persönlichkeiten im Hinblick auf Konzept und Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador sind. Die Homepage ist sehr gut angenommen worden und dient nun im Nachhinein als Informations- und Dokumentationsseite, die noch erweitert wird. Es wurde sich vorerst gegen eine Einbindung von Forum- oder Blogfunktion entschieden.

Der Dokumentarfilm gibt sehr gut die Atmosphäre des Symposiums wieder und fasst die zentralen Aussagen zusammen. Somit wird es zum einen für Nichtteilnehmende möglich, eine Vorstellung vom Symposium zu bekommen, zum anderen erinnert der Film die Teilnehmenden an das Erlebte und macht Lust, dort anzuknüpfen.

Überraschend war, dass von der Landeszentrale für politische Bildung neben Projekten politischer Beteiligung und Diskussion auch speziell das Benutzen und Ausprobieren neuer Medien gefördert wird. Das hat unserem Projekt sehr geholfen und trägt zur Verbreitung und weiteren Auseinandersetzung mit dem Buen Vivir bei.

Wir bedanken uns vielmals für die gute und inspirierende Zusammenarbeit und würden uns über weitere gemeinsame Projekte freuen.

[Autorin: Anna von Grünewaldt, Didaktik der Biologie und Geographie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg]

#### infobox

#### Buen Vivir

Sumak kawsay (Kichwa) [...], buen vivir bzw. vivir bien (span.) [...] ist ein zentrales Prinzip in der Weltanschauung der indigenen Völker des Andenraumes.

Zusammen mit dem Pachamama-Gedanken wurde sumak kawsay 2008 an zentraler Stelle (Präambel und Art. 3) als Staatsziel in der Verfassung von Ecuador verankert und dadurch international bekannt. Als Initiator gilt der Präsident der Verfassunggebenden Versammlung Alberto Acosta. 2009 fand das Konzept als suma qamaña auch Eingang in die Verfassung Boliviens (1. Teil, Titel I, Zweites Kapitel, Artikel 8). Einen ähnlichen Weg geht international nur noch Bhutan mit seiner Orientierung am Bruttonationalglück. Während dies dort Staatspolitik ist, konkurriert das buen vivir insbesondere in der Verfassung Boliviens (und in der bolivianischen und ecuadorianischen Tagespolitik ohnehin) mit gegensätzlichen Prinzipien, die zum Beispiel auf eine verstärkte Ausbeutung der nationalen Rohstoffbasis abzielen.

#### infobox

#### Bruttonationalglück

Die Messung des Bruttonationalglücks wurde 1979 vom damaligen König von Bhutan geprägt und verfolgt ein ähnliches Konzept wie Buen Vivir. Es ist der Versuch, den Lebensstandard in breit gestreuter humanistischer und psychologischer Weise zu definieren. Damit soll zum Ausdruck kommen, dass eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft nur durch ein ausgewogenes Zusammenspiel von sozialer Gerechtigkeit, kultureller Vielfalt, Umweltschutz und guter Regierungs- und Verwaltungsarbeit garantiert werden kann. 2008 erhielt der Gross-National-Happiness-Index Verfassungsrang. 2010 fand die erste landesweite Erhebung statt, die das Glück der BhutanesInnen erfragte. Die Daten sollen der Regierung ermöglichen, die Lebensbedingungen der noch weniger glücklichen EinwohnerInnen zu verbessern.



Abbildung 89: Logo von »Buen Vivir? Nachhaltigkeit leben«.



Abbildung 90: Diskussion während der Videokonferenz.



Abbildung 91: Videokonferenz mit Alberto Acosta.



Abbildung 92: TeilnehmerInnen des Symposiums.



Abbildung 93: Maria Alejandra Tascon bei der Abschlussveranstaltung.

## 3.0.8 Bildungszusammenarbeit in Halle (Saale) – Die Landeszentrale Unterstützt die »Hallesche Störung«

BürgerInnenmedien bieten eine wichtige Ergänzung zu den Angeboten der öffentlichrechtlichen und kommerziellen Betreiber. Hier werden werbefrei Beiträge von BürgerInnen für BürgerInnen gemacht. Die Trennlinie zwischen ProduzentIn und KonsumentIn wird überwunden. Sowohl BürgerjournalistInnen als auch das Lesepublikum nehmen ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit wahr und durchlaufen dabei einen intensiven Bildungsprozess, der ihnen ausgeprägte Grundkenntnisse über Print- und elektronische Medien und deren Möglichkeiten und Probleme vermittelt.

Das Zeitungsprojekt »Hallesche Störung« will mit Bildern, Originaltönen und Text dem emotionalen Wert von Heimat nachspüren. Menschen, die sie umgebende Landschaft und ihre damit verknüpften Geschichten werden vorgestellt. Dabei kommt der Entdeckung der Nachhaltigkeit als Weg in eine gesicherte Zukunft eine besondere Rolle zu. Zugleich wollen wir die Verbundenheit unserer Stadt mit dem europäischen politischen Geschehen darstellen und die lokale Wirkung internationaler Entwicklungen aufzeigen.

Politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Medienkompetenz ermöglicht den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen und ihre Verarbeitung zu eigenem Wissen, aus welchem eigenverantwortliches Handeln erwachsen kann. Diesen Prozess wollen wir fördern. Hierin sehen wir eine große Schnittmenge mit den Zielen der Landeszentrale für politische Bildung.

In den Ausgaben Oktober und November 2013 wurde wie vereinbart jeweils eine Seite mit Inhalten aus der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht und auf der Internetplattform gespiegelt. Im Oktober wurde unter der Überschrift »Politische Bildung 2.0« von einem Projekt der Landeszentrale für politische Bildung mit einem speziellen buchbaren Bildungsangebot für Schulen und freie Träger berichtet. In Form von Workshops, Projekttagen bzw. -wochen und

MultiplikatorInnen- und LehrerInnenfortbildungen werden Jugendliche und Erwachsene darin geschult, die neuen Medien in einem politisch selbstbestimmten und partizipatorischen Sinne zu nutzen. Nicht nur für die Kommunikation mit den FreundInnen, sondern auch für die unendlich vielen Möglichkeiten zur politischen Partizipation und die politische Bildungsarbeit im Allgemeinen bietet das Internet eine multifunktionale Plattform.

Im November ging es um die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte, im Konkreten um die Artikel 2 (Freiheit der Person), 4 (Religionsfreiheit), 5 (Meinungsfreiheit), 8 (Versammlungsfreiheit), 11 (Freizügigkeit) und 12 (Berufsfreiheit). Es war der Bericht von einer Straßenausstellung, die die besagten Rechte auf bedruckten Stelen darstellte und »im Stillen« genutzt werden konnte. Mit den anwesenden TeamerInnen der Nemetschek-Stiftung und den beiden Freiwilligendienstleistenden der Landeszentrale für politische Bildung konnte dann über die Inhalte der Ausstellung gesprochen und diskutiert werden.

Im April 2014 berichtete das Blatt über den ersten CryptoSwap, das offene BürgerInnenforum für Netzpolitik und Datenschutz in Sachsen-Anhalt. Dieser Beitrag bewarb die Veranstaltung und lud BürgerInnen zur Teilnahme ein.

[Autor: Richard Schmid, Vorsitzender von Halle im Wandel eG]

Hallesche Störung – ein alternatives Medienprojekt

Die InitiatorInnen des Zeitungsprojektes »Hallesche Störung« – Magazin für andere Ideen stammen aus dem Umfeld verschiedener hallescher Vereine und Initiativen (u.a. NABU, BUND, Transition Town Halle (Saale), Greenpeace, attac, Friedenskreis e.V.). Der Titel »Hallesche Störung« wurde gewählt, weil die geologische Besonderheit sich über die Grenzen der Stadt erstreckt, die Gegend mit etwas Besonderem verknüpft und natürlich auch, um die herkömmliche Presselandschaft »aufzustören«.

#### infobox

#### BürgerInnenmedien

Meinungsäußerung, Medienkompetenz, Meinungsbildung – für all das stehen BürgerInnenmedien. Sie gehören zum nichtkommerziellen Lokalfunk und bieten die Möglichkeit zu lernen, eigene Beiträge für Fernsehen, Radio und Internet zu produzieren und zu veröffentlichen. In den Bundesländern Niedersachsen, Bremen sowie Nordrhein-Westfalen gibt es den sogenannten BürgerInnenrundfunk. In Sachsen-Anhalt wird das Konzept durch die sieben Offenen Kanäle verkörpert. Das Angebot richtet sich vor allem an SchülerInnen, Studierende sowie Auszubildende, steht aber grundsätzlich allen BürgerInnen offen. Das nötige Know-How wird durch qualifizierte MedientrainerInnen in Lehr- und Lernredaktionen vermittelt.

#### Bilder:



Abbildung 94: Cover: »Hallesche Störung« – Magazin für andere Ideen, Ausgabe März 2013.

#### 3.0.9 »UP! - Die Wahlparty« – Eine Kooperation des Referats »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« mit »DieWaehlerischen«

Am 22. September 2013 waren rund 62 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, den 18. Deutschen Bundestag zu wählen. Doch wählen macht mehr Spaß, wenn man nach dem Wahlakt selbst zu einer Wahlfete gehen kann.

Die Landeszentrale für politische Bildung und »DieWaehlerischen« veranstalteten deswegen in einer der schönsten Locations Magdeburgs, dem Moritzhof, Up! – Das Event zur Wahl. Das Team von »DieWaehlerischen« hatte VertreterInnen der Jugendorganisationen, der im Bundestag vertretenen Parteien, ExpertInnen zu verschiedenen Themen, Polit-Poetry-SlamerInnen, die Bands »Pangea Squad« und »Tim Gerrits« eingeladen. Und natürlich: Freund-Innen und Bekannte, Fans von DieWaehlerischen und solche, die es werden wollten.

Der MDR schickte den Übertragungswagen seiner Sendung »Sachsen-Anhalt Heute« vorbei und Moderatorin Susi Brandt schaltete mehrfach aus der Up!-Fete.

Maik Reichel, Chef der Landeszentrale für politische Bildung, war als Politikexperte dabei. Er half den Abend über, das Wahlergebnis einzuschätzen und erläuterte die Folgen des neuen Wahlgesetzes und des erstmaligen Ausscheidens der FDP aus dem deutschen Bundestag.

Prof. Thorsten Faas von der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz war per Skype zugeschaltet. Der Professor am Institut für Politikwissenschaft, Bereich »Empirische Politikforschung«, konnte erklären, wie Hochrechnungen entstehen und warum es immer schwieriger wird, verlässliche Vorhersagen zu erstellen.

Unter den weiteren ExpertInnen des Abends war Cornelia Habisch, die bei der Landeszentrale für politische Bildung das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« verantwortet. Ihr Thema waren rechtsradikale Parteien und warum sie in Sachsen-Anhalt immer wieder AnhängerInnen gefunden hatten – auch wenn sie bei dieser Bundestagwahl zum Glück nahezu keine Rolle spielten. Das Konzept der Mischung aus Information und Gespräch, Polit-Slams, Live-Musik und Wahlwatching

ging auf. Für das leibliche Wohl wurde mit Snacks vom Grill und Getränken zu studierendenfreundlichen Preisen gesorgt. Von 16 Uhr an füllten sich die Räume im Moritzhof. Die zwischen 17 und 19 Uhr produzierte TV-Sendung (ausgestrahlt über den Offenen Kanal in Magdeburg) hatte ein interessiertes und mitdiskutierendes Publikum.

[Autorin: Ilona Wuschig, Hochschule Magdeburg-Stendal, Professur für Medien/TV an der Hochschule Magdeburg-Stendal]

#### infobox

Internetplattform »DieWaehlerischen«:

Hier bist du richtig, wenn es dir um die »großen« Fragen zu Gesellschaft, Kultur und Politik geht oder aber um ganz Naheliegendes – wie zum Beispiel: Warum wird meine Schule von einem großen Caterer beliefert? Wer muss nach einer zu groß geratenen Facebook-Party zahlen? Wieso gibt es in meiner Stadt keinen Jugendclub? Was bringen Studiengebühren und Masterstudium? Relevant ist alles, was dir auffällt und für mehr Menschen als deinen eigenen Freundeskreis interessant ist.

#### Leg los!

<u>DieWaehlerischen.de</u> bietet dir Einstieg und Überblick in laufende Debatten und fördert den Dialog bis zur möglichen Aktion. Dabei entscheidet jede/r über ihr/sein eigenes Tempo. Informiere dich über aktuelle Themen und Akteurlnnen, lerne sie kritisch zu hinterfragen, bilde dir deine Meinung im Austausch mit anderen und werde Teil einer neuen Streitkultur, die mitbestimmt. Das Projekt wird unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

#### Bilder:



Abbildung 95: Flyer zu UP! Das Event zur Wahl.

# 3.0.10Walk of Liberty – Eine gemeinsame Straßenaktion der Landeszentrale für politische Bildung und der Nemetschek Stiftung zu den Freiheitsrechten

»Walk of Liberty« nannte sich die Premierenkooperation zwischen der »Nemetschek-Stiftung« aus München und der »Landeszentrale für politische Bildung« am 13. und 14. September 2013.

Zentrales Thema dieses Projekts waren die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte, genauer die Artikel 2 (Freiheit der Person), 4 (Religionsfreiheit), 5 (Meinungsfreiheit), 8 (Versammlungsfreiheit), 11 (Freizügigkeit) und 12 (Berufsfreiheit). Die in einer Straßenausstellung präsentierten Rechte wurden auf beidseitig bedruckten Stelen dargestellt. Die Vorderseite zierte das Thema Recht in Zusammenhang mit einem Auszug aus dem Gesetzestext. Auf der Rückseite wurde die jeweilige Kehrseite dargestellt und beschrieben, wie die Ausübung dieses persönlichen Rechts durch andere eingeschränkt wird. Des Weiteren gab es Fühlboxen, in denen die Freiheitsrechte »erfühlt« wer-den konnten sowie einen Literaturstand der Landeszentrale für politische Bildung.

Begleitet wurde die Ausstellung von TeamerInnen der »Nemetschek-Stiftung« sowie den beiden Freiwilligendienstleistenden der Landeszentrale für politische Bildung. Aufgabe war es, die InteressentInnen durch die Ausstellung zu begleiten und mit diesen Gespräche zum Freiheitsrecht zu führen. Die Freiheitsrechte waren dabei meist nur ein Einstieg und es entwickelten sich oft tiefgründige Diskussionen, welche für alle Beteiligten sehr informativ waren und neue Einblicke boten. Ein beliebtes Thema war die damals anstehende Bundestagswahl.

Die Veranstaltung wurde von den HallenserInnen gut angenommen. Dies geschah trotz Einkaufsstress und einer Vielzahl anderer Angebote, welche in der halleschen Innenstadt an diesen Tagen platziert waren. Zu kuriosen Situationen kam es immer wieder. Beispielsweise wurde die Ausstellung aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl einer Partei zugeordnet, da sich auch die Parteien am Samstag rund um den Marktplatz präsentierten. Solche Missverständnisse konnten jedoch immer schnell aufgeklärt werden.

Im Gespräch mit den Menschen verfestigte sich immer mehr der Eindruck, dass diese zwar die Freiheitsrechte kennen, aber leider auch durch persönliche Erfahrungen feststellen mussten, dass sich nicht alle Freiheitsrechte vollständig in ihren Alltag integrieren lassen. Das trifft vor allem auf die Artikel 11 (Freizügigkeit) und 12 (Berufsfreiheit) zu. Es lag nach Meinung vieler am Anstieg der Mietpreise, was es für viele Menschen unmöglich macht, ihren Wohnraum frei zu wählen und sie somit in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt seien. Ein weiterer Grund sind die unterschiedlichen Studiengebühren, so dass sich nicht jede/r die Ausbildung leisten könne, die sie/er gern hätte. Persönlich erschreckend fanden die TeamerInnen auch, dass viele Menschen der Meinung waren, sie hätten nur eine bedingte Meinungsfreiheit und könnten ihre Meinung nicht immer so äußern, wie sie es gern würden, da mit Konsequenzen im Beruf oder Ähnlichem gerechnet werden müsse.

Die Botschaft dieser Ausstellung war es, den Menschen zu vermitteln, dass die Rechte zwar im Grundgesetz niedergeschrieben sind, die Bürger-Innen aber erkennen müssen, dass es sich lohnt, für diese auch einzutreten und sie bewusst zu leben. Es geht schließlich darum, dass solche negativen Erfahrungen die Ausnahme bleiben.

[Autor: Erik Niemitz, Freiwilligendienstleistender der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt]

#### infobox

#### Nemetschek Stiftung

Die Nemetschek Stiftung ist eine unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Stiftung. Sie ist sowohl operativ als auch fördernd tätig. In drei Formaten werden gesellschaftliche Herausforderungen aufgegriffen, Handlungsoptionen entwickelt und diskutiert sowie Demokratie erlebbar gemacht.

#### Formate

In der »Werkstatt« werden Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeitet und in Pilotprojekten umgesetzt. Im »Dialog« initiiert die Stiftung Wortformate (z.B. Vorträge, Podiumsdiskussionen und Lesungen), die sich in unterschiedlichen Kontexten mit wechselnden gesellschaftspolitischen Themen beschäftigen. Eine »Aktion« bringt politische Bildung in den öffentlichen Raum und hat immer auch einen künstlerischen Anspruch.

#### Bilder:



Abbildung 96: Eine Stele zur Religionsfreiheit vor dem »Roten Turm« in Halle (Saale).



Abbildung 97: PassantInnen und die Freiheitsrechte auf Stelen.



Abbildung 98: FSJlerin Katrin Pham mit Freiheitsrechte-Fühlbox.



Abbildung 99: Die TeamerInnen der Nemetschek Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung im Gespräch.



Abbildung 100: Der »Walk of Liberty«.



Abbildung 102: Teamerin der Nemetschek Stiftung im Gespräch mit Passantin.



Abbildung 101: FSJlerin Katrin Pham mit Freiheitsrechte-Fühlbox.

## 3.0.11»Politische Bildung 2.0« – Landeszentrale startet mit Neuem Bildungsangebot

Wie die Landeszentrale für politische Bildung bereits im Mai 2013 ankündigte, gibt es seit September 2013 ein spezielles buchbares Bildungsangebot für Schulen und freie Träger, das sich mit unterschiedlichen Themen rund um Politik in Zeiten von Web 2.0 und SocialMedia beschäftigt.

Noch im Mai 2013 suchte die Landeszentrale für politische Bildung per Pressemitteilung ExpertInnen, die sich als freie ReferentInnen an einem neuen Bildungsangebot rund um die Möglichkeiten des Web 2.0 in der politischen Bildungsarbeit beteiligen sollten. Nach diesem Vorstoß ließ sich bereits im September 2013 von einem ersten Teilerfolg sprechen, denn vielerlei Konzeptideen junger MedienpädagogInnen gingen bei der Landeszentrale ein und füllen nun einen Katalog mit vielen interessanten und vor allem innovativen Angeboten im Bereich der »Politischen Bildung 2.0«. So lautet dann auch der Titel des neuen Bildungsprogramms, das jetzt freien Trägern und Schulen in Sachsen-Anhalt als buchbares Angebot in Form von insgesamt 17 Workshops, Projekt-Tagen bzw. -Wochen und MultiplikatorInnen- und LehrerInnenfortbildungen zur Verfügung steht. »Heute machen Web 2.0 und SocialMedia-Aktivitäten einen Großteil der Freizeitgestaltung junger Menschen aus. Doch nicht nur zur Kommunikation mit Freundlinnen oder zum Ausspähen der neuesten Trends taugen diese Medien. Vielmehr bieten sie unendlich viele Möglichkeiten für politische Partizipation im Allgemeinen und für die politische Bildungsarbeit im Speziellen, die von allen Akteurlnnen erkannt, gefördert und vermittelt werden sollten. Das Programm Politische Bildung 2.0 ist unser Beitrag.«, sagt Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. Es stelle zudem eine Möglichkeit dar, das große medienpädagogische Potential im Land Sachsen-Anhalt nutzbar zu machen und jungen MedienpädagogInnen eine Möglichkeit zur Weitergabe ihres Know-hows zu vermitteln

Die Kataloge mit den unterschiedlichen Angebotstiteln wie beispielsweise »Mitreden in einer digitalen Gesellschaft« oder »Online-Communities und politische

Partizipation im Internet« wurden zunächst nur über das Internet publiziert, zu finden u.a. auf der Webseite der Landeszentrale für politische Bildung: <a href="www.lpb.sachsen-anhalt.de">www.lpb.sachsen-anhalt.de</a> unter dem Punkt Politische Bildung 2.0.

Gebucht werden kann formlos per E-Mail – die Landeszentrale übernimmt dann die Vermittlung der jeweiligen ReferentInnen zu den gewünschten Terminen. Grundsätzlich werden alle Leistungen des Programms vorerst kostenlos zur Verfügung gestellt, jedoch wird von der Landeszentrale darauf hingewiesen, dass das Angebot auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel begrenzt ist. Konzeptideen für das Bildungsangebot können weiterhin bei der Landeszentrale für politische Bildung eingereicht werden, um das Programm kontinuierlich zu erweitern.

#### infobox

Web 2.0 und politische Bildung

Web 2.0 und politische Bildung haben etwas gemeinsam: So wie die UserInnen sich zunehmend vernetzen und das »Social Web« selbst gestalten, sieht die politische Bildung die Menschen als aktive BürgerInnen, die sich austauschen und engagieren – kurz: die partizipieren. Die besten Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung leben davon, dass sich die TeilnehmerInnen aktiv einbringen. Web 2.0-Werkzeuge bieten viele Ansätze, um Veranstaltungsformate um neue Möglichkeiten der Beteiligung zu bereichern. Die Expertise ist als PDF-Datei verfügbar.

#### Bilder:



Abbildung 103: Kinder lernen mit Tablet-PC.



Abbildung 104: Cover eines PB 2.0 Katalogs – Mobiles Lernen und BarCamps.



Abbildung 105: Cover eines PB 2.0 Katalogs – DieWaehlerischen.

## 3.0.12Pressemitteilung: »DieWaehlerischen« vom 02. Juli 2013 – Landeszentrale für politische Bildung beteiligt sich an neuer Plattform »DieWaehlerischen«

Die neue partizipative Internetplattform »Die-Waehlerischen« ist nun auch offiziell eröffnet und die Landeszentrale für politische Bildung beteiligt sich aktiv. Als am 01. Juli 2013 alle Kooperationspartner des politischen SocialMedia-Angebots bei der Pressekonferenz zur offiziellen Eröffnung zu Wort kamen, war schnell klar, dass das Projekt über eine breite und starke Basis in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verfügt. Die VertreterInnen aller anwesenden Gruppen sprachen sich ausnahmslos für eine Beteiligung aus und sicherten ihre praktische Unterstützung bei der Weiterentwicklung und Pflege des webbasierten politischen Beteiligungsformates zu, so auch die Landeszentrale für politische Bildung. Maik Reichel, der Direktor der Landeszentrale lobte vor allem die Intention der das Projekt tragenden Personen, namentlich Ilona Wuschig, Axel Schneider und Hendrik Pistor: »Hier kommt jede/r zu Wort – auch ohne politisches Kalkül. So wird bei den Wählerischen nicht Wahlkampf betrieben, sondern Politik von unten gemacht. Und das ist gerade heute – in Zeiten von Liquid Feedback und E-Democracy – einfach zeitgemäß und bietet die Chance auf eine tatsächliche Beteiligung der BürgerInnen.« So soll die Plattform, die unter der Internetadresse www. diewaehlerischen.de zu erreichen ist, zu einem intensiven Austausch über aktuelle Themen in Politik und Gesellschaft anregen. Von jeder/jedem können Fragen aufgeworfen, Themen gesetzt und Forderungen gestellt werden – eine exzellente Möglichkeit, alle gesellschaftlichen AkteurInnen unabhängig von Alter, Herkunft und politischer Couleur an gesellschaftspolitischen Vorgängen teilhaben zu lassen. Thomas Erling, Leiter des Referats »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«, stellte den Bezug zu Kernaufgaben der Landeszentrale heraus: »Eines der Kerngeschäfte der Landeszentrale für politische Bildung ist die Befähigung aller BürgerInnen zu politischem Engagement und eben auch die Unterstützung von Projekten, die solch ein Engagement fördern und in politische Praxis transformieren. Demokratie funktioniert dann, wenn jede/r die Möglichkeit hat, sich zu beteiligen – und das schafft die neue Plattform.«

Die Landeszentrale für politische Bildung will sich vor allem fachlich in Bezug auf die Beantwortung von Fragen zu politischen Systemen und zur politischen Praxis einbringen. Zudem will sie die Plattform nutzen, um Fragen zu Politik und Gesellschaft aufzuwerfen und Menschen zum Diskurs zu animieren.

# 3.0.13Bildungsangebot »DieWaehlerischen« im Rahmen des Programms »Politische Bildung 2.0« – Die partizipative Webseite »DieWaehlerischen«und die Landeszentrale für politische Bildung gehen gemeinsam neue »digitale Wege«– auch und besonders in der politischen Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt und »DieWaehlerischen« sehen das Problem, dass besonders die jüngeren Kohorten nicht genügend gesellschaftlich-politische Informationen erhalten, denn die Mediennutzung der Altersgruppen driftet zunehmend auseinander: Während ältere Zielgruppen von den klassischen Medien gut erreicht und informiert werden, versagen sich jüngere Alterskohorten diesem traditionellen Mediensegment weitgehend. Dies hat zur Folge, dass Informationen, die für das Verstehen, das Sich-Zugehörig-Fühlen und das Mitwirken nötig sind, Jugendliche oft nicht erreichen. Dies hat weiter zur Folge, dass wenig Kommunikation zu relevanten Themen stattfindet, keine eigenen Sichtweisen entwickelt werden und letztlich kein Gefühl dafür entsteht, dass man selbst ein mitwirkender Teil der Gesellschaft ist bzw. sein kann.

Das Angebot von »DieWaehlerischen« und der Landeszentrale für politische Bildung setzt hier an: Der Workshop »DIE WÄHLERISCHEN – politische Bildung 2.0 praktisch« besteht aus einem Mix aus gesellschaftlich-politischer Grundbildung, der Einübung diskursiver Diskussions- und Aushandlungsformen und einer Grundlagenschulung in ausgesuchten Medien. Doch keiner dieser Begriffe wird benutzt, denn sie schrecken jüngere SchülerInnen und Menschen aus bildungsfernen Milieus eher ab – sie fühlen sich nicht gemeint.

Der Workshop »DIE WÄHLERISCHEN – politische Bildung 2.0 praktisch« nutzt den Ansatz des lernerzentrierten Lernens(die lernende Person steht im Mittelpunkt des Lernprozesses):

Im ersten Teil des Workshops wird geklärt, welche verhandelbaren Themen die Gruppe interessieren. Im zweiten Teil wird erläutert, was man zu diesem Thema wissen muss, wer ein/e geeignete/r AnsprechpartnerIn wäre, um evtl. wirklich »etwas bewirken zu können und nicht nur darüber zu reden«. Im dritten und längsten Teil des Workshops werden Medienprodukte produziert, die das Thema und die Diskussion dazu in Bild, Wort, Clip und Infografik festhalten.

Im letzten Schritt wird eine Kachel (Linkbild zur Diskussion) auf der Startseite der Internetplattform <a href="www.DieWaehlerischen.de">www.DieWaehlerischen.de</a> angelegt. Die Kachel wiederum wird auch über den Facebook-Account von »DieWaehlerischen« verlinkt und beworben. Im günstigsten Fall entsteht eine dauerhafte Debatte bzw. Anschlusskommunikation zum Thema. EntscheiderInnen, gesellschaftliche und politische AkteurInnen werden von den MacherInnen der Plattform hinzu gebeten. [Ilona Wuschig, Hochschule Magdeburg-Stendal, Professur für Medien/TV an der Hochschule Magdeburg-Stendal]

#### infobox

Netzbasierte Partizipation

#### **Netzbasierte Partizipation 1.0**

»E-Government« oder »E-Democracy« – diese Begriffe kursieren schon seit einiger Zeit. Was die öffentliche Verwaltung darunter versteht, hat sich seit Beginn der Debatte kaum geändert. Zugespitzt formuliert: BürgerInnen dürfen und sollen sich beteiligen, wenn sie zur Beteiligung gerufen werden. Bei dieser »Partizipation 1.0« wird die Beteiligung von staatlichen Institutionen initiiert und die BürgerInnen dazu gebeten.

#### **Netzbasierte Partizipation 2.0**

Partizipation 2.0 meint Beteiligung, die nicht von oben initiiert wird, sondern von BürgerInnen ausgeht. Die Parallelen zum Web 2.0 bedeuten: Jede/r ist gleichzeitig KonsumentIn und ProduzentIn, jede/r kann auch senden, initiieren, sich engagieren, einmischen und Gehör verschaffen, ohne dass sie oder er darauf wartet, gefragt zu werden. Das kann ganz unterschiedliche Formen und Größenordnungen annehmen.

#### **Ein-Klick-Partizipation**

Mit Twitter und Facebook verändern sich die kleinsten Bausteine der gesellschaftlichen Partizipation: die öffentliche oder halb-öffentliche Meinungsäußerung. Wenn ich heute auch nur 140 Zeichen twittere, so erreicht dies potentiell die ganze Welt, und es bleibt in der Regel im Internet auf Dauer dokumentiert. Mit wenig Aufwand – oft mit einem Klick – kann ich mich auch formell einer politischen Forderung anschließen.

#### Bilder:



Abbildung 106: Screenshot der Startseite von »DieWaehlerischen«.



Abbildung 107: Interview mit dem Referatsleiter »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien« Thomas Erling zum Projekt »DieWaehlerischen«.

#### 3.0.14Linkliste

http://www.ccc-mannheim.dey/

http://www.issuu.com/mosaar/docs

www.pb21.de/2010/11/politische-bildung-auf-facebook/

http://www.crossmedia-konferenz.de/

www.fjp-media.de/

http://www.jugendmedientreffen.wordpress.com/

http://de.wikipedia.org/wiki/Buen\_vivir

http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttonational gl%C3%BCck

www.hallesche-stoerung.de

www.die-waehlerischen.de

www.nemetschek-stiftung.de/stiftung\_/

www.nemetschek-stiftung.de/projekte/walk-of-liberty

http://www.bpb.de/system/files/dokument\_pdf/Partizipationim Social Web.pdf

http://pb21.de/

http://www.politische-bildung.de/

http://www.bpb.de/presse/51099/politische-bildung-2-0-neue-gesellschaftlichebeteiligungsformen-durch-neue-medien-herausforderungen-fuer-die-institutionen

#### 4 Publikationsservice

Ob aktuelle Themen wie die Finanzkrise, historisch-politische Ereignisse wie der 1. Weltkrieg oder Literaturangebote für Kinder und Jugendliche – das Themenspektrum des Literatur- und Medienangebotes der Landeszentrale für politische Bildung ist groß. Der Referatsleiter Wilfried Welz stellt den Publikationsservice vor und gibt wichtige Hinweise zur Nutzung des umfassenden Literatur- und Medienangebotes.

## Herr Welz, wofür sind Sie als Referatsleiter des Publikationsservice der Landeszentrale für politische Bildung zuständig?

Zum Bildungsangebot der Landeszentrale gehört neben den vielfältigen Veranstaltungen unterschiedlichster Art auch eine breite Auswahl an Publikationen und multimedialen Titeln. Aus dem riesigen Angebot allein im Bereich der politischen und historischen Bildung – wer jemals eine Buchmesse in Leipzig oder in Frankfurt am Main besucht hat, kann nachempfinden, wovon ich spreche – die Titel »herauszufischen«, die in das Angebotsprofil der Landeszentrale passen, gehört zu meinen Aufgaben. Um nur ein Beispiel zu geben: 2014 wird neben dem 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR auch an den 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkriegs auf umfangreiche Weise erinnert und natürlich erscheint zu diesem Thema eine Vielzahl von Büchern ganz unterschiedlicher Art. Bei den begrenzten finanziellen Mitteln für den Buchankauf müssen die verschiedenen Titel geprüft und Preisangebote verglichen werden. Dann stimmen sich die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung auch ab, welchen Titel, es können auch mehrere sein, sie für den Einsatz in ihrer jeweiligen Bildungsarbeit am geeignetsten halten. Am Ende dieses Auswahlprozesses steht die Entscheidung für einen oder auch mehrere Titel. So wird die Landeszentrale für politische Bildung in den kommenden Monaten verschiedene Bücher im Angebot haben, die sich an unterschiedliche Altersgruppen richten. Lehrkräfte benötigen zur Unterrichtsvorbereitung zum Thema »Erster Weltkrieg« andere Publikationen als SchülerInnen. Auch das immer umfangreicher werdende Angebot von »Graphic Novels« muss geprüft werden, weil gerade damit Jugendliche für so ein weit zurückliegendes Ereignis interessiert werden können.

### Wie viele Titel und welche Themen umfasst das Literatur- und Medienangebot der Landeszentrale?

Das Angebot umfasst ca. 100 Buchtitel sowie rund 60 Ausgaben aus der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Reihe der »Informationen zur politischen Bildung«. Hinzukommen diverse CD-, CD-ROM- und DVD-Titel. Dabei ist das Angebotsspektrum weit gefächert. Es reicht von aktuellen Themen wie der Finanzkrise (»Der profitable Irrsinn«) über Standardtitel (»Das politische System der Bundesrepublik Deutschland«) bis hin zu speziellen Angeboten für Jugendliche (»Weltreise einer Fleeceweste oder Jura für Kids«). Dabei lässt sich das Literaturangebot unterscheiden nach Ankäufen bei Verlagen, Mitdrucken von Publikationen anderer Landeszentralen bzw. der Bundeszentrale, aber auch Eigenpublikationen der Landeszentrale wie z.B. der »Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt«. Aber auch bei den Eigenpublikationen erfolgt oftmals eine Kooperation mit einem Verlag und/oder einer anderen Institution. So hat die Landeszentrale mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und dem Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V. einen Band im Mitteldeutschen Verlag veröffentlicht, der sich unter dem Titel »Schwierige Orte« mit der oftmals problematischen Gedenkstätten- und Museumsarbeit befasst, die sich aus der Geschichte dieser Orte ergibt.

#### Wer kann das Angebot nutzen und wo erfahre ich mehr darüber?

Das Literatur- und Medienangebot kann von allen BürgerInnen des Landes Sachsen-Anhalt sowie von allen Personen, die in unserem Bundesland arbeiten oder studieren, genutzt werden. Publikationen über das Bundesland Sachsen-Anhalt werden auf Nachfrage auch an EinwohnerInnen anderer Bundesländer abgegeben. Über das Angebot kann man sich auf der Webseite <a href="www.lpb.sachsen-anhalt.de">www.lpb.sachsen-anhalt.de</a> informieren und auch online bestellen. Hier finden sich auch die Abgaberegelungen, die zu beachten sind. Und natürlich kann man in die Literaturausgabe am Schleinufer 13 in Magdeburg kommen, wo man auch beraten wird, wenn man Literatur zu einem bestimmten Thema sucht. Auf reges Interesse stoßen natürlich auch die Informationsstände der Landeszentrale auf dem Sachsen-Anhalt-Tag, auf der Buchmesse in Leipzig, der Meile der Demokratie in Magdeburg oder bei vielen anderen Veranstaltungen.

#### Kostet es auch etwas?

Auf diese Frage antworte ich zunächst immer scherzhaft damit, dass die Nutzung Platz und Zeit kostet! Platz im Bücherregal und natürlich die Zeit zur Lektüre. Darüber hinaus ist aber auch ein kleiner Obolus in Höhe von 10 € zu entrichten. Für diese halbjährliche Bereitstellungspauschale, die der Aufrechterhaltung des weit gefächerten Angebots dient, können mehrere Buchtitel sowie bis zu zehn Kleinpublikationen ausgewählt werden. Die Versandkosten sind in dieser Pauschale übrigens enthalten. In der Literaturausgabe sind aber auch zahlreiche kostenfreie Publikationen erhältlich. Schauen Sie einfach mal herein. Wir öffnen auch außerhalb der Öffnungszeiten!

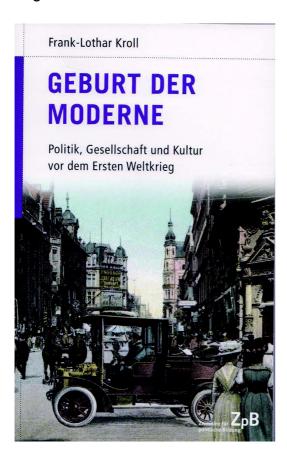
#### 4.0.1 Literatur

#### 1. Weltkrieg

Frank-Lothar Kroll;

»Geburt der Moderne – Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg«

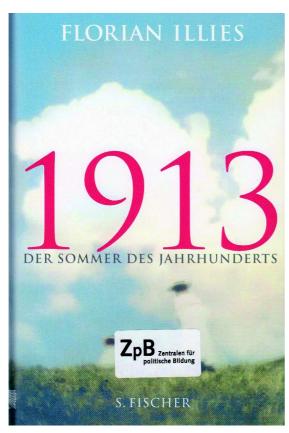
Der Autor beschreibt die umfassenden Veränderungen, die das späte Kaiserreich als einen der fortschrittlichsten Nationalstaaten in Europa auszeichneten. Erst durch den Kriegsausbruch von 1914 wurde der damals vorgegebene Weg in die Moderne abgebrochen.



#### Florian Illies;

»1913 - Der Sommer eines Jahrhunderts«

Dem Autor ist in seinem Buch das atemberaubende Porträt eines einzigartigen Jahres gelungen, in dem das lange 19. Jahrhundert auf das kurze 20. Jahrhundert der Kriege und Extreme stößt. Er lässt das bedeutende Jahr 1913, einen Moment höchster Blüte und zugleich Hochamt des Untergangs, in einem grandiosen Panorama zur lebendigen Gegenwart werden. Das gelingt ihm mit einer geschickten Mischung aus Nachzeichnungen und Originalzitaten.



#### Titel, die besonders Jugendlichen zu empfehlen sind

Ulrich Chaussy / Gerd R. Überschär;

»Es lebe die Freiheit! – Die Geschichte der Weißen Rose und ihrer Mitglieder in Dokumenten und Berichten«

Obwohl es mit über 500 Seiten ein sehr »dickes« Buch ist, ist es dennoch gerade auch für jüngere LeserInnen sehr lesenswert. Sehr anschaulich erzählen die beiden Autoren vom Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit der Widerstandsgruppe um Sophie und Hans Scholl im III. Reich in München, den die engsten Mitglieder der Weißen Rose mit dem Leben bezahlen mussten.



#### Christopf Gann;

»12 Jahre, Jude, 10.5.39 abgemeldet nach England – Das Schicksal Eva Mosbachers und ihrer Eltern«

Das Buch schildert das Leben einer thüringisch-fränkischen jüdischen Familie. Die Pogrome im November 1938 führen zu deren Trennung. Die zwölfjährige Eva gelangt mit einem Kindertransport nach England, die Eltern bemühen sich um eine Auswanderung in die USA. Im Mai 1942 werden sie im Ghetto Belzyce ermordet. Das reich bebilderte Buch gibt anhand des Briefwechsels der Eltern mit ihrer Tochter Einblick in die vergebliche Hoffnung auf ein Wiederzusammenkommen der Familie.



#### Nicola Lindner;

»Jura für Kids – Eine etwas andere Einführung in das Recht«

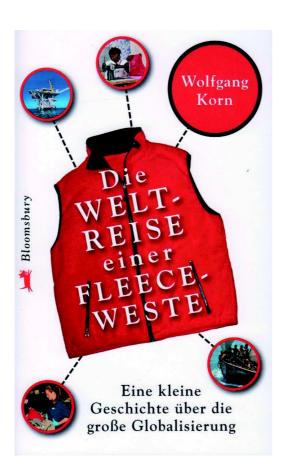
Warum muss man zur Schule gehen? Kann ich nicht selbst entscheiden, ob ich etwas lernen will? Warum darf ich bei Rot nicht über die Ampel gehen? Die Straße ist doch frei. Viele dieser Fragen werden damit beantwortet, dass es dafür ein Gesetz gibt, woran man sich halten muss. Doch der Paragraphendschungel ist oft unverständlich. Nicola Lindner macht in Ihrem Buch auf sehr anschauliche Weise die Welt der Paragraphen verständlich.



#### Wolfgang Korn;

»Die Weltreise einer Fleeceweste – Eine kleine Geschichte über die große Globalisierung«

Von den Erdölfeldern am Persischen Golf über die Textilfabriken in Bangladesch und ein Warenhaus in Deutschland bis zu einem Flüchtlingsschiff vor den Kanarischen Inseln. Wie lässt sich Globalisierung erklären? Zum Beispiel mit einer Fleeceweste. In diesem Buch werden anhand einer Fleeceweste die Hintergründe und Zusammenhänge der Globalisierung auf sehr anschauliche Weise dargestellt.



#### **Extremismus**

Andrea Röpke / Andreas Speit (Hg.);

»Blut und Ehre? - Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland«

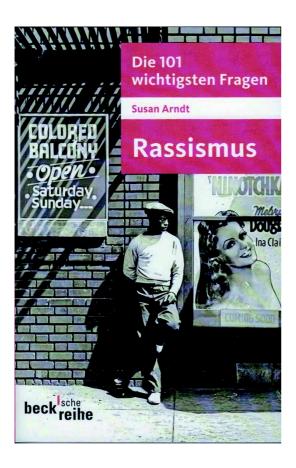
Die rassistisch motivierten Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit vermutlich zehn Morden und mehreren Bombenanschlägen offenbaren eine neue Dimension rechtsextremer Gewalt. Doch dies ist kein Einzelfall. Seit 1949 haben Mitglieder der rechtsextremen Szene immer wieder Terrorgruppen gebildet, die nach ähnlichem Muster agierten. Andrea Röpke und Andreas Speit offenbaren mit ihrem Blick hinter die Kulissen, dass die Gewalttäter von gestern und heute keineswegs isoliert tätig sind und dass die von ihnen ausgehende Gefahr von den Behörden jahrzehntelang unterschätzt wurde.



#### Susan Arndt;

»Die 101 wichtigsten Fragen: Rassismus«

Was lieben wir an Winnetou? Was ist mit der »Bürde des weißen Mannes« gemeint? Wessen Haut ist eigentlich »hautfarben«? Wie spreche ich über Rassismus, ohne ihn sprachlich zu reproduzieren? Woran erkenne ich rassistische Wörter? Das Buch bietet Einblicke in die Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Rassismus, in das Wissen, das ihn trägt, und jenes, das ihn hinterfragt.

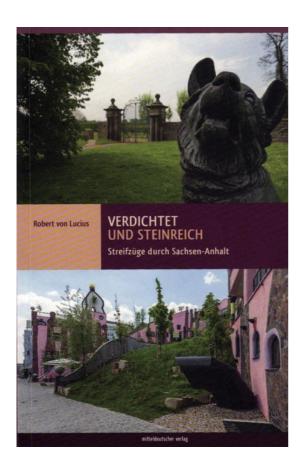


#### Sachsen-Anhalt

Robert von Lucius;

»Verdichtet und steinreich – Streifzüge durch Sachsen-Anhalt«

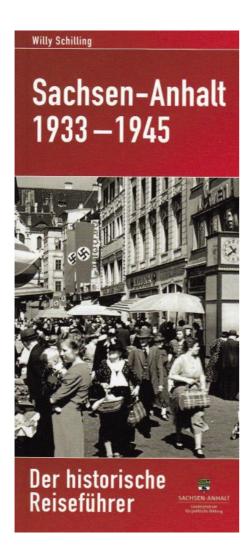
Kaum eine andere Region Deutschlands bietet auf engem Raum so viel Geschichte, Kultur und Bauten von nationaler Bedeutung wie Sachsen-Anhalt. Doch das traditionsreiche »Bindestrichland« kämpft mit Bevölkerungsschwund, Umweltproblemen und einem schwierigen Umgang mit der jüngeren Vergangenheit. Der FAZ-Korrespondent Robert von Lucius porträtiert dieses Bundesland in mosaiksteinartigen Beiträgen und versucht so Sympathie und Interesse für diese einzigartige Kulturlandschaft zu wecken.



#### Willy Schilling;

»Sachsen-Anhalt 1933-1945 – Der historische Reiseführer«

Das heutige Land Sachsen-Anhalt umfasste während des III. Reiches die preußischen Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg sowie das Land Anhalt. Hier befand sich das hochentwickelte mitteldeutsche Industriegebiet mit Großunternehmen des Fahrzeugs- und Flugzeugsbaus, der chemischen Industrie und der Rüstungsproduktion. Der Autor behandelt neben den markanten Orten der NS-Herrschaft und der Kriegswirtschaft die Zentren des Widerstandes sowie die Stätten der grausamen Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. In Text und Bild werden die noch heute sichtbaren Relikte jener Zeit dokumentiert sowie auf die Orte der Erinnerung hingewiesen.



# 4.0.2 Multimediale Angebote

Neben dem umfangreichen Literaturangebot zur politischen Bildung bietet die Landeszentrale für politische Bildung auch immer wieder einige DVDs und CDs zu ganz unterschiedlichen Themen an. Auf drei aktuelle Angebote wollen wir hier besonders hinweisen.

Die DVD »Das Magdeburger Stadtrecht und seine Ausbreitung in Osteuropa«. Sie ist Begleitmaterial zur Ausstellung »Sachsenspiegel und Magdeburger Recht – Grundlagen für Europa«. In knapp 40 Minuten wird die Verbreitung des Magdeburger Stadtrechtes, das 1188 vom Bischof Wichmann der Stadt verliehen wurde, dargestellt. Es verband mehrere tausend Städte zwischen dem mitteldeutschen Raum bis hin zu den Grenzen Russlands. Ob in den heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Litauen, Estland, Lettland, Weißrussland, Rumänien, Ungarn oder in der Ukraine, wer immer sich in einer Stadt mit Magdeburger Recht aufhielt, besaß Rechtssicherheit – egal ob es um Handel und Wandel, um Erbrecht, um Maße und Gewichte oder um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ging. Das Magdeburger Stadtrecht war dabei flexibel und wurde den örtlichen Traditionen und Gegebenheiten angepasst und mit den vorhandenen regionalen oder nationalen Gesetzen sinnvoll verzahnt. Daher rührt auch seine lang andauernde Erfolgsgeschichte.

Eine ganz andere Geschichte, nämlich der von Rechtlosigkeit, Verfolgung und Ermordung erzählt die Publikation mit beigefügter DVD »Hauptsache, wir bleiben gesund...« – Lillyan Rosenberg, geborene Cohn aus Halberstadt, kam 2003, 64 Jahre nachdem sie Halberstadt im Rahmen eines »Kindertransports« nach England verlassen musste, zum ersten Mal wieder in ihre Geburtsstadt zurück. Ihre Eltern, Ernst und Margarete Cohn, wurden am 12. April 1942 deportiert und in einem Vernichtungslager ermordet. Bei ihrem Besuch übergab sie der Moses Mendelssohn Akademie Kopien ihres Tagebuchs sowie zahlreicher Briefe, die sie von ihren Eltern zwischen 1939 und 1942 erhalten hatte. Die bewegenden Dokumente sind in dieser Veröffentlichung zu einem biografischen Porträt zusammengefügt, das durch ein

lebensgeschichtliches Interview, das Jutta Dick (Direktorin der Akademie) mit Lillyan Rosenberg während ihres Besuchs führte, ergänzt wird.

Zu den Folgen der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft zwischen 1933 und 1945 gehörte auch die millionenhafte Flucht und Vertreibung von Pommern, Schlesiern, Ostpreußen und Sudetendeutschen bei Kriegsende 1945. Mehr als eine Million von ihnen fand eine, bisweilen auch nur vorübergehende, neue Heimat in Sachsen-Anhalt. Kein anderes Land in der sowjetischen Besatzungszone nahm so viele Flüchtlinge auf. Die CD/CD-Rom »Neue Heimat Sachsen-Anhalt Lebenswege von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen« erzählt beispielhaft in zwölf Porträts Geschichten von Ankunft und Integration in Sachsen-Anhalt. Viele der Flüchtlinge kämpften ein Leben lang mit dem Verlust der alten Heimat, zumal dieses Thema in der DDR totgeschwiegen wurde. Die gemeinsame Produktion von MDR Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung ist daher gerade bei diesem Personenkreis auf großes Interesse gestoßen.

# 4.0.3 Lesungen

Seit 2011 finden in Kooperation mit der Stadtbibliothek Magdeburg in unregelmäßigen Abständen Buchvorstellungen statt, die immer wieder auf großes Interesse beim Publikum stoßen. Besonders großen Anklang fand die Vorstellung des Buches von Dirk van Nayhauß und Maggie Riepl, »Der dunkle Ort – 25 Schicksale aus dem DDR-Frauengefängnis Hoheneck«, zu der auch zwei Zeitzeuginnen nach Magdeburg gekommen waren. 40 Jahre lang war die Burg Hoheneck in Sachsen das zentrale und größte Frauengefängnis der DDR. Hier wurden Republikflüchtlinge und Regimekritikerinnen unter unwürdigen Haftbedingungen eingesperrt. Tausende der ehemaligen Hoheneck-Frauen leiden noch heute, Jahrzehnte nach ihrer Inhaftierung, an den Spätfolgen wie Angstzuständen oder Schlaflosigkeit.

Im Buch, das auch durch seine zahlreichen Abbildungen von Dokumenten und den großformatigen Fotos der Zeitzeuginnen beeindruckt, schildern 25 Frauen ihre Erlebnisse in Hoheneck.



Ein überwiegend junges Publikum zog die Vorstellung des Buches von Laurie Penny, »Fleischmarkt – Weibliche Körper im Kapitalismus« an.

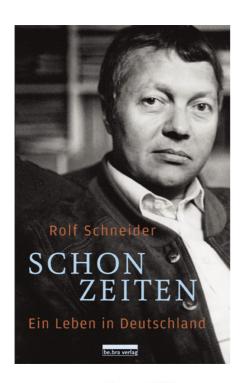


Ebenfalls viele BesucherInnen fand der Vortrag von David Ranan zum Thema »Ist Kritik erlaubt? Das besondere Verhältnis zwischen Israel und Deutschland.« An dieser Veranstaltung war als Kooperationspartner auch die »Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. – Arbeitsgemeinschaft Magdeburg« beteiligt.

Rolf Schneider, der auf ein wechselvolles Leben zwischen Ost und West zurückblicken kann, stellte im Frühjahr 2013 seine Erinnerungen »Schonzeiten – Ein Leben in Deutschland« vor. Auf besonders große Resonanz stieß auch der Vortrag von Hermann Pölking, der sein Buch »Ostpreußen – Biographie einer Provinz« auch mit Filmeinspielungen vorstellte.

Seit dem Frühjahr 2013 stellt Robert von Lucius seine Veröffentlichung »Verdichtet und steinreich« auf einer kleinen Lesereise quer durch Sachsen-Anhalt vor. Der Autor ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und berichtet u.a. auch über Sachsen-Anhalt. In seinem Buch, das die Landeszentrale für politische Bildung auch in einer Sonderauflage in ihr Literaturangebot aufgenommen hat, skizziert er

die kulturelle Vielfalt des Landes Sachsen-Anhalt, die noch nicht jedem im wiedervereinigten Deutschland bekannt und bewusst geworden ist. Nach einer ersten Präsentation in der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt im Beisein des Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Reiner Haseloff, wurde das Buch in Kooperation des Mitteldeutschen Verlags und der Landeszentrale für politische Bildung inzwischen in verschiedenen Institutionen in Magdeburg, in Dessau-Roßlau, in der Lutherstadt Wittenberg, in Wernigerode und in Salzwedel einem aufmerksamen und interessierten Publikum vorgestellt



Nermann Pölking

OSTPREUSSEN

Biographie
einer Provinz



## 4.0.4 Stolpersteine

Seit Oktober 2013 erinnern am Schleinufer 12 in Magdeburg, dem Hauseingang auch zur Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, zwei Stolpersteine an das Ehepaar Charlotte und Eugen Hirsch. Beide entstammten jüdischen Familien, die schon lange Zeit in Magdeburg ansässig waren. Im Frühjahr 1937 emigrierte zunächst Eugen Hirsch in die Niederlande, zwei Jahre später folgte ihm Charlotte. Doch auch dort entkamen sie der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik nicht. Unter den Häftlingsnummern 95970 und 95971 wurden die Eheleute am 05. März 1943 in das Konzentrationslager Hertogenbosch eingeliefert, kurze Zeit später dann in das Durchgangslager Westerbork »überstellt«. Von dort aus erfolgte die Deportation in das Vernichtungslager Sobibor, wo sie unmittelbar nach ihrer Ankunft am 28. Mai 1943 ermordet wurden.

Von dem Gebäude, in dem Charlotte und Eugen Hirsch bis zu ihrer Flucht aus Deutschland lebten, steht nur noch die beeindruckende Fassade. Anfang der 1990er Jahre wurde hinter ihr ein modernes Bürogebäude errichtet, in das 1994 auch die Landeszentrale für politische Bildung einzog. Die beiden Stolpersteine wurden vom Kollegium der Landeszentrale gestiftet.

#### Bilder:



Abbildung 108: Zum Abschluss der Stolpersteinverlegung wurden Stolpersteine mit Rosen, welche als Zeichen der Anteilnahme um die Stolpersteine platziert wurden.



Abbildung 109: Der Rabbiner David Soussan hält eine kurze Rede in deutsch und hebräisch zum Gedenken der beiden Opfer.



Abbildung 110: Marcella Mertig und Cornelia Habisch von der Landeszentrale für politische Bildung im Gespräch mit Rabbiner David Soussan.

# 5 Kollegium

**Maik Reichel:** Direktor der Landeszentrale für politische Bildung (seit 2013 in der Landeszentrale)

- Leitung des Direktionsbereichs
- Gesamtorganisation und Verantwortung der inhaltlichen und konzeptionellen Arbeit der Landeszentrale
- Repräsentative Funktion im Rahmen der externen Kommunikation der Landeszentrale
- Grundsatzangelegenheiten und aktuelle Themen und Sonderprojekte
- Sachsen-Anhalt-Monitor und Wahlen
- Israel / Naher Osten sowie Geschäftsstelle Kuratorium
- Beauftragter f
  ür den Haushalt



Abbildung 111: Foto: Maik Reichel. ( Direktor der Landeszentrale für politische Bildung).

**Jacqueline Jungmann:** Sachbearbeiterin (seit 1992 in der Landeszentrale)

- Inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung sowie Betreuung von politischen Bildungsmaßnahmen, Sonderprojekten und Studienreisen
- Koordinierung und Ausgestaltung von Ausstellungsprojekten u.a. mit Begleitprogrammen
- Budgetverwaltung und Verwendungsnachweisprüfungen
- Kontaktpflege und Absprachen mit Kooperationspartnern u.a. Landes- und Bundesverwaltung, Träger der Erwachsenen- und Jugendbildung, Vereine, Verbände und Stiftungen



Abbildung 112: Foto: Jacqueline Jungmann (Sachbearbeiterin).

# **Cornelia Hinkeldey:** Sachbearbeiterin (seit 1991 in der Landeszentrale)

- Verwaltungstechnische Organisation der Landeszentrale
- Personalangelegenheiten und -betreuung, Innerer Dienst
- Informations- und Kommunikationstechnik; IT-Verfahren u.a.:
   Reisekostenmanagement PTravel
- Betreuung der Publikationsdatenbank der Landeszentrale im Landesportal
- Organisationsaufgaben im Rahmen der Studienreisen nach Israel / Naher Osten
- Anerkennung von Bildungsveranstaltungen gem. UrlVO LSA und FrFG LSA



Abbildung 113: Foto: Cornelia Hinkeldey: Sachbearbeiterin (seit 1991 in der Landeszentrale).

**Doreen Hildebrandt:** Sachbearbeiterin (seit 2009 in der Landeszentrale)

- Verwendungsnachweisprüfung:
  - Die Landeszentrale vergibt Zuwendungen an Träger der allgemeinen politischen Bildung in Sachsen-Anhalt. Frau Hildebrandt ist für die Prüfung der geförderten Maßnahmen verantwortlich. Dafür ist der Verwendungsnachweis wesentlicher Bestandteil des Zuwendungsverfahrens und für dessen ordnungsgemäße Durchführung sowie für eine wirksame Kontrolle des zweckentsprechenden Einsatzes der Steuermittel unverzichtbar. Durch ihn wird sowohl die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens als auch die Zweckerfüllung und die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung nachgewiesen



Abbildung 114: Foto: Doreen Hildebrandt. (Sachbearbeiterin).

René Ecks: Sachbearbeiter (seit 2001 in der Landeszentrale)

- Verantwortlichkeit für alle haushaltsrelevanten Angelegenheiten im Rahmen der Aufstellung, Ausführung, Überwachung des Haushaltes, sowie der Finanzplanung der Landeszentrale (in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für den Haushalt der Landeszentrale und dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt)
- Kassen- und Rechnungswesen
- Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der Projektförderung für Projekte zur Stärkung der Demokratie an freie Träger und öffentliche Einrichtungen mit Sitz in Sachsen-Anhalt. Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der institutionellen Förderung bezüglich der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen/Bildungswerke und kommunalpolitischen Vereinigungen in Sachsen-Anhalt



Abbildung 115: Foto: René Ecks (Sachbearbeiter).

Kerstin Gabriel: Bürosachbearbeiterin (seit 1992 in der Landeszentrale)

- Organisatorische und haushaltstechnische Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung von Seminaren und Sonderprojekten zur politischen Bildung im Direktionsbereich
- Controlling des Haushaltsmittelbudgets des Direktionsbereichs
- Mitwirkung bei der Disposition der Jahres- und Halbjahresplanung
- Direktionsbüro
- Betreuung der Geschäftsstelle des Kuratoriums der Landeszentrale (Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung von Kuratoriumssitzungen)
- Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte



Abbildung 116: Foto: Kerstin Gabriel (Bürosachbearbeiterin).

#### Cornelia Habisch:

- Landeskoordination des Landesprogramms f
  ür Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit,
- Geschäftsführerin der Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt und stellvertretende Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung
- seit 2002 in der Landeszentrale

- Vernetzung der Kooperationspartner des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit und des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt sowie strategische Aufgabenplanung, Erstellung und Umsetzung von Projektkonzeptionen
- Controlling aller Maßnahmen des Landesprogramms und des Netzwerks sowie Leitung und Moderation von Veranstaltungen und Betreuung der Gremien wie z.B. der Beiräte
- Mitwirkung in Fachgremien auf Landes- und Bundesebene sowie
   Organisation und Durchführung von Buchvorstellungen und Lesekonzerten
- Landeskoordinatorin »Schule ohne Rassismus Schule mit Courage«



Abbildung 117: Foto: Cornelia Habisch.

**Petra Fricke:** Referentin (seit 2012 in der Landeszentrale)

- Projektkoordination und -organisation sowie Maßnahmencontrolling
- · Gremienbetreuung und -koordinierung
- Konzeptionierung und Umsetzung von Projekten und Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms
- Fachliche Bearbeitung von Förderanträgen



Abbildung 118: Foto: Petra Fricke (Referentin).

**Sybille Stoll:** Bürosachbearbeiterin (seit 1993 in der Landeszentrale)

- Betreuung der Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt, Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung von Beiratssitzungen des Netzwerks
- Organisatorische und haushaltstechnische Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung von Veranstaltungen, Projekten und Studienreisen
- Controlling des Haushaltsmittelbudgets der Geschäftsstelle des Netzwerks, des Landesnetzwerks »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« sowie des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt



Abbildung 119: Foto: Sybille Stoll (Bürosachbearbeiterin)

# Marcella Mertig: Referentin (seit 2008 in der Landeszentrale)

- Referentin im Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt:
- Betreuung des Schulnetzwerks »Schule OHNE Rassismus Schule MIT Courage«



Abbildung 120: Foto: Marcella Mertig (Referentin).

**Thomas Erling:** Referatsleiter (seit 2013 in der Landeszentrale)

- Allgemeine Marketing-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landeszentrale
- Konzeption und Realisierung von Projekten und Produkten der externen Kommunikation der Landeszentrale (Digital- und Printmedien, soziale Netzwerke)
- Entwicklung und Umsetzung neuer Methoden und Formate der politischen Bildung
- Projektförderung in den Bereichen Medienkompetenzbildung und Netzpolitik
- Medientechnische Unterstützung von Projekten und Initiativen der politischen Bildung
- Mitwirkung in Fachgremien des Bereichs Medienkommunikation / Medienkompetenzbildung (in der politischen Bildung) auf Landes- und Bundesebene



Abbildung 121: Foto: Thomas Erling (Referatsleiter).

Wilfried Welz: Referatsleiter (seit 1993 in der Landeszentrale)

- Pflege und Bereitstellung des Literatur- und Medienangebotes der Landeszentrale durch Eigenpublikationen, Verlagsankäufe und Mitdrucke bei anderen Landeszentralen bzw. bei der Bundeszentrale für politische Bildung
- Informationsstände auf dem Sachsen-Anhalt-Tag, der Meile der Demokratie in Magdeburg, der Buchmesse in Leipzig oder bei diversen anderen Veranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Buchvorstellungen und Lesekonzerten

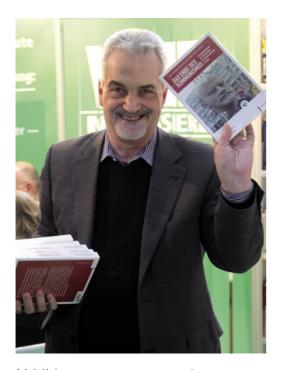


Abbildung 122: Foto: Wilfried Welz (Referatsleiter).

**Renate Bethge:** Sachbearbeiterin (seit 1999 in der Landeszentrale)

- Literaturdienst zur politischen Bildung, insbesondere Literaturberatung der KundInnen zu Schwerpunktthemen für Schule, Studium und Beruf
- Zusammenstellung und Ausgabe von Publikationen zur politischen Bildung
- Überprüfung des Literaturbestandes, Versand und Postdienst sowie Bürosacharbeiten des Referats

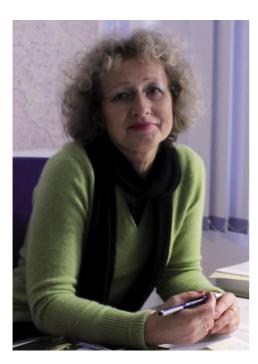


Abbildung 123: Foto: Renate Bethge (Sachbearbeiterin).

# 6 Impressum

»edupolis« August 2014

#### Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

#### Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt (LpB LSA) Schleinufer 12 | 39104 Magdeburg

Tel.: +49 (0) 391 567-6463 Fax: +49 (0) 391 567-6464 E-Mail: politische.bildung@lpb.mk.sachsen-anhalt.de

#### Verantwortlich Redaktion:

- Maik Reichel (V. i. S. d. P., Direktor LpB LSA)
- Cornelia Habisch (Referatsleiterin »Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit«)
- Thomas Erling (Referatsleiter »Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien«)
- Wilfried Welz (Referatsleiter »Publikationsservice«)

## Projektleitung:

Thomas Erling

## Redaktionsleitung/-Produktion:

Anja Föhlisch

#### Redaktionsassistenz:

Julia Heinrich

# **Gestaltung/Illustration:**

Grafikbüro Haase & Westphal www.susanne-haase.de www.susanne-westphal.de

#### Druck:

myflyer GmbH

## **Ansprechparter:**

Thomas Erling thomas.erling@lpb.mk.sachsen-anhalt.de

#### **Bestellung/Online-Version:**

www.lpb.sachsen-anhalt.de

Für Beiträge von AutorInnen, die nicht der Mitarbeiterschaft der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt angehören, tragen die jeweiligen AutorInnen (namentlich genannt) die alleinige inhaltliche Verantwortung.

Etwaig formulierte Meinugsäußerungen sind dementsprechend allein den jeweiligen Autor-Innen eigen. Für den Inhalt nicht mit Namen ausgewiesener Beiträge zeichnet die Landeszentrale für politische Bildung verantwortlich.

## 6.0.1 Fotoquellen

#### **Direktionsberreich / historisch-politische Bildung:**

Jugendbildungswoche: Claudia Möller (ijgd)

Studienreisen Berlin: Doreen Schütte

ST-Monitor (SAMFES-Tagung): Peter Wetzel Jugend debattiert: www.jugend-debattiert.de

Halle-Forum (Dokumentation zur Aufarbeitung): privat

Das Volk, meine Schwiegermutter und ich (stattGeflüster): LpB LSA SchülerInnenprojekttage Marienborn (Bild von Gedenkstätte): privat

Studienreise Israel: privat

Überblickstext Europa: Fotodienst des Europäischen Parlaments

Ausstellung 20 Jahre Sachsen-Anhalt (Bild von Ausstellung im Landtag): Frau

Schell, MDR Sachsen-Anhalt

Wanderausstellung Sachsenspiegel: Werner Klapper

Auf den Spuren jüdischer Geschichte (Bildungsreise Israel): privat

Für mehr Selbstbestimmung (Bundestagsbesuch): privat

20 Jahre Städtepartnerschaft: Maik Knothe, Pressesprecher der Lutherstadt

Eisleben

Zeitzeugengespräch: AJZ e.V. Dessau

#### Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit:

Überblickstext Landesprogramm: Meile der Demokratie: Peter Wetzel,

Impressionen der Veranstaltung »SeniorInnen fit für Demokratie«: LpB LSA

lebensart e. V.: alle Bilder Anja Föhlisch

Fight on Stage: LpB LSA

Überblickstext Netzwerk für Demokratie und Toleranz: Vielfalt unter einem Dach

(AGSA): alle Bilder AGSA e. V.

Pagodenfahrt: alle Bilder Maximilian Buckup

Kooperation auf Augenhöhe (Geschichtswerkstatt Merseburg e. V.): privat

Drei Schlaglichter eines demokratischen Aufbruchs: Steffen Andersch, Netzwerk

»GELEBTE DEMOKRATIE Dessau-Roßlau«

Überblickstext SOR-SMC (Bild hinter Einführungstext): Julia Heinrich

7. Landestag SOR-SMC: Peter Wetzel

Fight on Stage: LpB LSA Musi Circus: Peter Wetzel

Kuratorium: Werner Klapper

Infobox (Projekttag »Eine Welt der Vielfalt«): LpB LSA

Kooperation auf hohem Niveau (BbS Heinrich Mette): Bild 1: privat, Bild 2: Herr

Koschinksi,

Bild 3: Evangelische Akademie Wittenberg, Bild 4: Eleonore Multhaupt

Gemeinsam für Demokratie (DAA): alle Bilder privat

Vielfalt funktioniert (Diversity Works): <a href="https://www.Diversity-Works.de">www.Diversity-Works.de</a>

Erfahrungsbericht SOR-SMC (Gymnasium Wolmirstedt): privat

Regionales Netzwerk SOR-SMC: alle Bilder Peter Wetzel

#### POLITISCHE KOMMUNIKATION IM KONTEXT NEUER MEDIEN

CryptoSwap: alle Bilder LpB LSA, Julia Solinski

Think Cross (2014): Bild mit Thomas Krüger (Matthias Piekacz), alle anderen Sabine

Spohr

Think Cross (2012): BildautorIn nicht bekannt

JMT: Corvin Roelofsen

Buen Vivir: Dr. Kathrin Jäger

Walk of Liberty: Nemetschek Stiftung, LpB LSA

Politische Bildung 2.0: K. W. Barrett

#### **PUBLIKATIONSSERVICE**

Beitrag Stolpersteine: alle Bilder Julia Heinrich

#### **KOLLEGIUM**

Frau Mertig: Horea Conrad Frau Stoll: Horea Conrad Frau Bethge: Julia Heinrich Herr Ecks: Julia Heinrich

Frau Gabriel: Julia Heinrich

Frau Hildebrandt: Julia Heinrich Frau Jungmann: Julia Heinrich

Frau Fricke: Peter Wetzel
Frau Habisch: Peter Wetzel
Herr Reichel: Peter Wetzel
Herr Welz: Peter Wetzel

Herr Erling: privat

Frau Hinkeldey: privat